

DAS
RUSSISCHE GELDWESEN

WÄHREND DER
**FINANZVERWALTUNG
DES GRAFEN CANCRIN**

von 1823—1844.

Eine mit Bewilligung der hochverordneten Historisch-philologischen Facultät der Kaiserlichen

Universität zu Dorpat zur Erlangung des Grades eines

Magisters der Politischen Oekonomie

verfasste und zur öffentlichen Vertheidigung bestimmte Schrift

von

ALFRED SCHMIDT.

Tartu Riikliku Ülikooli
Raamatukogu
66646.



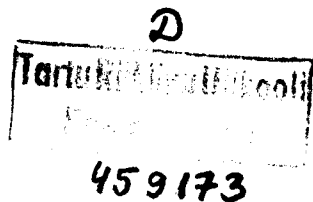
ST. PETERSBURG 1875
Kaiserliche Hofbuchhandlung H. SCHMITZDORFF
(CARL RÖTTGER)

MEINEN ELTERN

IN TREUER LIEBE UND DANKBARKEIT

GEWIDMET.

Separatabdruck aus der «Russ. Revue» 1875, Band VII.



Дозволено ценаурою. — С.-Петербургъ, 23-го Августа 1875 года.
Buchdruckerei von RÖTTGER & SCHNEIDER, Newsky-Prospect № 5.

Inhaltsverzeichniss.

	Seite.
Einleitung	I — IV
Erster Abschnitt: Zustand und Entwicklung des russischen	
Geldwesens von 1823—1844	1 — 48
I. Die klingende Münze	1 — 20
A. Die klingende Münze russischen Gepräges	1 — 11
1. Die Kupfermünze	1 — 5
2. Die Gold- und Silbermünze	6 — 11
B. Die ausländische Münze	12 — 20
1. Das Billon	12 — 16
2. Die Gold- und Silbermünze	16 — 20
II. Die Reichsschatzbillete	20 — 22
III. Die Reorganisation des Geldsystems im Jahre 1839	23 — 48
A. Historischer Rückblick auf das Assignatensystem	23 — 30
B. Die Reorganisation des Geldsystems	31 — 48
Zweiter Abschnitt: Exkurs über das Volks-Agio	49 — 72
Dritter Abschnitt: Gesetze und Verordnungen das Geld-	
wesen betreffend, welche von 1823—1844 publicirt	
worden sind	73 — 98
Literatur	99 — 100

Einleitung.

Zum Gegenstande dieser Studie ist die Darstellung der Entwicklung des russischen Geldwesens während der Finanzverwaltung des Grafen Cancrin gewählt worden, weil in diese Zeit die wichtigsten Reorganisationen des ganzen Finanzwesens Russlands fallen, aus denen sich unser heutiges Finanzsystem entwickelt hat. Graf Cancrin war der erste russische Finanzminister, welcher sich nicht vergeblich bemühte Ordnung in das bestehende Finanzwesen Russlands zu bringen. Bis zu seinem Verwaltungsantritte litt unser Budget an einem chronischen Deficit, das sich damals auf $\frac{1}{14}$ der Gesamteinnahme erstreckte. Bereits nach einem Jahre seiner kräftigen Verwaltung war es ihm gelungen, dasselbe zu beseitigen und ein Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und den Einnahmen herzustellen. Gleicher Erfolge kann er sich auch auf den meisten einzelnen Gebieten der Finanzwirthschaft rühmen, und ein Blick in seinen an den Kaiser erstatteten zwanzigjährigen Rechenschaftsbericht über seine Finanzverwaltung von 1823—1843 wird diesen Ausspruch rechtfertigen¹. Bei Weitem aber das grösste Verdienst hat sich meiner Ansicht nach Cancrin um die russischen Finanzen dadurch erworben, dass er ein geordnetes, festes russisches Geldwesen geschaffen, welches Russland seit Einführung der Assignaten (1769), oder vielleicht genauer seit ihrer ersten Vermehrung (1787), nicht besessen. Alle wiederholten Versuche der Regierung, Klarheit und Ordnung in das vollkommen zerrüttete Geldwesen zu bringen, durch welches das ganze Volk unglaublich litt, waren vergebens gewesen, dem Grafen Cancrin war es vorbehalten, mit Erfolg eine für damalige Zeit glänzende Reorganisation desselben durchzuführen, deren Kernpunkt darin bestand, eine feste Silberwährung einzuführen, mittelst einer Fixation des Bancorubels die Einwechslung der alten Assignaten gegen neue auf Silber lautende Creditrubel, die durch einen Einwechslungsfond in ihrem Werthe gesichert waren, zu ermöglichen, und überhaupt ein geordnetes Münzsystem wiederherzustellen.

Diese seine wichtige finanzielle Thätigkeit im Einzelnen zu charakterisiren, und überhaupt eine Schilderung des russischen Geldwesens

¹ Zweite Beilage zu den «Reisetagebüchern des Grafen G. Cancrin», herausgegeben von A. Graf Keyserling. 2 Bde. Braunschweig, 1865.

während jener Zeit zu geben, ist, wie bereits erwähnt, die Aufgabe dieser Studie. Da Graf Cancrin die Seele der ganzen Reformbewegung auf dem Gebiete des Geldwesens gewesen ist, und er uns in seinen beiden nationalökonomischen Schriften «Weltreichthum»¹ und «Oekonomie der Gesellschaften»² seine theoretischen Ansichten über das Geldwesen hinterlassen hat, so dürfte eine kurze Darlegung dieser theoretischen Ansichten um so mehr am Platze sein, als sie zu einer richtigeren Beurtheilung mancher Verwaltungsmassregeln Cancrin's beitragen kann. Cancrin's erstes Werk, der «Weltreichthum» enthält die ausführlicheren Darlegungen über die das Geldwesen betreffenden Fragen, wesshalb ich demselben folge, zumal beide Werke, obgleich ein Zeitraum von zwanzig Jahren zwischen dem Erscheinen derselben liegt, in der Hauptsache fast vollständig übereinstimmen.

Cancrin's theoretische Anschauungen über das Geld im Allgemeinen und über die Münze³ harmoniren im Ganzen und im Einzelnen so mit den allgemein geltenden und den von der Wissenschaft anerkannten Sätzen, dass mir eine Berücksichtigung derselben überflüssig erscheint, und ich beginne daher gleich mit den ihm eigenthümlichen Ansichten über das Papiergeld⁴.

Der Grundfehler der Cancrin'schen Ansichten über das Papiergeld besteht in der vollkommenen Verkennung des fundamentalen Unterschiedes zwischen dem eigentlichen Papiergelde einerseits und allen anderen Geld-Papieren (Geldsurrogaten) andererseits. Er behandelt beide Arten Geldpapiere stets gleichmässig; daher denn viele seiner Ansichten, die wohl für das eigentliche Papiergeld gelten können, in der Weise wie sie so ganz allgemein hingestellt sind als falsch erscheinen. Das Wesentlichste seiner Ausführungen ist etwa folgendes: Cancrin giebt das Bedürfniss nach Papiergeld zu, doch kann dieses Bedürfniss natürlicher Weise erst dann entstehen, wenn die Produktionskosten der Edelmetalle so gestiegen sind, dass ihre Benutzung als Geld zu kostspielig sein würde. Auf der anderen Seite gesteht er aber doch, bei aller Abneigung gegen das Papiergeld, den Regierungen das Recht zu, sich in Fällen äusserster Noth, wo selbst eine auswärtige Anleihe zu kontrahiren unmöglich sei, durch Papiergeldemission zu helfen. Seine Beurtheilung des eigentlichen Papiergeldes erscheint durchaus richtig und sorgfältig durchgeführt und gehört entschieden zu den bestgelösten Fragen in beiden Werken. Nach reiflicher Abwägung der Vortheile und Nachtheile eines Papiergeldes gelangt Cancrin zu dem Resultate: «Es ist ebensowenig einem Staate zu rathen zu Papiergeld zu schreiten, als einem Jüngling, ins Spielhaus zu gehen». Vortrefflich sind dann seine Schilderungen der Calamitäten, welche ein im Werthe gesun-

¹ «Weltreichthum, Nationalreichthum und Staatswirthschaft». München 1821.

² «Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen». Stuttgart 1845.

³ «Weltreichthum» p. 35—45. «Oekonomie» p. 106—112.

⁴ «Weltreichthum» p. 45—79; «Oekonomie» p. 113—138; «Reisetagebücher» p. 45 ff.

kenes Papiergeld für die ganze Volkswirtschaft mit sich führt, wobei er grössten Nachdruck auf die Unbeständigkeit der Preise legt; dieses Schwanken der Preise hält er für ein fast noch schlimmeres Uebel als das Papiergeld selbst. Die Rückkehr von einer Papiergeldmisswirthschaft zu einer geordneten, betrachtet Cancrin als sehr schwierig, aber doch nicht als unausführbar, nur muss man dabei langsam vorgehen, den ersten Schritt dazu muss man mit der Fixation des entwertheten Papiergeldes machen, wodurch die wesentlichsten Nachtheile gehoben werden. Die Einlösung, deren Werth er dabei aber durchaus nicht verkennt, nimmt jedoch erst die zweite Stelle ein, wenn selbst nur durch diese einzelne Nachtheile der Papiergeldwirthschaft ganz beseitigt werden können. Er ist ferner ein Feind der Massregel, Papiergeldmassen durch Anleihen oder durch Fundation im Grossen zu vermindern, denn dadurch falle man «aus dem Papiersystem ins Schuldenbankerotsystem», die Verminderung soll nur mit Hülfe von Ersparungen, Veräusserungen oder besonderen Auflagen geschehen. Soll einmal in einem Lande Papiergeld in Umlauf gebracht werden, so muss dieses nothwendiger Weise auf einem Fond klingender Münze beruhen: «Blosser Credit des Staates dürfte darum nicht hinreichen, weil das Papier zugleich die Nothwendigkeit der Realisation mit sich führt». Ueber die Stückelung des Papiergeldes bemerkt Cancrin sehr richtig, dass sie weit gehen, aber niemals die Münzeinheit erreichen dürfe, sondern dass das kleinste Appoint des Papiergeldes das Doppelte bis Zehnfache der Münzeinheit, je nach ihrer Grösse, betragen müsse, sonst verdrängt das Papiergeld alle Münze, bei zu kleiner Stückelung sogar die Scheidemünze, was für das Volk von ganz besonderem Nachtheile sei. Zeitweilige Suspension der Einlösung von Papiergeld gesteht Cancrin in Ausnahmefällen auch zu.

Während wir in Cancrin's Ansichten über das Papiergeld viel Schätzenswerthes finden, kann dies leider nicht von dem behauptet werden, was er über Credit und Bankwesen sagt¹. Das Wesen und die Bedeutung des Credits sind ihm im Ganzen fremd, wir finden nirgends eine Definition des Credits, keine Scheidung von Staats- und Privatcredit; ganz ähnlich verhält es sich mit seinen Anschauungen über Banken. Den Nutzen von Privatbanken vermag er gar nicht zu ersehen, und bei den Staatsbanken sieht er den wesentlichsten Vortheil derselben darin, dass sie dem Staate versteckte Anleihen ermöglichen. Eine falsche Bedeutung legt Cancrin der Öffentlichkeit in Bezug auf den Staatscredit bei, darin dass er behauptet, dass letzterer sofort sinke, sobald er besprochen werde. Die Privatbanken hält er für so schädliche Institute, dass sie am besten gar nicht geduldet werden sollten. Ueberhaupt verkennt er vollkommen die Bedeutung des öffentlichen Credits für die ganze Volkswirtschaft. Mit seinen Schlussworten des Abschnittes über die Finanzen im «Weltreichthum» p. 226: «Ich habe die hehre Er-

¹ «Weltreichthum», p. 216—226. «Oekonomie». p. 138—155.

findung unserer Zeit: die Creditsysteme mit Füßen getreten, ja sogar die herrlichsten Institute, durch deren Einführung sich so Mancher unsterblich verdient gemacht, wie Banken, über die Faust behandelt, — hat sich Cancrin meiner Ansicht nach selbst das Urtheil gesprochen, dass er keine richtige theoretisch-wissenschaftliche Ansicht über Credit und Banken besessen, ja ihre wirkliche «hehre Bedeutung» für das Volkswohl, welches er so gerne stets hervorzuheben und zu betonen liebt, gänzlich, zum grossen Nachtheile eben jenes Volkswohles, verkannt hat. Im engsten Zusammenhange mit dieser Verkenning des Credits von Seiten Cancrin's, steht auch seine Verkenning der Bedeutung der Banknote als Verkehrsmittel.

Fragen wir uns nun: woher kommt es, dass Cancrin in der Beurtheilung des Papiergeldwesens (er versteht darunter im Grunde genommen nur das Staatspapiergeld) wirklich Gründliches und Erschöpfendes, auf den Gebieten des Credit- und Bankwesens dagegen so viel wie garnichts geleistet hat? so liegt die Antwort darin, dass Cancrin wohl ein grosser, scharfsinniger und feingebildeter Staatsmann, ein Praktiker aber kein rechter Theoretiker gewesen ist; sagt er doch auch selbst von seinem Studium der politischen Oekonomie: «Der Verfasser dieses Versuches (Weltreichthum) hat sich schon lange mit Vorliebe mit dieser herrlichen Wissenschaft beschäftigt, weniger zwar im Sinne förmlichen Studiums, wie den Erfahrungen des Lebens seine und Anderer Gedanken anreihend ¹». Seine Ansichten über das Staatspapiergeld sind ein Produkt seiner Beobachtung und Erfahrung, Früchte, gesammelt aus der Geschichte des Landes, in dem er den grössten Theil seines Lebens zugebracht hat. Was das Leben, die Praxis ihm brachte, verstand er wohl auszunutzen. Da der Nutzen der Banken sich zu seiner Zeit in der Praxis noch nicht so klar herausgestellt hatte, dass Cancrin sich durch diese von jenem hätte überzeugen lassen können, so blieb ihm auch die Bedeutung des Credit- und Bankwesens fremd. Bis an sein Lebensende hat Cancrin nicht recht an die Nothwendigkeit und den volkswirtschaftlichen Nutzen dieser Institute geglaubt, wenn er sie auch in einzelnen Fällen als Ausnahme zugestand.

Die zum Schluss der Studie beigelegte Literatur über Cancrin's theoretische Ansichten und seine finanzielle Thätigkeit besteht zumeist in kleinen Aufsätzen in russischen Zeitschriften, sie ist bei der Abfassung dieser Studie so gut wie gar nicht benutzt worden, wo dieses geschehen, habe ich die Quelle angegeben, ich theile sie trotzdem mit, weil sie namentlich die Bedeutung der Cancrin'schen Finanzverwaltung für die spätere Entwicklung des russischen Finanzwesens behandelt.

¹ «Weltreichthum» p. VII.

Erster Abschnitt.

Zustand und Entwicklung des russischen Geldwesens von 1823—1844.

I. Die klingende Münze.

A. Die klingende Münze russischen Gepräges.

1. Die Kupfermünze.

Durch das Gesetz vom 20. Juni 1810 (Nr. 24,264) ¹ war bestimmt worden, das Kupfergeld stets nach dem Werthe des Rohmaterials zu prägen, so dass damals 24 Rbl. aus einem Pud Kupfer geprägt wurden. Allmählich änderte sich aber der Preis des Kupfermetalls und 1827 hatte er die Höhe von ungefähr 34 Rbl. für das Pud erreicht; da jedoch nach wie vor das Kupfergeld zu 24 Rbl. aus dem Pud geprägt wurde, so erlitt die Krone dadurch auf die Summe von 30 Mill. Rbl. Kupfermünze einen Verlust von etwa 12 Mill. Rbl. Diese Preisdifferenz zwischen dem Kupfermetall und der Kupfermünze verleitete natürlich auch zu massenhaftem Einschmelzen der letzteren, trotz der strengsten Verbote. Hieraus entstand aber für die Krone wiederum ein bedeutender Schaden. Der Finanzminister ² schlug daher zur Beseitigung dieser der Krone erwachsenden Nachtheile im Jahre 1827 vor, das Kupfergeld von nun an zu 36 Rbl. aus dem Pud zu prägen. Da von den 30 Mill. Rbl., die sich in Umlauf befinden sollten, 15 Mill. in Kronskassen brach lagen, so würde die Krone durch die Umprägung 5 Mill. gewinnen, das Brachliegen gebe ja einen Beweis dafür ab, dass 15 Mill. für den Verkehr genügten.

Im Reichsrathe theilten sich die Stimmen; acht Mitglieder stimmten für den Vorschlag des Ministers, dreizehn dagegen. Diese

¹ Die eingeklammerten Zahlen bezeichnen die Nummer, welche das Gesetz in der «Vollständigen Gesetzesammlung» (Полное собрание законов) trägt.

² Im Verlauf der ganzen Abhandlung ist darunter immer Graf Cancrin verstanden.

letzteren behaupteten nämlich, der Preis von 34 Rbl. für Kupfer sei vielleicht nur ein zufälliger, durch die Umprägung würde das Angebot von Kupfer auf dem Markte vergrössert und dadurch möglicherweise ein Fallen des Metallpreises bewirkt werden. Endlich sei eine Veränderung im Geldsysteme stets eine sehr missliche Sache. Die Nachtheile könnten auch nicht sehr bedeutend sein, weil während der verflossenen 16 Jahre des alten Systems der Preis der Assignaten und das Agio auf Gold sehr wenig geschwankt hätten. Dieses Votum der Majorität wurde vom Kaiser gut geheissen und Alles blieb beim Alten ¹.

Schon nach Verlauf zweier Jahre, im Jahre 1830, kam dieselbe Frage im Reichsrathe wieder zur Verhandlung. Der Finanzminister brachte den Vorschlag von 1827 mit derselben Motivirung aufs Neue vor, nur gingen seine Forderungen dieses Mal etwas weiter; er wünschte nämlich, dass die neue Kupfermünze zugleich auch eine andere Stückelung erfahre; statt blosser 2-Kopekenstücke, (рошечники) sollten jetzt auch 5-, 2- und 1-Kopekenstücke geprägt werden, (пятаки, двухкопечники или гроши и копѣйки). Diese neue Münze würde, ausser dem aus der Umprägung für die Krone sich ergebenden materiellen Vortheil noch den einer grösseren Circulationsfähigkeit in Folge ihres geringeren Gewichtes bieten, ein Umstand, der zu der Hoffnung berechtigte, dass sie künftighin weniger durch ausländisches Billon aus dem Verkehr gedrängt werden würde, wie dieses namentlich in den westlichen Gouvernements und in den Ostseeprovinzen damals der Fall war. Einen Einfluss auf den Kurs der Assignaten könnte die Umprägung des Kupfergeldes seiner Meinung nach nicht haben, da die Assignaten lediglich auf dem *Credite* beruhten und einen Werth besonderer Art hätten, der vollkommen unabhängig von dem des Kupfers und des Silbers wäre. Der Preis von 36 Rbl. sei auch nicht zu niedrig, denn in anderen Staaten würde das Kupfergeld zu 60—80 Rbl. aus dem Pud geprägt, zu so niedrigem Werthe könne man es aber nicht prägen, weil bei uns das Kupfergeld nicht, wie in anderen Staaten, nur Scheidemünze, sondern auch Courantgeld (платежная монета) sei. Das Kupfergeld alten Gepräges sollte inzwischen auch noch in Umlauf bleiben, was zu keinen Unbequemlichkeiten oder Nachtheilen führen könnte, da die alte und die neue Kupfermünze ja von sehr verschiedener Grösse seien, und auch die Erfahrung bei uns gezeigt habe, dass Kupfermünzen von verschiedenem Werthe

¹ Memorial des Reichsraths vom 8. Mai 1827.

ganz gut nebeneinander kursiren könnten, wie z. B. die alten 5-Kopeken- und die gegenwärtigen 2-Kopekenstücke.

Der Reichsrath stimmte dieses Mal dem Finanzminister vollkommen bei und wünschte nur, auch noch 10-Kopekenstücke (гривны) geprägt zu haben ¹. (cf. Gesetz vom 1. Juni 1832, Nr. 5406 ²).

Eine weit wichtigere, das alte Kupfergeld betreffende Veränderung fand im Jahre 1842 statt. Im Manifest vom 1. Juli 1839 (Nr. 12,497) über das neue Geldsystem, war keine besondere Bestimmung über die Prägung einer neuen Kupfermünze nach Silberwerth getroffen, und bezüglich des in Umlauf befindlichen nur bestimmt worden, dass 3 1/2 Kopeken Kupfer gleich 1 Kopeken Silber gerechnet werden sollten (Punkt 12). Diese Bestimmung hatte aber zu Verlusten für das einfache Volk geführt. Da es nämlich keine Münze für die Ausgleichung der sich ergebenden Bruchtheile gab, so musste das Volk stets in runder Summe zahlen und die Kaufleute gewannen diese Bruchtheile. Da nun das einfache Volk einen grossen Theil der Bedürfnisse des Alltagslebens mit Kupfergeld bestritt, so mehrten sich diese Bruchtheilverluste und wurden dadurch in der That empfindlich. Man brachte in Folge dessen 1842 den Vorschlag in den Reichsrath ein, für die alte Kupfermünze einen bestimmten Preis in Silber festzusetzen, zu welchem sie im Verkehr angenommen werden müsste. Es befand sich wohl auch nach Silberwerth geprägtes Kupfergeld in Umlauf, doch nicht in genügender Menge, um das alte einziehen zu können. Der Finanzminister opponirte aus folgenden Gründen auf das Entschiedenste gegen diesen Vorschlag: 1. Das Volk habe sich mit den Bruchtheilen selbst zurechtgefunden. 2. So lange noch Assignaten existirten, erscheine es wünschenswerth, ja nothwendig, zwei Arten Scheidemünze (размѣнной монеты) zu haben, da noch in vielen Gegenden nach Assignaten (bei festem Kurse) gerechnet würde. Aus diesem Grunde könnte das Kupfergeld leicht zwei Preise erhalten: auf Assignaten und auf Silber, was sehr misslich wäre, daher jene Massregel wenigstens bis zur Einziehung der Assignaten zu verschieben sei. 3. Der Nennwerth des alten Kupfergeldes würde im Widerspruche zu der Aufschrift desselben stehen, und dieser Umstand Unzufriedenheit beim Volke hervorrufen, da es die grössere alte Münze zu gleichem Preise mit der neuen kleineren

¹ M. d. R. v. 18. und 19. April 1830.

² Die betreffenden Gesetze der Jahre 1823–1844 folgen weiter unten im III. Abschnitt.

annehmen müsste. 4. Der Gewinn bei der Umprägung für die Krone werde nach Umbenennung der alten Münze nicht mehr so bedeutend sein. 5. Allerdings würde die Krone dadurch bei den Zahlungen der Branntweinspachten gewinnen, dieses könnte jedoch auch durch Publication besonderer Tabellen erreicht werden. 6. Die Prägung der neuen Kupfermünze ginge rasch von Statten, daher in einigen Jahren die Einziehung des alten Kupfergeldes möglich sein würde. 7. Die Frist für den Umlauf des Kupfergeldes alten Gepräges sei schwer zu bestimmen. Ein langer Termin würde zu Aufkäufen von 10- und 5-Kopekenstücken durch die Wechsler führen, was Anlass zu einem Agio auf Kupfergeld geben könnte, die daraus aber erwachsenden Missstände und Verluste wären schlimmer, als die jetzigen Verluste von Siebentel-Kopeken. 8. Durch die neue Werthbestimmung würde das alte Werthverhältniss der Münzen zu einander verändert. Früher war nämlich das 10-Kopekenstück so viel werth als 10 einzelne Kopeken, jetzt aber würde ersteres = 3 Kop. Silber, letztere aber nur = $2\frac{1}{2}$ Kop. Silber sein, da das Kopekenstück = $\frac{1}{4}$ Kop. Silber gerechnet werden sollte.

Es ist kaum begreiflich, wie Cancrin, der es sich doch so sehr hatte angelegen sein lassen, ein möglichst einheitliches Geldsystem auf Silber als Grundmünze beruhend im Jahre 1839 einzuführen, gegen diese gewiss vernünftige, zeitweilige Massregel opponirte. Denn eine hinlängliche Versorgung des Verkehrs mit Kupfergeld nach Silberwerth hätte, der von 1839—1842 gemachten Erfahrung gemäss, noch Jahrzehnte in Anspruch genommen. Cancrin führt auch nicht ein einziges treffendes Argument zur Unterstützung seiner Ansichten an.

Der erste Einwand ist ganz hinfällig, denn das Volk hatte sich durchaus nicht «zurechtgefunden», sondern erlitt täglich neue Verluste. Ebenso der zweite, denn seit 1839 gab es nur eine Grundmünze oder Währung, und das war das Silber; die Assignaten besaßen nur einen relativen Werth und die Scheidemünze musste auf Silber lauten, wollte man ein wirklich einheitliches Münzsystem haben. Es sei auch noch bemerkt, dass sich Cancrin in diesem Punkte selbst widerspricht, denn er hatte bei einer anderen Gelegenheit (p. 2) betont, dass die Assignaten ein reines Creditgeld seien, ganz unabhängig vom Werthe des Kupfers oder Silbers. — Der dritte Grund ist auch nicht richtig, denn der Widerspruch zwischen Nennwerth und Aufschrift wäre nur ein rein formeller gewesen. Das Volk kannte die Münze nicht nach ihrer Aufschrift,

(welche die Mehrzahl gar nicht zu lesen verstand), sondern durch Gewohnheit nach ihrer Grösse und ihrem Aussehen und würde sich, da es durch die Feststellung eines neuen Werthes der Münze vor täglichen Verlusten geschützt werden sollte, sehr schnell an den neuen Werth derselben gewöhnt haben. — Ueber den vierten Einwand, der geradezu unverantwortlich genannt werden muss, kann man nur ausrufen: soll denn etwa das Volkswohl den Finanzinteressen aufgeopfert werden! Aehnliches gilt von der rein fiscalischen, fünften, Bemerkung. — Grund sechs steht im Widerspruche mit der Wahrheit, denn angestellte Berechnungen hatten ergeben, dass, wenn die Prägung so fortschreite, wie sie von 1839—1842 stattgefunden habe, der Verkehr erst in Jahrzehnten hinlänglich mit neuer Kupfermünze versorgt worden wäre. — Die Furcht vor der möglichen Entstehung eines Agio war durchaus unbegründet, denn der Werth der Kupfermünze sollte ja überall der gleiche sein, und dieselbe an allen Kronskassen u. s. w. zu diesem Preise angenommen werden; es existirte ja kein Kurs für dasselbe. — Der achte und letzte Grund ist endlich auch nicht haltbar, denn er verkennt die Bestimmung des obersten Grundsatzes des Manifestes vom 1. Juli 1839, dass es nur *eine* Silberwährung geben solle. Assignaten und Kupfer sind nur Stellvertreter des Silbergeldes und können daher nicht nach irgend einem Verhältnisse zu einander berechnet werden, sondern einzig und allein nach ihrem Verhältnisse zum Silber.

Es darf uns nicht Wunder nehmen, dass Cancrin mit seiner Widerlegung im Reichsrathe gar nichts ausrichtete, sondern der Vorschlag angenommen und auch vom Kaiser bestätigt wurde ¹. (cf. Gesetz vom 10. Juni 1842, Nr. 15,734.)

Cancrin selbst verblieb aber auch späterhin bei seiner Ansicht über die Unzweckmässigkeit dieser Veränderung, denn in seinem Rechenschaftsberichte an den Kaiser spricht er von ihr als «verfrühter Massregel, welche nothwendig dazu führe, auf einen schleunigen Umsatz der Bank-Assignaten in Silberscheine Bedacht zu nehmen» ². Weshalb aber dieser nothwendig sei, erklärt Graf Cancrin nicht.

¹ M. d. R. vom 26. Januar 1842.

² S. «Aus den Reisetagebüchern des Grafen Georg Cancrin aus den Jahren 1840 bis 1845». Herausgegeben von Graf A. Keyserlingk. 2 Bde. Braunschweig 1865. Beilage II, p. 62.

2. Die Gold- und Silbermünze.

Im Jahre 1826 war bei der Regierung ein Vorschlag vom Kaufmann Subzaninow eingelaufen, der auf Grundlage des existirenden Volks-Agio (Näheres über dieses Agio gebe ich weiter unten im II. Abschnitt) Folgendes proponirte: Die Regierung solle ihren Proviandmeistern u. s. w. den Befehl ertheilen, alle Ankäufe in Silber zu machen, welches sie an der Börse für 375 Kop. erhalte und bei den Bezahlungen zum Volkskurse von 400 Kop. verausgaben könne. Hieraus würde der Krone ein Vortheil von nahe an 10 Mill. Rbl. Bco. erwachsen, welcher jetzt zum grössten Theile in die Taschen der Beamten flicse. Der Reichsrath erkannte wohl die Existenz des Volks-Agio an, beschloss aber, den Vorschlag des Kaufmanns Subzaninow nicht zu acceptiren und, um die Beamten vor derartigen Missbräuchen zu warnen, das Gesetz vom 27. October 1826 (Nr. 636 zu erlassen.

Eine der wichtigsten Vorlagen für das Geldwesen war der von Cancrin im Jahre 1830 in den Reichsrath eingebrachte Vorschlag, die Annahme klingender Münze bei Abgabenzahlungen zu gestatten und zu dem Zwecke für dieselbe einen festen Kurs zu bestimmen.

Das Manifest vom 9. April 1812 (Nr. 25,080) hatte vorgeschrieben, dass alle Zahlungen in Assignaten zu erfolgen hätten und dass alle Staatseinnahmen in denselben einfliessen sollten. Mag diese Bestimmung ihrer Zeit nothwendig und gerechtfertigt gewesen sein, im Jahre 1830 hatte sich die Sachlage jedenfalls bedeutend geändert. Durch die Verminderung der Assignaten und die Vermehrung der klingenden Münze waren die Abgabenzahlungen in Assignaten bedeutend erschwert worden; aber andererseits hatte die Nichtannahme der klingenden Münze entschieden zur Ausbildung des Agio auf Assignaten mitgewirkt. Allerdings war es seit 1824 und 1827 gestattet worden, einige wenige Abgaben in Silber zum Kurse von 365 Kop. zu zahlen, doch konnten diese unwesentlichen Erleichterungen nicht dazu führen, die Unbequemlichkeiten zu beseitigen, welche aus den verschiedenen Börsen-, Krons- und Volks-Kursen entsprungen waren und welche wesentlich die Geldumsätze erschwerten. Gold wurde nirgends von der Krone angenommen, während es beim Volke sehr beliebt und häufig anzutreffen war, zumal seitdem die entwickeltere Goldproduction des Ural den Verkehr reichlich mit diesem Metalle versorgte. Bei einer solchen Sachlage hielt es Cancrin durchaus für nothwendig, jenes Gebot: alle Abgaben in As-

signaten zu zahlen, aufzuheben und seitens der Krone überall und bei allen Abgabenzahlungen die Annahme von Gold-, Silber- und Platina-Münze zu festem Kurse anzubefehlen. Gleichzeitig wünschte er auch die verschiedenen bis dahin üblichen Kronskurse zu einem allgemeinen vereinigt zu sehen, damit von Seiten der Regierung das Mögliche zur Vereinfachung des Geldwesens geschehe. Es existirten nämlich drei Kronskurse für die Annahme des Silbers. 1. der Zollabgabekurs von 360 Kop. seit 1819; der Zoll musste stets in Assignaten gezahlt werden. Obgleich die Tarifsätze in Silber angegeben waren, erfolgte doch stets eine Umrechnung bei der Zahlung; ausserdem für die obenerwähnten Ausnahmen: 2. der Kronskurs für Pässe von 365 Kop., und 3. der für die übrigen Ausnahmen von 370 Kop. Sollten die Kronskassen verpflichtet werden klingende Münze anzunehmen, so verstand es sich von selbst, dass sie auch berechtigt werden mussten, Zahlungen in derselben zu gleichem Kurse zu leisten, was durch das Manifest des Jahres 1812 ebenfalls verboten war. Cancrin war der Meinung, dass die Annahme von klingender Münze bei Abgabenzahlungen den Assignatenkurs nicht herabdrücken würde, (es ist in der Folge auch nicht geschehen), da der Kurs derselben ein ganz fester sei und man durch jene Annahme nur einem dringenden Wunsche des Publikums nachkäme, was entschieden eher zur Hebung als zur Herabdrückung des Staatscredits beitragen würde. Er hoffte durch diese Massregel es zu erreichen, dass die den inneren Verkehr so sehr belästigenden Volkskurse verschwinden würden.

Die Annahme dieses Vorschlags seitens des Reichsraths gereichte dem Volke zu einem sehr wesentlichen Vortheil, denn es wurde durch diese Massregel vor vielen Verlusten bewahrt und der ganze Umlauf der klingenden Münze bedeutend erleichtert, beschleunigt und verallgemeinert, so dass sie sich seit dieser Zeit wieder vollkommen im Alltagsverkehre einbürgerte.

Der für die Annahme an Kronskassen geltende Silberkurs sollte etwas niedriger als der jeweilig herrschende Börsenkurs festgesetzt werden, damit nicht sobald Veränderungen desselben nöthig würden. Der Kurs sollte, um möglichste Einförmigkeit und Gleichheit herbeizuführen, für den Zoll und für alle anderen Abgaben derselbe sein¹.

Die hierauf bezügliche Verordnung wurde am 5. Januar 1831 (Nr. 4241) publicirt. Nach derselben wurde die Annahme nur von Silber- und Platina-Münze anbefohlen und zwar bloss versuchsweise

¹ M. d. R. vom 10. November 1830.

in denjenigen Gouvernements, wo ein Ueberfluss an klingender Münze vorhanden. Die Annahme von Gold an Kronskassen, die 1831 noch nicht zugelassen wurde, erfolgte erst durch die Verordnungen vom 10. Mai und 8. November 1833 (Nr. 6194 und 6562). Der Kurs wurde zu 360 Kop. für den Silber- und zu 375 Kop. für den Goldrubel festgesetzt.

Schon im Jahre 1834 brachte Cancrin eine neue Vorlage in den Reichsrath ein, in welcher er eine Herabsetzung des Kronskurses für Gold beantragte. Seine Motive waren folgende: der Börsenkurs von Gold und Silber war bedeutend gefallen, so dass er, am meisten derjenige für Gold, tiefer als der Kronskurs stand. Die Folge davon war, dass das Volk einerseits wohl die Abgaben vorherrschend in klingender Münze zahlte, aber Schwierigkeiten machte, die klingende Münze von der Krone in Zahlung zum Kronskurse anzunehmen, da es dadurch Verluste erlitt. Das starke Einfließen der klingenden Münze erschwerte es aber der Krone bedeutend, ihre Ausgaben zu bestreiten, da ja die Circulationsfähigkeit des Metalls eine weit geringere als die der Assignaten ist; dazu kamen die Verluste, welche die Krone durch den zu hohen Kurs erlitt, endlich drückten auch die an der St. Petersburger Hauptstaatskasse zusammengefloßen grossen Goldmassen den Kurs des Goldes noch mehr herab. Um nun allen diesen Uebelständen abzuhelpen, verlangte Cancrin vor allen Dingen Herabsetzung des Goldkurses und zwar von 375 auf 365, da der Börsenkurs 369 Kop. betrug. Der Kronskurs auf Silber sollte 360 Kop. bleiben, weil man denselben während der Branntweinspacht-Periode nicht ohne grosse Schwierigkeiten und Verluste ändern konnte und der Börsenkurs für Silber nur wenig tiefer als der Kronskurs stand (nämlich 359); wollte man ihn aber verändern, so musste man einen neuen dritten Kronskurs schaffen, da der bestehende aus Rücksicht auf die Branntweinspächter in keinem Falle verändert werden durfte. Die Schöpfung eines solchen dritten Kurses hätte zu neuen Complicationen u. s. w. geführt. Cancrin's Vorschlag ging im Reichsrathe durch, weil man namentlich auch die Krone vor unnützen Verlusten schützen wollte, und überdies war ja Niemand gezwungen in Gold zu zahlen, oder dasselbe von der Krone anzunehmen¹. (cf. Gesetz vom 25. Juni 1834, Nr. 7215).

Nach dieser Vorlage ist es fast unerklärlich, dass Cancrin noch in demselben Jahre, am 29. October, eine neue Vorlage beim Reichsrathe einbrachte, worin er mit Beibehaltung des Kurses von 360

¹ M. d. R. vom 9. April 1834.

für Silber beim Zoll, die Herabsetzung desselben auf 355 für alle anderen Abgaben verlangte. Diese Forderung steht in grellem Widerspruche mit seiner eben erwähnten Motivirung, in welcher er sich auf das Entschiedenste gegen die Einführung eines neuen dritten Kurses ausspricht. Das einzige Motiv, welches ihn jetzt zur Herabsetzung bewog, war das, die Kronskasse vor Verlusten zu bewahren, da der Börsenkurs des Silbers noch etwas mehr heruntergegangen war. Warum er aber den alten Kurs für die Zollabgaben beibehalten wissen wollte, ist nicht klar zu erschen¹. Jedenfalls liess Cancrin sich hier eine grosse Inconsequenz zu Schulden kommen und es stand daher zu erwarten, dass der Reichsrath seine Zustimmung zu diesem Vorschlage, wie es faktisch auch geschah, verweigern würde².

Trotzdem Cancrin mit dem Antrag, den Kronsilberkurs herabzusetzen, 1834 nicht durchgedrungen war, kam er 1838 bei Gelegenheit der Festsetzung des Gold- und Silberkurses für 1839 mit einem ähnlichen beim Reichsrathe ein. Er hielt jetzt die Zeit zu einer Aenderung des Kronskurses für noch angemessener als 1834, weil mit dem Jahre 1839 eine neue vierjährige Branntweinspacht-Periode³ begann. Es kam noch hinzu, dass inzwischen der Börsenkurs für Silber bedeutend unter den Kronskurs gesunken war, — er betrug 352 Kop., — während er für Gold auf 363 stand, also nur wenig unter dem Kronskurse, und Cancrin daher den letzteren auch unverändert lassen, den ersteren aber auf 350 herabgesetzt sehen wollte. Er machte auch darauf aufmerksam, dass der Kurs des Silbers die entschiedene Tendenz zeige, in Folge des steigenden Credits der Assignaten, des günstigen Wechselkurses u. s. w. noch mehr zu sinken. Der Verlust, welcher der Krone aus der zu hohen Annahme des Silbers erwachse, betrage etwa 3 Mill. Rbl. jährlich. Dieser Verlust wäre aber von 1839 an noch bedeutender geworden, da jetzt gestattet werden sollte, statt der früheren 20 pCt., 30 pCt. der Branntweinspacht in klingender Münze zu zahlen. Auch die Branntweinspächter verloren durch jenen zu hohen Kronskurs, wenigstens bei den Summen, die sie nicht in klingender Münze als Pacht der Krone

¹ Ich neige der Ansicht zu, desshalb: weil die Krone aus jenem höheren Kurse einen Vortheil zog, da ja der Zollsatz in Silber fixirt war, aber in Assignaten gezahlt werden musste.

² M. d. R. vom 29. October 1834.

³ Seit dem Jahre 1827 wurde das Recht des Branntweinverkaufs von der Regierung an den Meistbietenden für je einen Zeitraum von vier Jahren verpachtet. Der Pachtzins vertrat die Stelle der Accise.

den Abgabepflichtigen Assignaten zu verlangen, die sie nicht besaßen, oder ihnen die Erlaubniss, mit dem zu zahlen, was sie besaßen, d. h. mit Silber, durch Herabdrückung des Kurses illusorisch zu machen, wobei noch die Krone an anderer Stelle, beim Zolle, für die Annahme von Assignaten gar ein Agio fordere. Fürst Drutzki-Ljubetzki beantragte daher dringend, die Vorlage des Finanzministers zu verwerfen, zumal da derselbe keinen einzigen volkswirtschaftlichen, sondern bloss fiskalische Gründe zu Gunsten derselben anführe. Endlich handle es sich ja nur um eine zeitweilige Beibehaltung des alten Kurses, da ja eine Reorganisation des ganzen Geldsystems in nächster Aussicht stehe. Der Reichsrath stimmte dem Fürsten vollkommen bei, und als das Gutachten dem Kaiser vorgelegt wurde, bestätigte er es mit den Worten: «Sehr klar und erscheint mir vollkommen recht und billig»¹.

B. Die ausländische Münze.

1. Das Billon oder die ausländische Scheidemünze.

In allen russischen Grenzgouvernements fand ein bedeutender Umlauf ausländischer Scheidemünze statt: in den Ostseeprovinzen war es preussische und polnische, in den westlichen Gouvernements polnische und in den südwestlichen türkische. Schon wiederholt war der Umlauf ausländischer Scheidemünze, doch stets ohne Erfolg, verboten worden; Cancrin verlangte daher 1827 ein neues verschärftes Verbot. Er behauptete nämlich, dass das ausländische Billon sich nicht aus wirklichem Bedarf an kleiner Münze in Umlauf erhalte, sondern bloss aus Gewohnheit und Bequemlichkeit der Bewohner der Grenzgouvernements. Dieser Ansicht widersprachen aber auf das Entschiedenste die Gouverneure jener Provinzen, welche versicherten, dass die Grenzbewohner zur Ermöglichung und Erleichterung des Grenzverkehrs einer Münze durchaus bedürften, die in möglichstem Einklange mit der ausländischen Scheidemünze stände. Da nun das russische Kupfergeld dieser Anforderung garnicht entspräche, so hätte sich das ausländische Billon in unseren Grenzprovinzen eingebürgert. Es gäbe nur ein Mittel es zu vertreiben: unsere Kupfermünze in Einklang mit dem ausländischen Billon zu setzen. Thäte man dieses nicht, so müsste man das ausländische Billon in Umlauf lassen, da der Grenzverkehr desselben bedürfe; eine polizeiliche Verfolgung würde nur

zahlen konnten, da sie gezwungen waren, das Silber von den Getränkeäußern zum Kronskurse anzunehmen. — Die Anführung dieses mächtigen Verlustes von 3 Mill. Rbl. ist eine List Cancrin's, mit der er seine Gegner zu blenden versuchte. Ein solcher konnte nimmermehr stattfinden, da die Krone das Silber zu eben demselben Kurse verausgabte, zu welchem sie es in den Abgaben empfing. Ein wirklich triftiger Grund wäre die Bemerkung gewesen, dass die Beamten des Staates durch Zahlung der Gehalte u. s. w. in Silber Verluste erlitten. Wie wenig aber Cancrin, wo es den Vortheil der Krone galt, an die Benachtheiligung des Volkes dachte, geht klar daraus hervor: dass er gleichzeitig den Zollabgabekurs für Silber mit 360 beibehalten wünschte, weil dadurch der Krone ein reiner Vortheil von 2½ Mill. Rbl. jährlich zufloss. Ein sehr wesentlicher Grund sprach zu Gunsten des Cancrin'schen Vorschlags: das war die Erschwerung und Vertheuerung der Bestreitung der Regierungsausgaben mit dem schwerbeweglichen Metalle, welches allerdings in Massen einlief. (Nach Cancrin's Angaben war allein in St. Petersburg im Jahre 1838 für 25 Mill. Rbl. Münze eingekommen).

Der heftigste Gegner dieser Vorlage Cancrin's war der frühere polnische Finanzminister Fürst Drutzki-Ljubetzki. Seinen Hauptwiderspruch richtete er gegen die nicht gleichzeitige Herabsetzung des Zollabgabekurses, eine Massregel, die er für eine ebenso unsittliche Bereicherung der Staatskasse hielt, wie den Verkauf kleinen Silbergeldes an der Börse zu einem höheren Kurse, als dasselbe von der Krone bei Zahlungen angenommen wurde. Er wandte ein, dass der Verlust der Branntweinspächter nicht zu leugnen sei, so weit sie nämlich mit dem Silber Assignaten zur Bezahlung ihrer Pacht aufkaufen müssten, dass sie es aber in allen anderen Fällen zum Volkskurse verausgabten, der stets höher als der Kronskurs stand. Diesem Verluste der Pächter ständen aber die unvergleichlich grösseren Verluste gegenüber, welche das Volk erleide, sobald der Kronskurs unter dem Börsenkurse stehe. Ferner habe jede Kursveränderung auch eine Veränderung der Staats- und Privatschuldverhältnisse zur Folge, erstere würden z. B. durch eine Herabsetzung des Kurses von 360 auf 350 mit einem Federstriche um 30 Mill. Rbl. Assignaten vermehrt. Der Finanzminister habe selbst angeführt, dass die klingende Münze das Verkehrsmittel des täglichen Lebens sei, die Assignaten aber ganz in die grosse Cirkulation übergegangen wären! Es sei nicht Recht, in einem solchen Falle von

¹ M. d. R. vom 31. October, 7. und 14. November 1838.

Erbitterung gegen die Regierung hervorrufen. Der Reichsrath beschloss daher, vorerst keine neuen Verordnungen gegen den Umlauf des ausländischen Billon zu erlassen¹. Das Gutachten wurde vom Kaiser bestätigt. — Im folgenden Jahre brachte der Finanzminister denselben Antrag noch einmal beim Reichsrathe ein, indem er eine Prägung russischer Kupfermünze im Einklange mit dem ausländischen Billon, welches zu 72 Rbl. aus dem Pude geprägt wurde, für unausführbar erklärte. Bei uns sei nämlich das Kupfergeld nicht nur Scheidemünze, wie im Auslande, sondern auch Courantgeld und die Assignaten beruhten auf demselben diese würden also in ihrem Werthe durch die Prägung minderwerthigen Kupfergeldes leiden². Er hob abermals hervor, dass für den Umlauf der ausländischen Scheidemünze keine Nothwendigkeit vorhanden, sondern dass derselbe bloss auf einer schlechten Angewohnheit der Grenzbewohner beruhe; den besten Beweis liefere dafür der Umstand, dass dieselben sogar lieber Billon als vollwichtige russische Silbermünze entgegennähmen. Dieses Umstandes habe ich allerdings sonst nirgends erwähnt gefunden und nehme an, dass Cancrin selbst dies wohl kaum hätte beweisen können. Sein Vorschlag blieb auch diesmal unberücksichtigt³.

Bis zum Jahre 1837 wurde nun diese Frage nicht mehr berührt, man hatte nur noch einmal das alte Verbot von Neuem eingeschränkt, sonst aber der Sache freien Lauf gelassen. Allmählich aber hatte die Lage der Dinge einen immer schlimmeren Charakter angenommen; nicht allein, dass alle Grenzprovinzen mit ausländischer Scheidemünze überschwemmt waren, sondern es liefen auch allseitig von den dortigen Generalgouverneuren Klagen an den Finanzminister ein, dass das ausländische Billon im täglichen Verkehre zu einem, seinen inneren Werth übersteigenden Kurse vom Publikum angenommen würde. Die Folge davon sei, dass sich Spekulant ein Geschäft daraus machten, da die freie Einfuhr verboten sei, Billon heimlich in Masse ein- und dagegen vollwichtiges russisches Silber auszuführen, auch münze man sogar Billon nach.

Der Finanzminister wandte sich deshalb abermals mit einer Vorlage an den Reichsrath. Er gab in Betreff der eingelaufenen Klagen folgende Erklärung ab: 1. falsches Billon habe sich nach einer ange-

¹ M. d. R. vom 5. December 1827.

² Wenige Jahre darauf behauptete allerdings Cancrin gerade das Gegentheil: dass die Assignaten ganz unabhängig in ihrem Werthe von dem Kupfergelde seien (p. 2).

³ M. d. R. v. 1. Mai 1828.

stellten Untersuchung nicht im Verkehre vorgefunden, aber wohl sei es wahr, dass die ausländische Scheidemünze zu viel zu hohem Werthe in den Grenzprovinzen kursire. 2. Das kleine russische Silbergeld könne sich in den westlichen Gouvernements im Verkehre nicht erhalten, da es gegen Billon ausgeführt würde. Die Kupfermünze dagegen liege grösstentheils in den Kronskassen brach und könne auf keine Weise in Umlauf gebracht werden. 3. Die Zollämter könnten unmöglich die heimliche Einfuhr des Billon völlig verhindern. Aus diesen Gründen verlange er nachdrücklichst den Erlass eines Verbotes über den Umlauf ausländischer Scheidemünze, wie dieses in allen übrigen europäischen Staaten der Fall sei, und strenge Bestrafung Aller, welche gegen dieses Verbot fehlten. Da sich aber das Billon in grossen Massen in jenen Grenzprovinzen in Umlauf befinde, so könnte ein plötzliches, gänzliches Verbot desselben zu Störungen im Verkehre führen und diejenigen, die im augenblicklichen Besitze des Billon wären, dadurch Verluste erleiden; desshalb sollte für den Umlauf noch eine Frist von einem Jahre festgestellt werden.

Das Departement der Reichsökonomie wie die Majorität im Reichsrathe stimmten dieses Mal dem Vorschlage des Finanzministers vollkommen bei: weil jene Provinzen inzwischen hinlänglich mit kleinem Silbergelde und neuer Kupfermünze versehen worden wären, die Ausfuhr des kleinen Silbergeldes zum Eintausch gegen werthloses Billon das Volkskapital schädige und das Kupfergeld ganz zwecklos in den Kronskassen brach läge, statt sich in Umlauf zu befinden. Drei Mitglieder des Reichsraths, unter diesen Admiral Greigh, stimmten gegen den Antrag und waren — meiner Ansicht nach — auch entschieden im Recht. Sie hoben hervor, dass das hartnäckige Festhalten an dem ausländischen Billon weniger auf eingewurzelter Angewohnheit wegen des bequemen Gebrauches dieser Münzzeichen beruhe, vielmehr daher rühre, dass jene Gegenden entschieden noch nicht hinlänglich mit russischem Kleingelde versehen seien. Seit 1813 bestand ein Verbot des Umlaufes, 1824 und 1827 wurde es erneuert und doch war es im Verlaufe von 34 Jahren nicht im Stande gewesen, den Umlauf des Billon zu verhindern. Das ist doch ein sprechender Beweis dafür, dass der Geldverkehr in jenen Provinzen dieser Münze nothwendig bedurfte; man bedenke dabei, dass nicht einmal die Furcht vor Strafe die Grenzbewohner verhindert hatte, sich des Billon zu bedienen. Wenn man nur jene Provinzen hinlänglich mit russischer Scheidemünze

versorgt hätte, so würde das Billon schon von selbst aus dem Verkehre verschwunden sein. Die Behauptung des Finanzministers, dass man sich in jenen Provinzen aus Eigennutz des Billons bediene, ist falsch; es geschah einfach aus Mangel an Scheidemünze. War dieser Mangel doch damals im ganzen Reiche so fühlbar, dass es selbst in der Residenz sehr schwer war, kleines Geld herauszubekommen, wenn man bei einem Einkauf für wenige Kopeken mit einem 75 Kopekenstück (3 Rbl. Assignaten) zahlte; sehr häufig musste man bei solchen Einkäufen noch Verluste fürs Wechseln erleiden. Nicht weniger zeugen für jenen Mangel auch die in St. Petersburg in den Clubs angewandten Marken und die Stadtmarken, die in Est- und Livland als Ersatz von Scheidemünze von Privatpersonen eingeführt waren. — Admiral Greigh äusserte in Bezug auf den Umlauf des Billon sehr richtig: «Ueberall bemerkt man, dass die Fehlgriffe der Regierungen durch das Volk ausgeglichen und Mittel und Wege ausgedacht werden, solche Fehlgriffe weniger fühlbar oder unbedeutend zu machen»¹.

Die eigentliche Ursache jenes fortgesetzten Umlaufs von Billon war meiner Ansicht nach einfach die Unvollkommenheit unseres Geldsystems. Kleine silberne Scheidemünze existirte nicht und das Kupfergeld war durch seine Grösse und Schwere bei Weitem nicht so für den Kleinverkehr geeignet, als das ausländische Billon. Canrin wollte, wie dies so häufig bei ihm der Fall war, diesen Uebelstand nicht einsehen, weil er im Widerspruche mit seinen Plänen stand. Er wollte eine möglichst grosse Einheit der in Umlauf befindlichen Münzen herbeiführen, und daher lag ihm die Vertreibung des ausländischen Billon zunächst am Herzen. Mit den Mitteln, die ihm zur Erreichung eines Zieles dienen sollten, hat er es niemals gar zu genau genommen; wir werden auf ähnliche Fälle noch öfter stossen.

Im Jahre 1838 fand dann noch einmal eine Berathung dieser Frage statt. Ich entnehme derselben einige interessante Notizen. Unter Billon verstand man bei uns, wie oben erwähnt, kleine ausländische Scheidemünze, die sich in den Grenzgouvernements in Umlauf befand. Es war nicht eigentliches Geld (действительная монета): denn es war kein gesetzliches Zahlungsmittel und wurde von der Krone in keiner Zahlung, ja selbst von Privaten nur nach freiwilligem Uebereinkommen angenommen. Seine Benutzung beschränkte sich meistens auf den täglichen Kleinverkehr beim Kauf und Verkauf

¹ M. d. R. v. 29. November 1837.

von Lebensmitteln unter dem einfachen Volke, namentlich unter den bauerlichen Grenznachbarn. Seit dem Jahre 1719 datiren die Verbote hinsichtlich des Umlaufs ausländischer Scheidemünze; bis zum Jahre 1801 erstreckten sie sich auf einzelne Arten derselben, dann aber heisst es in der Geldordnung vom 20. Juni 1810: «der Umlauf und die Einfuhr ausländischer kleiner Scheidemünze, bekannt unter dem Namen «Billon», wird vom Jahre 1812 *gänzlich* verboten». Dieser Termin wurde jedoch 1813 für die Ostseeprovinzen bis 1815 ausgedehnt. Da aber alle diese Verbote gänzlich erfolglos blieben, versuchte man im Jahre 1824, das Billon während vier Monaten an den Staatskassen gegen russische Münze einzuwechseln; jedoch auch diese Massregel erzielte nicht das gewünschte Resultat. Es wurde sogar wie gar kein Billon zur Einwechslung präsentirt, da diese nach einer festen Taxe, nach dem Metallwerthe des Billon erfolgte, zu einem Preise also, der tief unter ihrem Verkehrswerthe stand. Nach Verlauf jener vier Monate sollte alles Billon, das im Verkehre angetroffen wurde, confiscirt werden. Aber selbst diese Drohung blieb erfolglos, denn 1827 musste das Verbot wieder verschärft werden und auch das half nichts. Diese Erfahrungen überzeugten das Departement der Reichsökonomie, dass die Gewohnheit des Volkes im Gebrauch des Billon auf einem wirklichen örtlichen Bedürfnisse begründet sei. Da aber andererseits das neue Kupfergeld (seit 1832 in Umlauf gesetzt) nach den Versicherungen des Finanzministers alle Eigenschaften besass das Billon zu ersetzen und die Grenzprovinzen auch hinlänglich mit demselben versorgt waren, ohne es indessen im Verkehre zu benutzen, so hielt das Departement es für nothwendig, ausser der Wiederholung des früheren Verbots hinsichtlich des Billon noch folgende Massregeln durch den Finanzminister treffen zu lassen: 1. in jenen Provinzen Kassen einzurichten, bei welchen man nach Wunsch Assignaten und Silber gegen Kupfergeld, und umgekehrt Kupfergeld gegen Assignaten und Silber zu jedem Betrage einwechseln könne. 2. Den Umlauf des Kupfergeldes möglichst zu befördern. — Der Reichsrath billigte dieses Verlangen und es wurde also beschlossen, kein neues Gesetz zu erlassen, sondern es zu versuchen, das Billon dadurch zu vertreiben, dass man das Bedürfniss nach demselben beseitigte¹.

Doch auch dieser Versuch schlug fehl, denn im Jahre 1844 war noch so viel Billon in Umlauf, dass ein neues strenges Verbot gegen

¹ M. d. R. vom 2. Juni 1838.

den Umlauf desselben erlassen wurde, doch das geschah schon nach Cancrin's Rücktritte, liegt also ausserhalb des Rahmens unserer Studie.

2. Die Gold- und Silbermünze.

Seit den ältesten Zeiten hatte, ohne dass dem Verkehre dadurch irgendwelcher Nachtheil erwachsen war, ausländische Gold- und Silbermünze im Reiche kursirt. Mit der Hebung des Werthes der Assignaten fand sie sich aber auch in grösserer Menge ein, und wurde allmählich so häufig, dass sie geradezu einige Gouvernements überschwemmte, was besonders seit 1830 zu häufigen Klagen Anlass gab. Im Jahre 1834 reichten Moskau'sche Kaufleute sogar eine Petition an den Reichsrath ein, um ein Verbot des Umlaufs ausländischer Gold- und Silbermünze zu erwirken. Die Klagen der Kaufleute liefen darauf hinaus, dass fremde Goldmünze (besonders französische) den Markt dermassen beherrsche, dass das Agio auf Assignaten 12 pCt. erreicht habe und die russische Goldmünze ganz vom Markte verschwunden sei. Dies beeinträchtige den Credit; Käufer wollten keine Wechsel auf Assignaten ausstellen, die in 7 Monaten um $2\frac{1}{2}$ pCt. gestiegen seien; Verkäufer keine auf Gold ausgestellten annehmen. Es hätte sich — so hiess es weiter in der Petition — ein besonderer Handelszweig ausgebildet, um russisches Gold aus- und ausländisches einzuführen, letzteres sei aber seinem Metallwerthe nach viel schlechter als das russische. Die Kaufleute baten daher, man möge die Einfuhr ausländischer Goldmünze, ausgenommen holländischer Dukaten, die vollwichtig wären und sich schon längst in Russland in Umlauf befänden, verhindern. Ferner erklärten sie, dass der ganze Handel der Moskauer Kaufleute ein interner sei, der zum grössten Theile mit baarem Gelde geführt würde. Der Grosshandel sei vollständig in den Händen ausländischer Kaufleute, von diesen würde denn auch der Import ausländischer Münze ins Werk gesetzt. Den Nachtheil müssten aber die einheimischen Fabrikanten und kleinen Kaufleute empfinden, welche gezwungen seien, ihre Waare rasch abzusetzen, weil sie nur kleine Betriebskapitale besässen, und da sie ihr Geld brauchten, aus Noth jedwede Art von Geld annähmen. Diese ungünstige Lage der Verkäufer nützten die Käufer für sich aus, indem sie in ausländischer Münze zahlten, welche im Verkehr einen höheren als ihrem Metallwerthe entsprechenden Kurs hätte. Aehnlich verführen die Schuldner mit ihren Gläubigern; wohl wissend, dass diese langwierige Prozesse

scheuen würden, zwängen sie dieselben, ausländische Münze als vollwichtige russische anzunehmen. Am meisten aber litten von dem Umlauf ausländischer Münze zu einem zu hohen Kurse die arbeitende Klasse und überhaupt der kleine Mann.

Der Finanzminister gab wohl zu, dass aus dem Umlaufe ausländischer Goldmünze zu einem ihren inneren Werth übersteigenden Kurse grösser Nachtheil für's Volk erwachse, aber gleichzeitig müsse erwogen werden: 1. Dass es nicht wahrscheinlich sei, dass russisches Gold zum Ankauf ausländischer Münze ausser Landes gehe, weil das ausländische Gold viel bequemer auf kaufmännischem Wege zu erhalten wäre. 2. Dass der wahre Grund der Einfuhr fremder Münze die günstige Handelsbilanz sei, denn während 1829 der Import den Export um $19\frac{1}{2}$ Mill. Rbl. Assignaten überwog, überstieg seit 1830 der Export den Import um $12-23\frac{1}{2}$ Mill. jährlich. Ferner käme der Umstand in Betracht, dass bei uns Gold und Silber überhaupt höher im Preise ständen, als in andern Ländern, und dazu trete dann noch der Leichtsinne und die Oberflächlichkeit hinzu, mit der unser einfaches Volk die fremde Münze in ihrem Werthe mit der unsrigen vergleiche, so dass selbst verschiedene Verwaltungsmassregeln fruchtlos geblieben, welche in dieser Beziehung Vorsicht und Kenntniss verbreiten sollten. 3. Dass das Verbot des Umlaufs ausländischer Münze mit politischen und wirthschaftlichen Schwierigkeiten verbunden sei. Wer ausländische Münze besitze, würde durch Einwechselung derselben in den Wechselbuden verlieren, auch würde das Verbot erfolglos sein, da es an anderen Werthzeichen mangle. — Der Finanzminister rieth daher, keine besonderen Massregeln gegen den Umlauf ausländischer Münze zu ergreifen und hoffte, dass in kurzer Zeit die fremden Münzen ihren richtigen Werth im täglichen Verkehre gewinnen würden, wozu die Regierung durch häufige Publikationen von Tabellen über den wahren Werth ausländischer Münze viel beitragen könnte. Die Frage erschien jedoch so wichtig, dass man zur genauen Erforschung derselben ein besonderes Comité einsetzte. Das Comité fand: 1. Dass sich keine zu leichten 20-Francstücke in Umlauf befänden; man hatte nämlich auch darüber geklagt, dass Spekulantenducaten ins Ausland schickten, um sie dort in 20-Francstücke umprägen zu lassen, und zwar aus je drei Ducaten zwei 20-Francstücke. 2. Dass thatsächlich in den Gouvernements, wo viel ausländische Münze kursire, das Agio besonders hoch stände, so namentlich in Moskau, wo etwa viermal soviel ausländi-

sche wie inländische Münze in Umlauf wäre. 3. Dass ein Export russischer klingender Münze 1833 so gut wie gar nicht stattgefunden habe, im Ganzen nur für 632,000 Rbl. Assignaten, und zwar nur Silbermünze; dagegen wäre eingeführt worden: an

Gold in Barren für	3,000 Rbl. Assignaten
» Münze »	33,285,024 »
Silber in » »	3,093,957 »
» Barren »	1,428,065 »

37,810,046 Rbl. Assignaten.

Der Finanzminister gab hierauf folgende Erklärung ab: 1. Die bisherige zu hohe Schätzung der ausländischen Münze komme unserem Publikum bereits zum Bewusstsein, und dieser Umstand habe das plötzliche Steigen des Agio auf russische Münze und Assignaten, — ein Jeder, der russische Münze besass, hielt sie zurück, — sowie den raschen Umlauf der ausländischen Münze bewirkt, Jeder wollte sie jetzt möglichst rasch loswerden. 2. Die Einfuhr von Münzen als Waare sei ein Zeichen günstiger Handelsbilanz. Der dem Publikum daraus erwachsende Nachtheil sei nur Folge der Speculation einiger Personen, ausländische Münze zu einem zu hohen Kurse in Umlauf zu bringen. 3. Mit dem Bekanntwerden des wahren Werthes der ausländischen Münze würde die Speculationseinfuhr derselben aufhören, auch hätte ihr Werth im Verhältnisse zur russischen Münze bereits zu fallen begonnen. 4. Es gehe nicht an, ein Einfuhr-Verbot zu erlassen, denn die Aus- und Einfuhr von Münzen werde durch die Handelsbewegung regulirt. 5. Die Regierung könne ausländischer Münze unmöglich einen Zwangskurs verleihen, weil die Annahme derselben auf freiem Uebereinkommen beruhe. 6. Eine amtliche Verfolgung hinsichtlich des Umlaufs, — denn ein blosses Verbot würde nichts helfen, — hätte unerträgliche Beschränkungen u. s. w. für den Handel zur Folge.

Der Reichsrath entschied schliesslich dahin, dass, so misslich auch der Umlauf ausländischer Münze zu einem ihren inneren Werth übersteigenden Kurse für das Volk sei, doch dagegen keine Verbotsmassregeln ergriffen werden könnten, weil die Regierung sonst von ihrem Principe der freien Aus- und Einfuhr edler Metalle in Barren und Münze abweichen müsste. Ueberdies sei es noch sehr fraglich, ob man durch solche Mittel das gewünschte Resultat erzielen werde, da beim Billon das Verbot des Umlaufs gar nichts geholfen. Eine Einziehung aller in Umlauf befindlichen ausländi-

schen Münze zu einem festen Kurse könne leider nicht ins Werk gesetzt werden, weil es dazu an einem genügenden Kapitale fehle, da die Menge der kursirenden ausländischen Münze ausserordentlich gross sei. Die Regierung könne demnach weiter nichts thun, als durch wiederholte Publikationen über den wahren Werth der ausländischen Münze darauf hinwirken, dass sie zu einem, diesem Werthe entsprechenden Kurse im gewöhnlichen Verkehre angenommen werde. Ferner sollte es Jedermann gestattet sein, ausländische Münze zur Umprägung an die Münzhöfe einzuliefern, ohne dass ihm die Umprägungskosten angerechnet würden, und in den bedeutenderen Städten sollte an den Kronskassen einem Jeden ausländische Münze gegen russische klingende Münze eingewechselt werden, doch nur bis zum Betrage von 100 Rubeln ¹.

Man vermisst in erster Reihe bei Durchsicht dieser Verhandlung die Erwähnung der wahren Ursache des Importes ausländischer Münze: den Mangel an russischer. Denn selbst gesetzt den Fall, dass die Handelsbilanz eine so günstige gewesen sei, als sie Cancrin angiebt, — wogegen übrigens nicht unbedeutende Zweifel sich erheben, — so wäre es dem Auslande bei sonst normalen Verhältnissen noch immer vortheilhafter gewesen, die sich ergebende Differenz zwischen seinem Import und Export mit Gold und Silber in Barren auszugleichen, statt in Münze, da diese ja bekanntlich im eigenen Lande stets in höherem Preise, als in fremdem steht. Da es nun aber Thatsache ist, dass allein im Jahre 1833 von den 37 Mill. Rbl., die an edlen Metallen importirt wurden, nur etwa 1 1/2 Mill. auf Barren, die übrigen 35 1/2 Mill. auf Münze kamen, so kann dieser Umstand nur davon herrühren, dass sogar ausländische Münze, nicht nur Gold und Silber, wie Cancrin bemerkt, bei uns in höherem Preise stand, als in dem Lande, wo sie legales Zahlungsmittel war. Diese Thatsache kann aber wohl kaum anders erklärt werden, als dadurch, dass es dem Verkehre in Russland an eigener Münze zur Bestreitung seiner Geldumsätze in hohem Grade mangelte; man war daher wegen des Bedarfs an klingender Münze gezwungen, für die ausländische einen so hohen Preis zu zahlen, dass die Ausländer es für vortheilhaft finden mussten, ihre Münze aus dem eigenen Lande auswandern zu lassen. Wir haben hier die einfache Erscheinung von Nachfrage und Angebot. Aus diesem Grunde hätte wohl die erste Pflicht des Finanzministers die sein müssen, den Verkehr hinlänglich mit klingender Münze des eigenen Landes

¹ M. d. R. v. 3. Mai 1834.

zu versorgen; dieses Mittel würde radikal geholfen, dem Unwesen des Umlaufs ausländischer Münze zu einem unnatürlich hohen Kurse ein Ende gemacht, und aller Wahrscheinlichkeit nach die fremde Münze bald ganz aus dem Verkehre gedrängt haben. Aber von diesem Hilfsmittel ist auch nicht einmal die Rede. War die Möglichkeit nicht vorhanden, es auszuführen, oder fürchtete man etwa, dadurch den Handel zu beeinträchtigen, in der Meinung, das Ausland würde nicht mehr so viel kaufen, wenn es sein Gold und Silber oder seine Münze nicht mehr so vortheilhaft wie früher nach Russland absetzen könnte? Wir wissen es nicht, wir haben nirgends auch nur eine Andeutung darüber gefunden, warum man nicht zu diesem Auskunftsmittel griff. Allerdings beging der Reichsrath, wohl durch Cancrin dazu veranlasst, den Fehler, den Import von Gold und Silber in Barren und den in Münze nicht getrennt zu betrachten, — und doch liegt ja darin ein grosser Unterschied: Münze ist nicht nur Waare, sondern auch Geld.

II. Die Reichsschatzbillete.

(Билеты Государственного казначейства.)

Unter den im Manifeste vom 15. Juli 1831, Nr. 4704, angegebenen Gründen, welche die erste Ausgabe der Reichsschatzbillete veranlassten, war der Hauptgrund, die ausgebrochenen Unruhen in Polen, weggelassen worden, was natürlich aus politischen Rücksichten geschah. Der Finanzminister schritt selbst, wie er es wenigstens aussagte, sehr ungern zu dieser Vermehrung der bereits existirenden Creditpapiere, aber die so plötzlich hereingebrochenen schwierigen Verhältnisse zwangen ihn zu diesem Schritte. Die Zinsen wurden nicht höher als 4 pCt. festgesetzt, weil man verhindern wollte, dass das Publikum die Einlagen aus den Creditanstalten zurückziehe. Die näheren Bestimmungen über den Charakter dieser Papiere ersieht man aus dem angeführten Gesetze.

Diese Reichsschatzbillete fanden einen grossen Absatz. Als sich im Jahre 1834 wieder ein Deficit in dem Budget herausstellte, hervorgerufen durch grosse Rückstände in den ordentlichen Einnahmen, durch vermehrte Unkosten bei der Herbeischaffung des Branntweins und durch Vergrösserung des Ausgabe-Etats des Kriegsministeriums in Veranlassung der stark erhöhten Preise fast aller Gegenstände

der Verproviantirung der Truppen, musste wiederum an ausserordentliche Mittel zur Deckung desselben gedacht werden. Es gab nach der Meinung des Finanzministers vier Wege, um diese nöthig gewordenen Mehrausgaben zu bestreiten: 1. Das Kriegsreservekapital anzugreifen — wäre seiner Ansicht nach bei den unruhigen Zeiten in fast ganz Europa geradezu eine Thorheit gewesen. 2. Eine auswärtige Anleihe konnte in dem Augenblick unmöglich abgeschlossen werden, da die letzte, dritte 5-procentige vom 14. Mai 1831 im Betrage von 20 Mill. Rbl. Silb. erst vor Kurzem vollkommen realisirt worden war. Eine neue würde daher im Auslande zu der Vermuthung Anlass gegeben haben, Russland denke an Krieg, oder es seien seine Quellen dermassen versiegt, dass es nicht einmal im Stande sei, in Friedenszeiten seine ordentlichen Ausgaben selbst zu decken. Beide Vermuthungen hätten zum sofortigen Fallen unserer, schon ohnedies tiefstehenden Fonds geführt, wodurch die Anleihe auch noch besonders vertheuert worden wäre. Ueberhaupt aber sind auswärtige Anleihen nach der Meinung Cancrin's besonders drückend und ein Staat darf nur in Fällen äusserster Noth zu ihnen greifen. 3. Das Auskunftsmittel einer Anleihe bei den Creditanstalten konnte auch unmöglich ergriffen werden, da die Creditanstalten damals zu dem Zwecke nicht mehr genug flüssiges Kapital besaßen, weil bereits im Jahre 1834 verschiedene kleine Anleihen gemacht worden waren und auch noch gemacht werden sollten. Auch hätten die Einlagen zurückgefordert werden können, zumal sie jetzt lange nicht mehr so reichlich einflossen, wie in früheren Jahren. Im August 1833 gab es in der Leih- und Commerzbank über 421¹/₂ Mill. Rbl. freies Kapital, am 1. October war es auf 26¹/₂ Mill. herabgegangen und am 24. December betrug es nur noch 10 Mill. Rbl. 4. Eine neue Emission von Reichsschatzbillete und Sistirung der Tilgung der ersten. Dieses war die einzige Quelle, zu der man seine Zuflucht nehmen konnte. Folgende Umstände sprachen noch besonders für diesen Weg: Die Billete vom Jahre 1831 hatten sehr guten Absatz gefunden und beim Publikum waren sie sehr beliebt, so dass man die zur Tilgung nöthige Anzahl derselben nicht erhalten konnte. Cancrin hielt sie daher für die beste Form einer inneren Anleihe und ganz besonders zur Deckung ausserordentlicher Ausgaben geeignet, viel mehr als die Assignaten. Eine vermehrte Ausgabe der letzteren hätte ihren Kurs sofort herabgedrückt, d. h. den Staatscredit gefährdet, während die Ausgabe der Reichsschatz-

billete auch nicht den geringsten schlimmen Einfluss auf den Kurs der Assignaten gehabt hätte.

Was nun die alten Serien vom Jahre 1831 anbetrifft, so waren noch 20 Mill. derselben in Umlauf; 10 Mill. aber, nicht aus regelmässigen Einnahmen, sondern vermittelst Bankanleihen getilgt. Im Jahre 1834 mussten nun wieder 10 Mill. getilgt werden, die Mittel dazu waren aber nicht vorhanden und da rieth denn der Finanzminister, die Tilgung zu sistiren, was die neue Ausgabe von Reichsschatzbillete für's Erste sogar unnöthig machen würde. Der Reichsrath stimmte dem bei (cf. Manifest vom 9. Januar 1834, Nr. 6706).

Da auch diese neuen Serien, nach Einwechselung der alten, sich grosser Gunst beim Publikum erfreuten, so dass von den für 40 Mill. Rbl. ausgegebenen Billete bis 1837 nur 8,183,300 Rbl. in den verschiedenen Creditanstalten eingewechselt und bis auf 183,300 Rbl.⁵ auch durch Verbrennen getilgt waren, so rieth der Finanzminister im Jahre 1837 die im Verkehr befindlichen Reichsschatzbillete zweiter Emission vor ihrer Ablaufszeit (1840) gegen neue einzutauschen. Er betonte abermals, dass diese Billete eine vortreffliche Einnahmequelle für die Regierung in Zeiten der Noth darböten und man das Publikum ja nicht durch Herausziehen derselben aus dem Verkehre von ihrem Gebrauche entwöhnen solle. Sein Vorschlag wurde vom Reichsrathe angenommen und auch im Jahre 1839 ausgeführt, zumal in letzter Zeit aus den inneren Gouvernements eine consequente Nachfrage nach Reichsschatzbillete stattgefunden hatte; man verlangte sie namentlich von den St. Petersburger Kaufleuten als Zahlung statt Geldes. Dieser Anforderung konnte aber nur wenig genügt werden, da es im Verkehre an ihnen vollkommen mangelte. (cf. Senatsbefehl vom 29. März 1839, Nr. 12,185).

Im Jahre 1840 fand dann noch einmal eine neue Emission von Reichsschatzbillete statt, 4 Serien, jede zu 3 Mill. Rbl. Silber (cf. Senatsbefehl vom 19. April 1840, Nr. 13,383). Der Grund zu dieser Ausgabe waren die enormen Rückstände in den ordentlichen Einnahmen, veranlasst durch die Missernten, welche einen grossen Theil des Reiches betroffen hatten. Da die Unkosten zur Herstellung der Reichsschatzbillete sehr bedeutend waren, so bat sich der Finanzminister die Erlaubniss aus, dieses Mal gleich Billete für 30 Mill. Rbl. Silb. im Voraus anfertigen zu dürfen, obgleich nur für 12 Mill. Rbl. Silb. emittirt werden sollten.

III. Die Reorganisation des Geldsystems im Jahre 1839.

A. Historischer Rückblick auf das Assignatensystem.

Der erste Versuch Assignaten einzuführen, stammt noch aus der Zeit des Zaren Alexei Michailowitsch. Der schwedische und polnische Krieg hatten der Staatskasse dermassen Silbermünze geraubt, dass die Regierung sich bei eingetretenem vollkommenem Mangel an Mitteln entschloss, eine auswärtige Anleihe zu contrahiren. Man wandte sich zu diesem Zwecke an die grosse Bank der Republik Venedig, erhielt aber von dort eine abschlägige Antwort. Da wusste man sich denn anders zu helfen, und im Jahre 1656 wurden neue Kupfermünzen geprägt, denen ein Zwangskurs al pari mit der Silbermünze beigelegt wurde. Es war dies Mittel nichts anderes als eine besondere Art von Papiergeld-Emanation, denn diese neue Kupferassignate unterschied sich von eigentlichem Papiergelde nur darin, dass jene Assignaten doch einigen materiellen Werth (Kupfer) besaßen, während die Papierassignate werthlos ist. Die Folgen der Kupferassignaten von 1656 waren genau dieselben, wie man sie bei jeder Papiergeldwirthschaft beobachten kann. Kaum hatte sich jenes neue Kupfergeld, von welchem ein Rubel = einem Rubel in Silber gelten sollte, während das wirkliche Verhältniss beider Metalle wie 62½ : 1 war, im ganzen Reiche verbreitet, so trat auch bereits (1658) seine Entwerthung und in deren Gefolge Theuerung u. s. w. ein. Diese Entwerthung nahm natürlich ungemein schnell zu, so dass man im Jahre 1663 schon gegen 17 Kupferrubel für einen Silberrubel zahlte. 1662 war in Veranlassung der durch die Entwerthung des Geldes hervorgerufenen Calamität ein Volksaufstand ausgebrochen, der zwar mit Waffengewalt unterdrückt wurde, aber doch von Einfluss auf die im Jahre 1663 erfolgte Einziehung des gesammten Kupfergeldes und die Ausgabe neuen Silbergeldes gewesen zu sein scheint. Eine eigenthümliche, sonst wohl kaum dagewesene Thatsache ist die, dass die Regierung das Kupfergeld nicht etwa nach dem Kurswerthe desselben in Silber, ja nicht ein-

mal nach dem wahren Werthverhältnisse beider Metalle zu einander, sondern nach einem viel niedrigeren Verhältnisse gegen Silbermünze eintauschte. Sie gab nämlich für 100 Rbl. Kupfer nur einen Rbl. in Silber, während thatsächlich letzterer im Verkehre nur 17 Kupferrubel galt, und das damalige Werthverhältniss der beiden Metalle Kupfer und Silber 1 : 62 $\frac{1}{2}$ war. Zugleich wurde auch noch bestimmt, dass, wer sein Kupfergeld zu jenem von der Regierung angesetztem Preise nicht an die Krone verkaufen wollte, dasselbe einschmelzen, aber bei Strafe der Confiskation sich seiner nicht als Geld im Verkehre bedienen durfte ¹.

Bei der nun folgenden Darlegung der Entwicklung des eigentlichen (Papier) Assignatensystems, werde ich mich möglichst kurz fassen, da über diesen Gegenstand ausführlichere Arbeiten existiren, auf welche ich hiermit verweise ².

Um von der Gestaltung des Assignatenwesens dem Leser ein möglichst prägnantes Bild zu geben, fügen wir eine Tabelle bei, welche uns die stete Zunahme der Assignatenmasse (Colonne 2 und 3), das Fallen und Steigen ihres Kurswerthes (Colonne 4), den jeweiligen Werth der ganzen Assignatenmasse in Silber (Colonne 5) und den entsprechenden Wechselkurs auf Amsterdam (Colonne 7) zeigt. Die Tabelle ist dem Gutachten des Grafen Speranski «Ueber den Geldumlauf» entnommen; dasselbe wurde in seinem Nachlasse gefunden und dem Departement der Reichsökonomie, als es die Verhandlungen über die Reorganisation des Geldsystems im Jahre 1839 begann, zugestellt. Graf Speranski sagt von dieser Tabelle: «sie ist nach positiv officiellen Quellen zusammengestellt» ³.

¹ Eine genaue und ausführliche Darlegung dieser Kupfergeld-Operation findet man bei A. Brückner: Kupfergeldkrisen. Dorpat 1867. p. 16 ff und 65 ff. Diesem Buche sind auch meine Bemerkungen entnommen. — Cf. auch Lamanski: Geschichtlicher Ueberblick des Geldumlaufs in Russland von 1650 — 1817, p. 68. (Ламанскій: Историческій очеркъ денежнаго обращенія въ Россіи съ 1650—1817).

² a) H. Storch: Cours d'Economie Politique, 1815; b) Jacob: Ueber Russlands Papiergeld. 1817; c) Lamanski: a. a. O.; d) A. Brückner: Die Geschichte des russischen Papiergeldes. (Hildebrand's Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik. Jena 1863. Bd. I, p. 48 ff.); e) W. Goldmann: Das russische Papiergeld. 2. Aufl. Riga 1866. (Auch in russischer Uebersetzung erschienen).

³ Journal des Dep. der Reichsökonomie 1839. Nr. 77, Bl. 358 ff.

Tabelle über die Bewegung und den Werth der Assignaten.

(Zusammengestellt vom Grafen Speranski nach officiellen Daten.)

Jahr	Jährliche Ausgabe	Summe aller in Umlauf befindlichen Assignaten	Werth des Assignatenrubels gegen den Silberrubel nach dem St. Petersburger Börsenkurs in Kopeken	Werth der ganzen Summe Assignaten in Silber	Preis d. Assignatenrubels in holländischen Stüver Pf.	Wechselkurs auf Amsterdam	Unterschied zwischen dem Preise des Assignatenrubels und dem Wechselkurs	Kurs zu Gunsten Russl. %	Kurs zum Nachtheil Russl. %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1769	40,000,000		99	39,600,000	36 14	43	19	—	
1770	—		99	39,600,000	36 14	40	10 $\frac{2}{3}$	—	
1771	—		98	39,200,000	35 78	42	17 $\frac{2}{5}$	—	
1772	—		97	38,800,000	35 42	42	18 $\frac{3}{5}$	—	
1773	—		98	39,200,000	35 78	40	17 $\frac{4}{5}$	—	
1774	—		100	40,000,000	36 50	40	9 $\frac{3}{5}$	—	
1775	—		99	39,600,000	36 14	43	19	—	
1776	—		99	do.	36 14	43	19	—	
1777	—		99	do.	36 14	43	19	—	
1778	—	40,000,000	99	do.	36 14	42	16 $\frac{1}{5}$	—	
1779	—		99	do.	36 14	41	13 $\frac{1}{2}$	—	
1780	—		99	do.	36 14	36	—	$\frac{3}{5}$	
1781	—		99	do.	36 14	39	7 $\frac{9}{10}$	—	
1782	—		99	do.	36 14	39	7 $\frac{9}{10}$	—	
1783	—		99	do.	36 14	38	5 $\frac{1}{7}$	—	
1784	—		98	39,200,000	35 78	37 $\frac{1}{2}$	4 $\frac{1}{5}$	—	
1785	—		98	do.	35 78	39	9	—	
1786	—		98	do.	35 78	39	9	—	
1787	60,000,000		97	97,000,000	35 42	39	10 $\frac{1}{3}$	—	
1788	—	100,000,000	92 $\frac{3}{8}$	92,600,000	33 80	34	$\frac{3}{5}$	—	
1789	—		91 $\frac{3}{4}$	91,750,000	33 48	30	—	10 $\frac{3}{5}$	
1790	11,000,000	111,000,000	87	96,570,000	31 74	30	—	5 $\frac{1}{2}$	
1791	6,000,000	117,000,000	81 $\frac{1}{3}$	95,160,000	29 67	27 $\frac{1}{2}$	—	7 $\frac{1}{3}$	
1792	3,000,000	120,000,000	79 $\frac{1}{3}$	95,200,000	28 97	27	—	6 $\frac{4}{5}$	
1793	4,000,000	124,000,000	74	91,760,000	27 04	24 $\frac{1}{2}$	—	9 $\frac{2}{5}$	
1794	21,550,000	145,550,000	71	102,950,000	25 89	27	4 $\frac{1}{3}$	—	
1795	4,450,000	150,000,000	68 $\frac{1}{2}$	102,750,000	25 01	28	12	—	
1796	7,703,640	157,703,640	70 $\frac{1}{2}$	111,181,066	25 70	29	12 $\frac{5}{8}$	—	
1797	5,871,200	163,574,840	79 $\frac{1}{3}$	129,769,372	28 97	30	3 $\frac{1}{2}$	—	
1798	31,356,765	194,981,605	73	142,300,071	26 65	27	1 $\frac{1}{3}$	—	
1799	15,018,395	210,000,000	67 $\frac{1}{2}$	141,750,000	24 66	25	1 $\frac{2}{5}$	—	
1800	2,689,335	212,689,335	65 $\frac{1}{3}$	138,957,031	23 86	24 $\frac{1}{2}$	2 $\frac{2}{3}$	—	
1801	8,799,000	221,488,335	66 $\frac{1}{4}$	146,736,021	24 17	25 $\frac{1}{4}$	4 $\frac{1}{2}$	—	
1802	8,976,090	230,464,425	71 $\frac{2}{5}$	164,551,598	26 07	28 $\frac{1}{8}$	7 $\frac{1}{8}$	—	
1803	17,160,240	247,624,665	80	198,099,732	29 20	31 $\frac{1}{2}$	7 $\frac{7}{8}$	—	
1804	13,033,885	260,658,550	79 $\frac{1}{3}$	206,789,115	28 97	30 $\frac{3}{4}$	6 $\frac{1}{7}$	—	
1805	31,540,560	292,199,110	77	224,993,314	28 07	30 $\frac{1}{2}$	8 $\frac{2}{3}$	—	
1806	27,040,850	319,239,960	73	233,045,170	26 65	26 $\frac{3}{4}$	$\frac{2}{5}$	—	

Jahr	Jährliche Ausgabe	Summe aller in Umlauf befindlichen Assignaten	Werth des Assignatenrubels gegen den Silberrubel nach dem St. Petersburger Börsenkurs	Werth der ganzen Summe Assignaten in Silber	Preis d. Assignatenrubels in Stüber Pf.	Wechselkurs auf Amsterdam Stüber	Unterschied zwischen dem Preise des Assignatenrubels und dem Wechselkurs	Kurs zu Gunsten Russl. %	Kurs zum Nachtheil Russl. %
1	2	3	4	5	6	7	8	9	
1807	63,089,545	382,329,505	67 ¹ / ₂	258,072,415	24 66	23 ¹ / ₂	—	—	4 ⁷ / ₁₀
1808	95,039,075	477,368,580	53 ³ / ₄	256,585,611	19 62	17 ¹ / ₁₀	—	—	12 ⁴ / ₅
1809	55,832,720	533,201,300	44 ² / ₃	238,163,247	16 29	15 ⁹ / ₁₀	—	—	2 ² / ₅
1810	43,798,700	577,000,000	33 ¹ / ₃	192,333,333	12 17	11	—	—	9 ³ / ₅
1811	184,000,000	761,000,000 ¹	25 ² / ₅	187,206,000	9 26	10 ¹ / ₄	Höchster Kurs	10 ² / ₅	—
1812			26 ¹ / ₅		9 63	11 ⁴ / ₅	16 ¹ / ₂	22 ⁴ / ₅	—
1813			25 ¹ / ₅		9 19	11 ³ / ₈	12 ³ / ₄	23 ⁷ / ₈	—
1814			25 ¹ / ₅		9 19	10 ³ / ₈	10 ¹ / ₂	12 ⁵ / ₆	—
1815			20 ² / ₃		9 —	9 ¹ / ₁₆	10 ¹ / ₄	3 ¹ / ₄	—
1816	Aufhören neuer Ausgabe von Assignaten und Vermin- derung der in Umlauf befindlichen Menge um 166 Mil- lionen Rubel Assignaten bis 1839	Es verblieben in Umlauf 595,776,310 ⁴	25 ¹ / ₃	150,929,998	9 24	11 ¹ / ₂	24 ² / ₅	—	—
1817			25 ¹ / ₆	149,937,037	9 18	11 ⁷ / ₁₆	24 ⁷ / ₁₀	—	—
1818			25 ¹ / ₄	150,443,517	9 21	12 ¹ / ₈	31 ² / ₅	—	—
1819			26 ¹ / ₃	156,887,761	9 61	11 ³¹ / ₃₂	24 ³ / ₅	—	—
1820			26 ¹ / ₃	156,887,761	9 61	10 ¹ / ₁₆	4 ⁷ / ₁₀	—	—
1821			25 ² / ₃	152,915,919	9 36	10 ¹ / ₈	8 ¹ / ₅	—	—
1822			26 ¹ / ₄	156,391,280	9 56	10 ¹ / ₄	7 ¹ / ₅	—	—
1823			26 ² / ₅	157,284,945	9 63	9 ¹⁵ / ₁₆	3 ¹ / ₅	—	—
1824			26 ¹ / ₂	157,880,721	9 67	9 ¹ / ₂	—	1 ⁴ / ₅	—
1825			26 ² / ₅	157,284,945	9 63	10 ¹ / ₂	9	—	—
1826			26 ² / ₃	158,873,682	— —	50 ¹ / ₄	Centimes	—	—
1827			26 ⁵ / ₆	159,866,642	— —	52	—	—	—
1828			26 ⁵ / ₆	159,866,642	— —	54 ¹ / ₄	—	—	—
1829			27 ³ / ₇	162,561,821	— —	54 ¹ / ₂	—	—	—
1830			26 ¹ / ₃	156,887,761	— —	55	—	—	—
1831			26 ⁸ / ₉	160,197,629	— —	54	—	—	—
1832			27 ¹ / ₆	161,852,563	— —	54	—	—	—
1833			27 ¹ / ₄	162,349,043	— —	54 ¹ / ₄	—	—	—

¹ Diese 761 Mill. waren von der Regierung in Umlauf gesetzt worden, bei der späteren Einziehung der Assignaten ergab sich aber die Summe von 832 Mill., von denen also wenigstens 71 Mill. gefälscht waren, sie wurden aber alle von der Regierung eingetauscht. Die Angaben über die Maximal-Summe der Assignaten schwanken, die angegebenen Daten stammen vom Grafen Speranski. Der Fürst Drutzki-Ljubetzkij giebt dieselbe auf 836 Mill. an. Lamanski in seinem Исторический очеркъ денежнаго обращенія auch auf 836 Mill. Dieselbe Summe auch A. Brückner in seiner «Geschichte des russischen Papiergeldes» (Hildebrand's Jahrbücher 1863, pag. 55). Goldmann scheint als Maximum 700 Millionen anzunehmen, cf. sein «Russisches Papiergeld», p. 39.

² Dieser Kurs ist zu niedrig, man kann daher annehmen, dass es ein Versehen des Abschreibers war und nicht Irrthum Speranski's; dafür spricht auch der Werth des Bancorubels von 9 Stüber, die etwa 24¹/₅ Kop. Silber gleichkommen. Dieser letztgenannte Kurs ist auch entschieden der niedrigste gewesen, ihn finden wir auch bei Jacob «Ueber Russlands Papiergeld» p. 147 angegeben. Derselben Meinung sind auch Lamanski und Goldmann a. a. O.

³ Dieser Durchschnittskurs ist falsch, woran wohl der Fehler von Punkt 2 Schuld ist.

⁴ Nach Speranski's Rechnung müsste hier rund 595 Mill. stehen, nämlich 761 — 166 Mill. (Spalte 3 und 2). Die Angabe von 595,776,310 ist aber jedenfalls die richtige, denn dieselbe Summe wird im Manifeste vom 1. Juni 1843, Nr. 16,903, Punkt I. angeführt (cf. Abschnitt III).

Die erste Emission der Assignaten erfolgte im Jahre 1769 auf Grundlage des Manifestes vom 29. December 1768 (Nr. 13,219); als Grund dieser Massregel wurde daselbst angeführt, dass das Kupfergeld sich für den Verkehr und namentlich für die Uebersendung von Ort zu Ort wenig eigne. Diese ersten Reichs-Banco-Assignationen waren ein reines Geldsurrogat, sie hatten keinen Zwangskurs, sollten in ihrem ganzen Werthe durch klingende Münze gedeckt sein und besaßen noch obendrein Steuerfundation. Sie lauteten auf «gangbare Münze» (ходячая монетою), und waren gegen solche an den zu diesem Zwecke besonders gegründeten Einwechselungskassen zu St. Petersburg und Moskau jeder Zeit einlösbar. Seit dem Ukas vom 30. März 1764 (Nr. 12,116) galten als gangbare Münzen: Gold, Silber und Kupfer, doch existirte zwischen den beiden letzteren Metallen kein besonderer bestimmter Kronsкурс. Das Kupfergeld wurde in seinem Preise durch seinen verhältnissmässig hohen Metallwerth (16 Rbl. aus dem Pude Kupfer) gehalten; es war auch nicht eine sehr grosse Quantität davon im Verkehr, zumal sich auch Silbermünze in grosser Menge in Umlauf befand; — es mussten ja alle Zollabgaben in Silber entrichtet werden. Trotzdem dass die Ausgabe der Assignaten bald zur Bestreitung laufender Staatsausgaben benutzt wurde, hielten sie sich doch in ihrem Kurse, weil sie von der Krone bei allen Zahlungen entgegen-
genommen wurden und die in Umlauf befindliche Menge derselben den Bedarf nicht überstieg. Im Jahre 1786 trat durch das Manifest vom 28. Juni (Nr. 16,407) eine Veränderung ein: die beiden Einwechselungskassen wurden zu einer Assignationsbank vereinigt und der Einwechselung überhaupt mit keinem Worte mehr erwähnt. Mit dem Aufhören der faktischen Einlösbarkeit der Assignaten stützte sich nunmehr ihr Werth allein auf ihre Steuerfundation und das Versprechen der Regierung, dass die Menge der ausgegebenen Assignaten die Summe von 100 Millionen Rbl., die etwa der ganzen Jahreseinnahme der Krone gleich kam, nicht übersteigen würde. Die alten Assignaten von 1769 wurden bei dieser Gelegenheit gegen neue eingetauscht. Obgleich aber letztere einen ganz anderen Charakter hatten, als die ursprünglichen, fand doch die Regierung es für nöthig, auch bei diesen die alte Aufschrift: «dem Vorzeiger der Assignate zahlt die Assignationsbank x x Rubel in gangbarer Münze» zu belassen. Der Grund dazu liegt auf der Hand: die alte Assignate, als einlösare Note, hatte im Laufe der 16 Jahre ihres Bestehens allgemeines Vertrauen erworben — dieses wäre aber bei

einer Veränderung der Aufschrift sofort erschüttert worden. In der That war demnach durch das Manifest vom Jahre 1786 eine neue Art Assignaten geschaffen worden, die mit den ursprünglichen nichts als die Aufschrift gemein hatten.

In der Entwicklung des Assignatenwesens muss man drei Perioden unterscheiden, wie sie uns die erwähnte Tabelle des Grafen Speranski verdeutlicht.

Die erste Periode, welche als die Periode des Umlaufs der Assignaten *al pari* mit dem Silber bezeichnet werden kann, zeigt sonst nichts Aussergewöhnliches. Sie umfasst 16 Jahre, von 1769—1786, d. h. die Zeit der einlösbaren Assignaten, und ihre Gesamtmenge betrug 40 Mill. Rbl.

Die zweite Periode, die Periode des beständigen Sinkens der Assignaten in ihrem Werthe, beginnt im Jahre 1787, ein Jahr nach der Vermehrung der vorhandenen Anzahl um 60 Mill. Rbl. In den beiden darauf folgenden Jahren hatten die Assignaten bereits 9 pCt. ihres ursprünglichen Werthes in Silber eingebüsst; als nun 1790 zu den im Umlauf befindlichen 100 Mill. noch 11 Mill. neue hinzukamen, fiel der Werth der Assignaten sofort noch um 4 pCt. Von nun an sank der Kurs der Assignaten mit jeder neuen Vermehrung derselben beständig, dabei fand aber zwischen der jedesmaligen Vermehrung der Assignatenmenge und dem nachfolgenden Fallen des Assignatenwerthes kein entsprechendes, bestimmtes Verhältniss statt. Das konnte auch nicht der Fall sein. Wenn die vermehrte Ausgabe auch die Hauptursache des Sinkens war, so wirkten dabei doch noch viele andere Factoren mit, wie z. B. Kriegszeiten, die Gestaltung des auswärtigen Handels und des Wechselkurses, der Volkswohlstand, das Umlaufsgebiet der Assignaten u. s. w. Das Fallen der Assignaten wurde auch noch dadurch beschleunigt, dass die Regierung zur Bestreitung extraordinärer Ausgaben, wahrscheinlich zur Kriegsführung, klingende Münze unumgänglich brauchte und zu diesem Zwecke, wie Fürst Drutzki-Ljubetzki in seinem Gutachten über die Beseitigung des Volks-Agio hervorhebt, Beamte mehrere Jahre nacheinander im Innern des Reiches herumreisen liess, um Gold und Silber mit Assignaten aufzukaufen¹.

Es liegt nicht in meiner Absicht hier die Folgen zu schildern, welche die Entwerthung der Assignaten für die Volkswirtschaft hatte, sie sind ja überall dieselben und von der Theorie des Papiergeldes hinlänglich verallgemeinert worden.

¹ J. d. Dep. d. Reichsökon. 1839 Nr. 77.

Im Jahre 1815 erreichten die Assignaten ihren tiefsten Stand, der Bancorubel galt $24\frac{1}{8}$ Kop. Silber¹, und nicht, wie Graf Speranski in seiner Tabelle angiebt, 20 Kop.², hiernach musste man für einen Silberrubel 413 Kop. Banco zahlen; der Assignatenrubel galt also nicht einmal ein Viertel seines ursprünglichen Werthes in Silber.

Diese zweite Periode umfasste 28 Jahre, die Zeit von 1787—1815.

Die wichtigsten Gesetze, welche während dieser zweiten Periode erlassen worden sind und an welche man die Hoffnung knüpfte, dass sie eine Hebung der Assignaten erzielen, oder doch wenigstens ein ferneres Sinken derselben verhindern würden, waren folgende.

Durch das Manifest vom 2. Februar 1810 (Nr. 24,116) wurde bestimmt, alle fernere Ausgabe von Assignaten einzustellen; damit aber die, namentlich durch die grossen Kriege veranlassten erhöhten Staatsausgaben durch regelmässige Staatseinnahmen gedeckt werden könnten, wurden gleichzeitig fast alle Abgaben erhöht. In den Manifesten vom 13. April (Nr. 24,197), 27. Mai (Nr. 24,244), 20. Juni (Nr. 24,264), 29. August (Nr. 24,333) und 19. December (Nr. 24,465) desselben Jahres wurde bekannt gemacht, dass die Gesamtmenge der in Umlauf befindlichen Assignaten 577 Mill. betrage; dass zur Verminderung der Staatsschulden Verkäufe von Staatsdomainen stattfinden und zur Einlösung von Assignaten innere Anleihen bis zum Betrage von 100 Mill. Rbl. in Assignaten eröffnet werden sollten, und dass der Silberrubel gegenwärtigen Gepräges und Werthes zum gesetzlichen und unveränderlichen Preismaass (zur Münzeinheit) alles im Reiche kursirenden Geldes festgesetzt werde. Durch das Manifest vom 11. Februar 1812 (Nr. 24,992) wurden die Abgaben, um die Schuldentilgung und die Assignateneinzahlung zu beschleunigen, nochmals erhöht. — Doch sistirten die Manifeste vom 9. April (Nr. 25,080) und vom 17. October 1812 (Nr. 25,449) die meisten dieser Massregeln, denn sie enthielten die Bestimmung, dass im ganzen Reiche alle Rechnungen und Zahlungen auf Assignaten lauten und in ihnen bezahlt werden mussten. Hiermit wurden die Assignaten zur einzigen Reichsmünze erhoben, d. h. es gab von nun ab in Russland nur Papiergeld.

Die dritte Periode, die Periode der beständigen Kursbesserung der Assignaten, beginnt mit dem Jahre 1815. Soweit sich die He-

¹ v. Jacob a. a. O. p. 147; Lamanski a. a. O. p. 155; Goldmann a. a. O. p. 39.

² cf. Anmerkung 2 der Tabelle.

bung der Assignaten auf dieses und das folgende Jahr bezieht, ist sie von keinen besonderen Regierungsmassregeln abhängig, dagegen aber wohl seit dem Jahre 1818. Das Manifest vom 16. April 1817 (Nr. 26,791) hatte nämlich bestimmt: die durch den Krieg eingestellte Schuldentilgung und Assignatencinziehung, wie sie durch das Manifest von 1810 befohlen war, wieder aufzunehmen, und die Verminderung der in Umlauf befindlichen Assignatenmenge so lange fortzusetzen, bis der Werth des Assignatenrubels wieder al pari mit dem Silberrubel stände. Um die Einziehung der Assignaten sofort in's Werk setzen zu können, wurde eine Anleihe ausgeschrieben, deren Zinszahlung und Amortisation mit den 30 Mill. bestritten werden sollten, welche für die Einlösung der Assignaten aus den Reichseinnahmen auszuscheiden seien. Die eingezogenen Assignaten wurden durch öffentliche Verbrennung vernichtet.

Von nun an beginnt ein stetes Steigen des Werthes der Assignaten. Mit den allgemeinen Missständen, welche die Hebung eines tief und lange entwertheten Papiergeldes im Gefolge hat, macht uns abermals die Theorie des Papiergeldes bekannt, weshalb ich auf dieselben nicht näher einzugehen brauche, und verweise nur noch in dieser Beziehung, wie auch in Betreff der Nachtheile des Sinkens von Papiergeld mit besonderer Genugthuung auf die Erörterungen des Grafen Cancrin, welche mit zu den besten Partien seines «Weltreichthum»¹ und seiner «Oekonomie der menschlichen Gesellschaften»² gehören. Einen Missstand aber hatte die Hebung des Assignatenwerthes in Russland zur Folge, wie er wohl noch nirgends beobachtet worden ist, es war dies die Entstehung und Ausartung des sogenannten Volks-Agio. Ich habe dieser eigenthümlichen und wohl einzig in ihrer Art dastehenden Erscheinung in dem wirthschaftlichen Leben eines Volkes eine eingehende Erörterung in einem folgenden Abschnitte gewidmet. Da wir im Laufe des Reformversuches des Geldwesens, mit welchem wir uns jetzt beschäftigen wollen, wiederholt finden werden, dass man des Volks-Agio als eines Krebseschadens erwähnt, so verweise ich ein für alle Mal hinsichtlich Dessen, was das Volks-Agio betrifft, auf den erwähnten Exkurs.

¹ Weltreichthum, Nationalreichthum und Staatswirthschaft. München 1821, p. 46—79.

² Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen. Stuttgart 1845, p. 113—138.

B. Die Reorganisation des Geldsystems im Jahre 1839.

Bevor ich zur Wiedergabe der Verhandlungen, welche über diesen Gegenstand im Reichsrathe gepflogen worden sind, übergehe, muss ich, um die Darlegung der bis zum Jahre 1839 auf dem Gebiete des Geldwesens getroffenen Massregeln zu vervollständigen, noch zweier Vorlagen erwähnen, wofür ich hier die geeignetste Stelle finde.

1. Als man im Jahre 1834 im Reichsrathe über die Klageschrift der Moskauer Kaufleute hinsichtlich des Umlaufs ausländischer Münze berieth (cf. p. 16), wurde zu gleicher Zeit eine zweite Frage behandelt, diejenige über die Ausstellung von Wechseln auf «gangbare Münze» (на ходячую монету). Es waren nämlich von vielen Seiten her Klagen über diese Art von Wechselausstellung eingelaufen. Die angestellte Untersuchung ergab, dass unter dem Ausdruck «gangbare Münze» im Publikum russische und ausländische Gold- und Silbermünze verstanden wurde, letztere aber bei Zahlung der Wechsel nicht nach ihrem Edelmetallwerthe, sondern nach ihrem höheren Volkskurse berechnet wurde, woraus für die Wechselinhaber natürlich mannigfache Verluste erwuchsen. Da diese Art Wechselausstellung in direktem Widerspruche mit der neuen Wechselordnung vom Jahre 1832 stand, so beschloss der Reichsrath zu verordnen, dass jede Vermerkung auf «gangbare Münze» widergesetzlich sei, daher Wechsel mit dieser Bemerkung als ungültig betrachtet und die Uebertretung dieser Verordnung bestraft werden sollte. In der Wechselordnung von 1832 wurde wohl ein Unterschied zwischen inländischen und ausländischen Wechseln gemacht; während letztere auch auf ausländische Münze ausgestellt sein konnten, durften erstere nur auf russische klingende Münze oder Assignaten lauten, und auch diese Betimmung sollte dem Publikum von Neuem eingeprägt werden ¹.

2. Im Jahre 1837 kam eine ganz ähnliche Frage im Reichsrathe zur Verhandlung. Das Gesetz vom 8. October 1834 (Nr. 7,442), welches alle schriftliche Abmachungen auf «gangbare Münze» strengstens verboten hatte, überliess den contanten Kauf und Verkauf vollkommen dem freien Uebereinkommen zwischen Käufer und Verkäufer. Dies war namentlich aus zwei Gründen geschehen:

¹ M. d. R. v. 3. Mai 1834. Ausführlicheres im Gesetz vom 8. October 1834 Nr. 7,442.

erstens in der Erwartung, dass jenes Gesetz allmählich der «Rechnung auf Münze»¹ (счётъ на монеты) überhaupt ein Ende machen würde, und zweitens, um nicht ohne äusserste Noth zu lästigen polizeilichen Ueberwachungen schreiten zu müssen. Jenes Verbot hatte aber durchaus nicht den gehofften Erfolg², und die aus der «Rechnung auf Münze» sich ergebenden Nachtheile für den Alltagsverkehr hatten sich inzwischen durchaus nicht verringert, sondern bedeutend zugenommen. Der Finanzminister reichte daher 1837 folgende Vorlage beim Reichsrathe ein, von der er überzeugt war, dass durch ihre Ausführung alle Uebelstände der «Rechnung auf Münze» und des Volks-Agio beseitigt werden könnten. Die Vorlage verlangte, dass ausser den durch das Gesetz vom 4. October 1834 verbotenen schriftlichen Abmachungen «auf Münze» auch alle mündlichen Abmachungen, jeglicher Kauf und Verkauf nach dieser Art Rechnung verboten werden sollten, mit der gleichzeitigen Bestimmung, dass alle Zahlungen in ausbedungenen Fällen in Gold, Silber und Assignaten je nach ihrem Börsenkurse, in allen anderen Fällen aber nach dem Abgabekurse zu geschehen hätten. Die Annahme des kleinen Silbergeldes sollte jedoch bei Bruchzahlungen zum Volkskurse (vier Rbl. Assignaten gleich einem Silberrubel) gestattet bleiben. Wer diese Verordnung übertreten würde, sollte gerichtlich belangt werden und derselben Strafe wie für Betrug unterliegen. — Das Departement der Reichsökonomie, davon absehend, dass diese Massregeln sich gar nicht auf den Grund des Uebels, sondern bloss auf die Folgen desselben beziehen, hielt sie trotzdem für unausführbar; es sei sehr wenig Aussicht vorhanden, dass man durch ihre Verwirklichung das gewünschte Resultat: Unterdrückung der «Rechnung auf Münze», erreichen würde, was schon die Erfahrung lehre, welche man mit dem Verbote schriftlicher Abmachungen auf «gangbare Münze» gemacht habe. Ferner würde das erforderliche polizeiliche Spionirsystem mit Recht grosse Klagen hervorrufen, den freien Verkehr zum Nachtheil des ganzen Volkes erschweren und beeinträchtigen, ja es sei überhaupt sehr zweifelhaft, ob man mündliche Abmachungen irgendwie polizeilich verhindern könnte. Was die

¹ Genauer über diese «Rechnung auf Münze» findet man im Exkurs über das Volks-Agio im II. Abschnitt.

² Ja Fürst Drutzki-Ljubetzki behauptete sogar, dass diese Verordnung nur noch zur Verbreitung des Agio beigetragen hätte, da man in Folge derselben gezwungen war, sich häufiger als sonst an die Wechsler zu wenden. (J. d. Dep. d. R. oec. Nr. 77. 1839).

Ausnahme zu Gunsten der Annahme des kleinen Silbergeldes zum Volkskurse anbeträfe, so könnte dieselbe Grund zum Fortbestehen der Agiotage geben, ausserdem wäre es doch eine mehr als missliche Sache, durch ein Gesetz verschiedene Preise für eine Münze von gleichem Gewichte und gleichem Feingehalte zu bestimmen! — Im Reichsrathe wurde der Antrag des Finanzministers auch als unausführbar verworfen. Hier wurde noch hervorgehoben, dass die vorgeschlagenen Massregeln den Grund der Calamität gar nicht beseitigen, dagegen ihre Ausführung selbst mit ganz bedeutenden Nachtheilen für die Volkswirtschaft verbunden sein würde. Es war eben Allen, bis auf den Finanzminister, klar geworden, dass die Ursache des ganzen Uebels die falsche Grundlage des bestehenden Geldsystems sei, und eine wirkliche und endgültige Abhülfe aller Missstände nur von einer Reorganisation des herrschenden Geldsystems erwartet werden könnte¹.

Vergegenwärtigen wir uns nun in kurzen Zügen die Lage des Geldwesens bis zum Jahre 1839.

Die Assignaten, bei ihrer ersten Ausgabe (1769) ursprünglich einlösbare Noten mit Steuerfundation, verloren mit der Aufhebung der Einwechselungskassen 1786 ihre Einlösbarkeit, behielten aber noch ihre Steuerfundation; 1812 wurde ihnen dann Zwangskurs beigelegt und sie damit in eigentliches Papiergeld umgewandelt. 1815 hatten sie ihren tiefsten Stand erreicht, und mit 1818 beginnt ihr Steigen in Folge nicht unbedeutender Einziehung von Assignaten und des Versprechens der Regierung, die Verminderung der in Umlauf befindlichen Menge so lange fortzusetzen, bis die Assignaten ihren ursprünglichen Werth wieder erreicht hätten, d. h. al pari mit dem Silber ständen. Mit dem Verwaltungsantritte des Grafen Cancrin wurde dieses, wie er es nannte², «unvorsichtige System, welches darauf hinausging, die ganze Assignatenmasse in verzinsliche Schuld umzuwandeln», abgeschafft, wodurch eine Ausgabe von jährlich 18 Mill. Rbl. Banco in Wegfall kam.

Für die klingende Münze war das Manifest vom 20. Juni 1810 (Nr. 24,264) von grösster Bedeutung, denn durch dasselbe wurde ein neues Münzsystem hergestellt. Der Rubel in Silber wurde zum allgemeinen gesetzlichen Preismass, zur Münzeinheit bestimmt.

¹ M. d. R. v. 29. Nov. 1837.

² Reisetagebücher, Beilage II, p. 59.

Dieser neue Rubel erhielt folgende Theilung: es sollte kleines Silbergeld gleichen Kornes in 50-, 20-, 10- und 5-Kopekenstücken geprägt werden. Da jedoch für das 5-Kopekenstück keine dem Werthe entsprechende Einwechselungsmünze, d. h. keine Kopeken in Silberwerth geprägt wurden, so zerstörte man damit die Einheit des Münzsystems. Im § 9 des Manifestes heisst es nämlich: «Das kleine Silbergeld (silberne Scheidemünze) wird nach Massgabe seiner Ausprägung in den Verkehr treten, jedoch nach einem, seinem Metallwerthe entsprechenden Kurse, d. h. mit einem Agio gegen Kupfer und Assignaten, wie ein solches an der Börse für Silber bestehen wird». Auch der durch das Manifest vom 30. März 1764 (Nr. 12,116) anerkannte Grundsatz, dass das Werthverhältniss zwischen Gold- und Silbermünze genau demjenigen der beiden Metalle zu einander entsprechen müsste, wurde im Manifeste von 1810 nicht mehr eingehalten, denn während der alte Silberrubel jetzt in seinem Gewichte reinen Silbers verändert wurde, liess man der Goldmünze ihr altes Gewicht. — Das Kupfergeld hatte seit 1810 zweimal in seinem Werthe Veränderungen erlitten (1810 und 1832). — Die neue Platinamünze, die ursprünglich nach dem Werthverhältnisse des Platinametalls zum Silber geprägt wurde, entsprach dieser Werthrelation schon lange nicht mehr, denn das Platinametall war im Preise gegen Silber bedeutend gesunken, während die Platinamünze noch nach ihrem Nennwerthe, also zu einem viel zu hohen Kurse, sich in Umlauf befand.

Das Gesetz von 1786 war von allen, das Geldwesen betreffenden Gesetzen aus den Jahren 1786, 1810, 1812, 1817, 1828, 1829, 1832 und 1834 dasjenige, welches man als letzte Grundursache des beständigen Schwankens unseres damaligen Geldsystems ansehen muss, während alle übrigen wesentlich dazu beigetragen haben, diese Unbeständigkeit mit allen ihren volkswirtschaftlichen Schäden zu befestigen, zu verbreiten und sie tiefe Wurzeln schlagen zu lassen. Die Hauptveranlassung zu der unerträglichen Lage des Geldwesens in Betreff der verschiedenen Kurse (namentlich des Volkskurses) war die Bestimmung, dass alle Abmachungen, Contrakte, Rechnungen u. s. w. ausschliesslich auf Assignaten lauten mussten, während die Regierung gleichzeitig verkündigte, dass sie mit Hilfe von Anleihen und erhöhter Abgaben Assignaten aus dem Verkehre ziehen würde, bis diese wieder ihren ursprünglichen Werth erreicht hätten, d. h. al pari mit dem Silber ständen. Bis zum Jahre 1839 fehlte dem bestehenden Geldsysteme alle feste Basis und

Einheit, es herrschte in allen Geldverhältnissen ein wahres Chaos. Da ist kein constantes Preismass, keine Münzeinheit vorhanden, dagegen kursiren eine Menge Geldarten, die alle in keinem festen Werthverhältnisse zu einander stehen; die Goldmünze hat den Goldrubel, die Silbermünze den Silberrubel, die Kupfermünze den alten Kupferrubel, die Assignate eigentlich gar nichts zur Basis. Ausserdem befanden sich noch ausländische Scheidemünze (Billon) und ausländische Gold- und Silbermünze zu einem ihren Metallwerth bedeutend übersteigenden Kurse in Umlauf, und in einer solchen Menge, dass sie an manchen Orten die vorhandene einheimische Münze um das Vierfache übertrafen. Dazu kam noch ein grosser Uebelstand: die Existenz dreier Kurse, des Börsen-, Abgaben- und Volkskurses für die eigene Münze. So lange ein getrennter Zoll- und Abgabekurs existirte, gab es deren zeitweise sogar vier. Alle diese Uebelstände wurden aber noch bedeutend von den wirtschaftlichen Nachtheilen des ausgearteten Volks-Agio übertroffen (cf. Abschnitt II.). Ueber die durch dasselbe hervorgerufenen Schäden hörte man daher auch die häufigsten und nachdrücklichsten Klagen. Der Grund aber zu diesem Agio lag unleugbar nur in dem, jeglicher festen Grundlage entbehrenden damaligen Geldsysteme. Daher war die Reorganisation desselben im Jahre 1839 die grösste Wohlthat, welche die Regierung dem Volke erweisen konnte.

Inzwischen war zur Abstellung der Missstände im Laufe der Cancrin'schen Finanzverwaltung Folgendes geschehen. Es war die Annahme klingender Münze bei den Abgabenzahlungen anbefohlen und Tabellen waren publicirt worden, welche die genaue Werthangabe aller, zu einem ihren Metallwerth bedeutend übersteigenden Kurse im Reiche in Umlauf befindlichen ausländischen Münzen enthielten; auch hatte die Regierung den Versuch gemacht, diese gegen russische Münze einzutauschen. Alle schriftlichen Abmachungen «auf Münze» wurden verboten und den Ortsaufsehern in den Gouvernements strengstens befohlen, darüber zu wachen, dass das Volks-Agio nicht mehr gesteigert werde. Alle diese Massregeln hatten aber nicht den gewünschten Erfolg: das Volks-Agio zu unterdrücken. Ebenso wenig hatte der Versuch einiger Kaufleute in Moskau und anderen Städten, einen festen unveränderlichen Kurs von 360 Kop. Assignaten für das Silber einzuführen, gefruchtet. Die Erklärung liegt auf der Hand: alle diese Massregeln waren nicht gegen den Grund des Uebels, sondern nur gegen die Folgen des-

selben gerichtet! Nur eine Reorganisation des bestehenden Geldsystems konnte radical helfen.

Ich will nun versuchen, den Gang dieser Reorganisation in seinen Hauptzügen zu schildern, wobei ich den verschiedenen Gutachten, welche über diese Frage von namhaften Staatsmännern jener Zeit schriftlich abgegeben worden sind und die mir zur Einsicht vorgelegen haben, folgen werde.

Diese Gutachten, welche meistens zwei Fragen getrennt behandeln: die Unterdrückung des Volks-Agio und die Gründung einer Depositenkasse für Einlagen in Silber bei der Commerzbank, sind folgende:

- I. Von dem Finanzminister Grafen Cancrin über beide Fragen, vom 29. Juli 1837; 31. Januar, 1. März, 15. November 1838 und ohne Datum aus dem Jahre 1839.
- II. Vom Grafen Speranski: Ueber den Geldumlauf. Ohne Datum ¹.
- III. Vom Fürsten Drutzki-Ljubetzki: a. Ueber die Depositenkasse, vom 9. November 1837 und b. Ueber die Unterdrückung der Rechnungen «auf Münze», vom 11. Mai 1838.
- IV. Vom Admiral Greigh über beide Fragen, vom 9. December 1837.
- V. Vom Grafen Mordwinow: Ueber die Münze, vom 6. Februar 1838.

Der wesentlichste Inhalt dieser Gutachten in Betreff der einzuführenden Massregeln ist folgender.

I. Der Finanzminister schlug vor: 1) zuerst in St Petersburg bei der Commerzbank, dann aber auch bei ihren Filialen in Moskau und Riga Depositenkassen zum Zwecke der Ausgabe von Papiergeld, gegen Einlagen von Silbermünze, in Appoints von 5, 10, 25, 50 und 100 Rubeln unter dem Namen «Depositenbillete» zu gründen. Die Einlagen sollten einen unantastbaren Fond bilden, die neuen Billete einen freien Umlauf al pari mit der Silbermünze und zu einem festen Kurse, dem Abgabekurse, ohne alles Agio gegen Assignaten, haben, bei allen Kronszahlungen, mit alleiniger Ausnahme der Zollabgaben, angenommen, wie auch von der Krone bei allen Zahlungen, ausgenommen in den Creditanstalten, ausgegeben werden. Der Abgabekurs sollte stets nach dem Börsenkurse des Silbers geregelt und nur geringe Abrundungen gestattet werden. 2) nach der Ausgabe von Depositenbilleten alle Abgaben und Kronszahlungen allmählich auf Silber umzurechnen. — 3) Wenn die

¹ Dieses Gutachten wurde erst nach dem Tode des Grafen im Februar 1839 bekannt.

Depositenbillete sich eingebürgert hätten: a. alle Staats-Einnahmen und -Ausgaben nach Silber zu rechnen; b. nach Massgabe des Einlaufens der jetzigen Assignaten in die Kronskassen und Banken dieselben gegen Depositenbillete oder Assignaten auf Silber (je nachdem man dieses dann bestimmen würde) nach dem zu der Zeit geltenden Abgabekurse einzuwechseln; letzterer sollte aber von dann ab bis zum gänzlichen Eintausch aller alten Assignaten unverändert bleiben und gleichzeitig ein besonderer Einwechselfond für die neuen Billete gegründet werden; e. endlich auch alle Bankschulden und Einlagen nach demselben festen Kurse auf Silber umzurechnen.

II. Sehr ähnlich waren die Vorschläge des Grafen Speranski: 1) Ausgabe einer neuen Art Creditbillete, auf Grundlage thatsächlicher Einlagen, unter dem Namen Depositenbillete. Diese sollten an allen Kronskassen al pari mit dem Silber und anstatt Assignaten zum Abgabekurse von 360 Kop. angenommen und ausgegeben werden. 2) Alle Zahlungen sollten von nun an in Silber oder jenen Depositenbilleten zum festgesetzten Kurse gemacht werden können. 3) Schliesslich alle Bank-Assignaten gegen Depositenbillete einzutauschen; damit diese aber in ihrem Werthe durch Silber gedeckt seien, sollte eine Anleihe im Betrage der einzuwechselnden Assignaten in Silber gemacht werden, wobei die Einlagen der Depositenkasse unter allen Umständen unangetastet bleiben müssten. Der Eintausch der Assignaten sollte nicht direkt gegen Silber, sondern gegen die in ihrem vollen Silberwerthe gedeckten Depositenbillete erfolgen.

III. Fürst Drutzki-Ljubetzki verlangte: 1) Anerkennung des jetzigen *Silberrubels* als Münzeinheit. 2) Beibehaltung seiner jetzigen Theilung, nur vervollständigt durch die Ausgabe von Kupfergeld nach Silberwerth in 3-, 1- und $\frac{1}{2}$ -Kopekenstücken. Dieses neue Kupfergeld sollte 40 pCt. unter seinem Nennwerthe geprägt werden. 3) Alle Zahlungen, Rechnungen, Schulden u. s. w. sollten künftighin auf Silber lauten; daher a. alle Abgaben zum festen Kurse von 360 Kop. Banco für den Silberrubel umzurechnen seien; b. alle Zahlungen bis zur gänzlichen Einziehung der Assignaten auch in Silber zum festgesetzten Kurse geleistet werden könnten; c. Gold- und Platinamünze, wie die Silbermünze zu ihrem Nennwerthe, die jetzige Kupfermünze dagegen zu gleichem Werthe mit den Assignaten kursiren zu lassen; mit der Prägung der Platinamünze jedoch aufzuhören und dieselbe überhaupt aus dem Verkehre zu ziehen.

4) Gründung einer Depositenkasse bei der Commerzbank zur Einwechslung russischer Silbermünze auf folgender Grundlage: a. Ausgabe neuer Assignaten auf Silber in Appoints von 1, 5, 10, 25, 50 und 100 Rubeln, und zwar allein für 30 Mill. Rbl. 1-Rubelscheine und für dieselbe Summe von allen anderen Gattungen zusammen. Diese Scheine sollten einen Umlauf al pari mit der Silbermünze und zum Kurse von 360 Kop. für den Rubel gegen Assignaten erhalten. b. Alles in Staatskassen einlaufende Silbergeld sollte zum Eintauch gegen die 1-Rubelscheine in die Depositenkasse abgeliefert, dagegen die Gold- und Silberbarren in russische Münze umgeprägt und zur Einwechslung der Silber-Assignaten benutzt werden. c. Aus den erzielten Gewinnen der Depositenkasse einen Fond zur Einwechslung der Bank-Assignaten zu bilden. Sollte aber die Einziehung schnell ausgeführt werden, dann eine Anleihe zu diesem Zwecke zu machen.

Wesentlich abweichend sind die beiden letzten Gutachten.

IV. Admiral Greigh schlug vor: 1) Umprägung aller in Umlauf befindlichen Münze, um den Silberrubel auf den vierten Theil seines damaligen Werthes zu reduciren, d. h. ihn dem Assignatenrubel gleich zu machen (dabei musste aber dem damaligen Viertelrubel 45 Kop. Banco in Silber zugestzt werden, da der Kurs des Silberrubels 355 Kop. Banco betrug). Münzen zu 25 und 50 Kopeken, zu 1, 2 und 3 Rbl. in Silber, zu 5, 10 und 20 Rbl. in Gold zu prägen. Das Gewicht des Kupferrubels sollte 60 Solotnik betragen. 2) Bis zur Umprägung aller Münze zu gestatten, Zahlungen u. s. w. sowohl in Assignaten, als auch in der neuen Münze zu machen. 3) Bei Schuldzahlungen jedoch die Annahme der Goldmünze dem freien Uebereinkommen zu überlassen.

V. Graf Mordwinow verlangte: 1) Die Kronsgoldwäsen zu verstärken und sie Compagnien zu übergeben. 2) Die dadurch erzielten grösseren Gewinne zur Eröffnung und Unterstützung von Privatbanken in den Provinzen zu verwenden. 3) Mit Zunahme der Goldmünze auch das Papiergeld zu vermehren (bis um 200 Mill. Rbl. Assignaten), und an den Staatskassen Assignaten und Münze ohne Unterschied bei allen Zahlungen anzunehmen, den Silberrubel zum festen Kurse von 400 Kop. Banco. 4) Alle in Umlauf befindliche ausländische Münze in russische umzuprägen und, um die Ausfuhr letzterer zu verhindern, eine Abgabe für dieselbe zu erheben. 5) In der Folge statt der vorhandenen Bank-Assignaten, Assignaten auf Silber einzuführen.

Von diesen fünf Gutachten sind die beiden letzten im Reichsrathe unberücksichtigt geblieben. Dasjenige vom Grafen Mordwinow — weil es sich hauptsächlich auf die Entwicklung des inneren Verkehrs bezog, soweit es aber das Geldsystem berührt, in den übrigen Gutachten schon enthalten war; dasjenige des Admirals Greigh — weil seine Ansicht in Betreff der Depositenbank mit der Cancrin's und Speranski's übereinstimmte, und seine Anschauung bezüglich des neuen Geldsystems wohl als sehr lehrreich, aber doch nicht als anwendbar angesehen wurde, da 1) eine Veränderung in der Münzeinheit von nachtheiligem Einflusse auf den auswärtigen Handel und Credit sein könnte; 2) ein Beibehalten der gegenwärtigen Assignaten die Wiederkehr aller jetzt herrschenden Missstände doch möglich machen würde; 3) die Prägung von kleinem Silbergelde für den täglichen Verkehr obwohl nothwendig, bei der gewünschten Theilung jedoch in Folge seiner zu kleinen Grösse unmöglich wäre; und 4) andere Vorschläge die Majorität im Reichsrathe und den Finanzminister für sich hätten.

Die Vorschläge des Grafen Speranski und des Fürsten Drutzki-Ljubetzkii sind im Wesentlichen so übereinstimmend mit der Vorlage des Finanzministers, dass sie mit derselben zusammen einer Betrachtung unterworfen werden können. Sie verlangen alle drei 1) Anerkennung der Silberwährung und des Silber-Rubels als Münzeinheit; Annahme dieser Münze nach festgesetztem Kurse an allen Kronskassen und Banken. 2) Gründung einer Depositenkasse zum Zweck der Ausgabe von Depositenbilleten oder Assignaten auf Silber, die in ihrem Silberwerthe durch Silbermünze gedeckt seien. 3) Die kursirenden, auf «gangbare Münze» lautenden, Bank-Assignaten gegen Assignaten auf Silber lautend einzutauschen.

Diese drei Gutachten entsprachen auch vollkommen den Grundforderungen, denen bei der Reorganisation des damaligen Geldsystems Genüge geleistet werden sollte: 1) dem Reichsgelde durch Wiederherstellung der Münzeinheit und der Einheit des Münzsystems einen positiven, festen Preis zu geben; 2) zur Festigkeit und Beständigkeit des Geldsystems dieses auf der Silberwährung zu begründen; 3) um das Volks-Agio in seinem letzten Grunde zu unterdrücken und ein Steigen der Assignaten zu verhüten, sowie zur Erleichterung der Geldumsätze, neues, in seinem Werthe durch Silber gedecktes, Papiergeld zu emittiren und die Assignaten gleichzeitig einzuziehen.

Da eine ausführliche Besprechung aller vorgeschlagenen Massregeln¹ zu weit führen würde, so werde ich nur bei den wichtigsten derselben länger verweilen.

I. Ueber die Zeit der Einführung der nothwendigen Massregeln.

Fürst Drutzki-Ljubetzki verlangte sofortige Publikation über die Ausführung aller Massregeln mit Ausnahme des Eintausches der alten Bank-Assignaten gegen Assignaten auf Silber. Die Grafen Cancrin und Speranski wollten dagegen ein allmähliches Vorgehen, wenn möglich in drei, sonst in zwei Perioden; und zwar sollten am 1. Januar 1840 alle Massregeln in Kraft treten, ausgenommen die Einwechslung der Assignaten, die erst am 1. Januar 1841 oder je nach Umständen auch noch später beginnen sollte. — Obgleich die Majorität im Reichsrathe der Vorlage des Finanzministers im Wesentlichen vollkommen beistimmte, differirte sie mit ihm in drei Punkten: 1) sie verwarf alle von ihm vorgeschlagenen Ausnahmen (cf. Vorlage Punkt 1, p. 36); 2) verlangte sie sofortige Bestimmung eines festen, unveränderlichen Abgabekurses (cf. Vorlage Punkt 1, p. 36), und 3) hielt sie die Nachtheile des Fortbestehens eines Volks-Agio während noch sieben Monaten (die Verhandlungen fanden im Juni 1839 statt) für so schädlich, dass sie die möglichst rasche Fixirung des Assignatenkurses und die Publikation eines darauf bezüglichen Manifestes für absolut geboten hielt. Dadurch hoffte man dem Uebel die Spitze abzubrechen und für alle anderen Massregeln Zeit zu gewinnen. Das Manifest sollte die Fixation des Assignatenkurses und den Befehl der Annahme von Silbermünze zum festgesetzten, unveränderlichen Kurse an allen Staatskassen und an den Creditanstalten bringen. Alle übrigen Massregeln sollten aber erst mit dem 1. Januar 1840 eingeführt werden.

II. Ueber die Fixation des Kurses.

Welcher Kurs sollte bis zur vollendeten Einziehung der Assignaten zum festen, unveränderlichen Kurse für letztere bestimmt werden? Diese Frage ist wohl die wichtigste in der ganzen Verhandlung über die Reorganisation des Geldsystems von 1839. — Es standen sich hierbei zwei Ansichten schroff gegenüber. Die Einen, an ihrer Spitze der Finanzminister Graf Cancrin, verlangten zum festen, unveränderlichen Kurse den Börsenkurs, die Anderen, unter ihnen der Fürst Drutzki-Ljubetzki, den Abgabekurs von 360 Kop. für den Silberrubel bestimmt zu sehen.

¹ M. d. R. v. 10., 12, und 17. Juni 1839.

Für die Fixation nach dem Börsenkurse, welche übrigens nur die Minderzahl im Reichsrathe befürwortete, wurde mit vielem Rechte geltend gemacht, dass die Regierung verpflichtet sei, Sorge dafür zu tragen, dass die Ungerechtigkeit, welche sie mit jeder Fixation unvermeidlich begehen müsse, eine möglichst geringe sei. Der Finanzminister hob hierbei noch hervor, dass die Regierung bei der Einführung eines Zwangskurses sich vor Nichts so sehr scheuen müsste, als vor einem Vorgehen, das nur den geringsten Anschein von Willkür habe; sie müsse dagegen suchen, dem allgemeinen Vertrauen möglichst Rechnung zu tragen. Es ist nun aber gewiss klar, dass der Börsenkurs der Assignaten ohne Frage ein weit richtigerer Massstab für das Vertrauen des Publikums in den Credit des Staates war, als der Abgabekurs, denn letzterer war ja von der Regierung selbst festgesetzt worden. Es wundert mich auch sehr, dass man den eifrigen Vertheidigern des Abgabekurses nicht in Erinnerung gebracht hat, dass der Abgabekurs bei seiner Einführung, d. h. neun Jahre bevor er zum fixen Kurse gemacht werden sollte, auch kein anderer als der *damalige Börsenkurs* mit einiger Abrundung, der leichteren Berechnung wegen, gewesen ist. Jetzt entsprach er aber schon lange nicht mehr dem Börsenkurse, wie dieses doch eigentlich der Fall sein sollte. Der St. Petersburger Börsenkurs schwankte vom 1. Mai 1838 bis zum 1. Mai 1839 zwischen 353 und 346 Kop. Banco für den Silberrubel, während der Abgabekurs nach wie vor 360 betrug. — Der Abgabekurs, da er niedriger als der faktische war, hätte, als fixer Kurs eingeführt, alle Gläubiger stark benachtheiligt. Den Schuldnern sollte es nämlich dem Gesetze nach freistehen, ihre Schulden in Assignaten nach fixem Kurse oder in Silber zu bezahlen; die Gläubiger dagegen waren gezwungen die Geldart anzunehmen, in welcher der Schuldner zahlen wollte. Durch denselben wären auch alle Personen, die vom Ertrage fixer Kapitalien lebten, beeinträchtigt worden; desgleichen die Banken, welche den Depositären ihre Einlagen auf Wunsch in Assignaten zurückzahlen mussten; die Depositäre hätten also ihre Einlagen in Assignaten herausgezogen, für dieselben billigeres Silber gekauft und dieses wieder in die Banken als Einlagen zurückgegeben, aus welcher Operation ihnen ein grosser Vortheil, den Banken aber ein entsprechender Schaden erwachsen wäre. Da die Kündigungen in solch einem Falle wahrscheinlich in Masse stattgefunden hätten, so würde der Baarvorrath der Banken, mit dem es schon an und für sich schlecht bestellt war, nicht genügt haben, alle

gekündigten Einlagen auszuzahlen; es wäre also zu schlimmen Krisen gekommen. Der zu niedrige Kurs hätte auch der Staatskasse direkten Nachtheil gebracht, indem sie nicht mehr mit 360 Kop. Banco, sondern mit einem Silberrubel alle Dinge bezahlen musste, diese sich aber in ihren Preisen nach dem höheren, natürlichen, d. h. dem Börsenkurse der Assignaten, umgestaltet hätten.

Als ein Hauptargument für die Fixation des Abgabekurses wurde von den Vertretern desselben angeführt, er hätte sich beim Volke im Laufe der neun Jahre seines Bestehens vollkommen eingebürgert, da alle Abgaben nach ihm entrichtet würden. Dabei vergassen die Herren vollkommen, dass die Zahlung von Abgaben nur einen sehr geringen Theil der gesamten Geldumsätze des Volkes ausmacht, bei weitem die meisten Zahlungen also nicht nach dem Abgabekurse ausgeführt wurden. Ferner behaupteten sie, dass nur die Fixirung des Abgabekurses zum beständigen Kurse der Regierung die Möglichkeit eröffne, dem Volkskurse sofort ein Ende zu machen. Merkwürdigerweise scheint dieser Vorzug des Abgabekurses von den Gegnern nie beanstandet worden zu sein; während, meiner Ansicht nach, die Bestimmung des Börsenkurses genau denselben Vortheil darbot, wenn man statt des projektirten Durchschnittes des Börsenkurses vom Jahre 1839, den Durchschnittskurs vom 1. Mai 1838 bis zum 1. Mai 1839 zum unveränderlichen Kurse bestimmt hätte. Triftiger erscheint dagegen der Einwand, dass es ungerecht sei den Börsenkurs von St. Petersburg, wie man dies vorgeschlagen, zum fixen Kurse zu machen. Warum man allerdings diese wesentliche Ungerechtigkeit begehen zu müssen glaubte, habe ich nirgends ersehen können; es lag doch so nahe, den Durchschnittskurs der Hauptbörsen zum fixen Kurse zu bestimmen, zumal der Börsenkurs für den Silberrubel an den Haupthandelsplätzen nicht ganz unbedeutend von einander abwich, am höchsten stand er gewöhnlich in St. Petersburg. Man könnte auch noch einwenden, dass es ebenso ungerecht war, den Durchschnittskurs nur des Jahres 1839 zur Fixation zu wählen, und nicht den mehrerer Jahre oder den am Tage der Publikation des Manifestes an der Börse notirten. Letzteres wäre vielleicht das Gerechteste, aber doch nur scheinbar so gewesen, denn ein Tageskurs kann von sehr zufälligen Umständen bedingt werden, und wäre dieses Mal auch aus dem Grunde gewiss nicht zweckentsprechend gewesen, weil das Gerücht von der Absicht der Regierung, den Tageskurs zum fixen zu bestimmen, sich nothwendigerweise vor der Zeit unter dem Publikum verbreitet hätte und damit

die Bildung jenes Tageskurses vollkommen der Willkür des grossen Handelsstandes, der die Börse beherrscht, Preis gegeben gewesen wäre. Den Durchschnitt mehrerer Jahre hätte man gewiss wählen können, aber dieses machte die Berechnung des fixen Kurses bedeutend complicirter, und eine grössere Gerechtigkeit wäre damit auch nicht gerade erzielt worden, zumal die meisten Geldverbindlichkeiten, Kapitalumsätze u. s. w. im Laufe eines Jahres vor sich gehen.

Nach den heftigen Debatten, welche im Reichsrathe über die Fixation stattfanden, ist es um so befremdender, dass das Manifest vom 1. Juli 1839, Nr. 12,497, «Ueber die Organisation des Geldsystems» in Punkt 2 und 3 nur eine Bestimmung über die Fixation des Kurses enthält: er wird zu 350 Kop. Banco für den Silberrubel normirt und der Abgabekurs von 360 Kop. bis zum 1. Januar 1840 für alle Zahlungen, die nach ihm laut früheren Bestimmungen erfolgen sollten, beibehalten. Es wird hier im Manifeste auch nicht mit einem Worte erwähnt, warum gerade der Kurs von 350 Kop. gewählt worden!? Dieser Kurs von 350 Kop. für den Silberrubel kam dem Durchschnittsbörsenkurse vom 1. Mai 1838 bis zum 1. Mai 1839 wohl nahe, überstieg ihn aber doch selbst für St. Petersburg und noch mehr für andere Handelsplätze.

III. Ueber die Stückelung des neuen Papiergeldes.

Der Finanzminister hatte Appoints von 5, 10, 25, 50 und 100 Rubel vorgeschlagen, der Fürst Drutzki-Ljubetzki aber auch noch 1-Rubelscheine dringend verlangt. Das Departement der Reichsökonomie und der Reichsrath stimmten für den Vorschlag des Fürsten Drutzki-Ljubetzki, sie betrachteten die Ausgabe von 1-Rubelscheinen für durchaus wünschenswerth, weil sich leicht ein Mangel an 1-Rubelstücken einstellen könnte. Der Finanzminister wandte dagegen mit grösstem Rechte ein, dass es unzweckmässig sei, Billete in so kleinen Appoints in Umlauf zu setzen, weil das Augenmerk der Regierung darauf gerichtet sein müsse, die klingende Münze stets als Verkehrsmittel des täglichen Lebens zu erhalten, das Papiergeld dagegen nur im Grossverkehre cirkuliren zu lassen, wo es namentlich seiner grösseren Cirkulationsfähigkeit wegen bedeutende Vorzüge vor der klingenden Münze besitze. Eine Ausgabe von 1- und 2-Rubelscheinen hielt Cancrin für geradezu gefährlich, diese könnten die klingende Münze wieder aus dem Verkehre

treiben und dadurch nur all zu leicht wieder zum Agio-Unwesen Anlass geben ¹.

IV. Ueber den Eintausch der Assignaten und den zu diesem Zwecke zu gründenden Fond.

Graf Speranski schlug vor: 1) eine Anleihe ganz ohne Rücksicht auf die in der Depositenkasse vorhandenen Einlagen zur Gründung des Fond zu machen, und 2) die Einwechselung der Assignaten nicht direkt gegen klingende Münze, sondern gegen, in Silber in ihrem Werthe gedeckte Depositenbillette vorzunehmen. — Fürst Drutzki-Ljubetzki wollte den Fond aus dem Ertrage der Depositenkasse, wenn die Einwechselung der Assignaten aber rasch erfolgen sollte aus einer Anleihe gebildet haben. Unter allen Umständen sollte aber jedes Depositenbillet, auch das zum Eintausch der Assignaten bestimmte, ganz in seinem Werthe durch Edelmetall gedeckt sein. Der Finanzminister beantragte dagegen: Gründung eines Einwechselfonds im Betrage von einem Fünftel oder einem Sechstel der zur Einwechselung der Assignaten ausgegebenen Depositenbillette, mit gleichzeitiger Garantie der Staatskasse, dass die Einlösung der neuen Billete ununterbrochen und ohne den geringsten Aufenthalt vor sich gehen würde. Ferner sollten fürs Erste nur die in Staatskassen einlaufenden Assignaten eingetauscht werden, und an den Kreisrenten die Einlösung der neuen Billete nur nach Massgabe des Baarvorraths derselben erfolgen, so wie nur in beschränktem Betrage an ein und dieselbe Person.

Das Departement der Reichsökonomie argumentirte seinerseits: die Ursache der gegenwärtigen Calamität liege in der Natur der Assignaten, die keine Pfandscheine (акты залога) seien, sondern ganz gewöhnliche, in ihrem Werthe durch gar nichts gedeckte Wechsel. Um das Uebel mit der Wurzel auszurotten, sollte nun die Natur der Assignaten verändert werden, indem sie jetzt auf Silber lauten und in ihrem Werthe durch Silber gedeckt sein sollten, anstatt wie früher auf «irgendwelche gangbare Münze» (на какую-то ходячую монету), deren Bedeutung von Anfang an nie genau bestimmt und in Folge von Zeit und Umständen ganz verdunkelt worden sei. Die Depositenbillette, welche zur Einwechselung der Assignaten ausgegeben werden sollten, könnten unmöglich dieselbe volle Baardeckung haben, wie die gleichlautenden und gleichausschenden Depositenbillette, welche gegen Einlagen in Gold und Silber ausgegeben

würden. Im Manifeste könne daher nicht die Rede davon sein, dass die ganze Masse der ausgegebenen Billete volle Baardeckung habe, sondern es könne dort nur heissen, dass ein Fond vorhanden sei, der die ununterbrochene Einlösung garantire. Es fragte sich nun, ob diese neuen Billette dadurch nicht mit der Zeit zu denselben Calamitäten führen könnten wie die Assignaten? Da aber andererseits der Ertrag der Commerzbank bei weitem nicht genügen würde, um auch nur im Entferntesten an eine Einlösung der Assignaten durch denselben denken zu können, andere Quellen dazu nicht vorhanden, eine neue Anleihe in so bedeutendem Betrage (170 Mill. Rbl. Silber) unmöglich, eine Einwechselung der Assignaten aber unumgänglich nöthig sei, so glaube das Departement der Vorlage des Finanzministers seine Zustimmung nicht vorenthalten zu dürfen, darauf rechnend, dass die ununterbrochene Ausgabe von Gold und Silber gegen die neuen Depositenbillette und das unbegrenzte Vertrauen, welches die Regierung geniesse, das Gelingen dieser in ihren Folgen so wichtigen Massregeln mehr als wahrscheinlich mache.

V. Ueber die nothwendigen Veränderungen im Systeme der klingenden Münze.

Zwei auf diesem Gebiete angeregte Fragen wurden für den Augenblick nicht entschieden. Einmal, welche Massregeln gegen den Umlauf ausländischer Münzen zu treffen seien, und dann die Einziehung der Platinamünze als ungeeignetes Edelmetallgeld. Was die Gold- und Silbermünze anbelangt, so wurde entschieden, dass sie in Form, Gewicht, Korn u. s. w. ganz dieselbe bleiben sollte. Da die Goldmünze mehr als Waare angesehen wurde, so blieb es den Privatleuten überlassen, sie in Zahlung anzunehmen oder nicht; für die Annahme derselben an den Staatskassen wurde aber ein fester Kurs bestimmt, der 3 pCt. höher als ihr Nennwerth war; dieses geschah, weil sich das Werthverhältniss von Gold und Silber inzwischen verändert hatte. — Da eine den Verkehrsansprüchen genügende Ausgabe von Kupfergeld nach Silberwerth erst im Laufe vieler Jahre erfolgen konnte, so musste inzwischen für das kursirende Banco-Kupfergeld auch ein fester Annahmekurs bestimmt werden. Da die Assignaten auf Kupfer basirten, wie dies wenigstens von den Meisten angenommen wurde, so lag es nahe, das Kupfergeld in dasselbe Verhältniss zu bringen wie die Assignaten, d. h. den Silberkopeken $3\frac{1}{2}$ alten Kupferkopeken gleich zu setzen, wie es auch geschah. Dagegen war von anderer Seite vorgeschlagen wor-

¹ J. d. Dep. d. Reichsök. 1839. Nr. 77.

den, das Verhältniss wie eins zu vier zu normiren. Zu Gunsten dieser Relation führte man an, dass durch dieselbe alle Umrechnungen für das Volk bedeutend erleichtert und alle Brüche vermieden würden, welche namentlich deshalb sehr misslich wären, weil seit dem neuen Kupfergelde (1832) die Regierung keine Kopeken und halbe Kopeken mehr prägte, von den alten sich aber nur sehr wenige in Umlauf befanden. Jene andere Werthbestimmung für das Kupfergeld würde daher Verluste für das Volk herbeiführen, indem dieses stets die Brüche, welche sich bei Berechnungen ergeben würden, zu Gunsten der Verkäufer cediren müsste. — Der Finanzminister hatte Anfangs auch für das Verhältniss von 1 : 4 gestimmt, dann aber seine Meinung geändert: 1) weil er durch den Kurs von 3¹/₂ grössere Einheit des ganzen Münzsystems zu erreichen hoffte, da ja der Assignatenrubel und der Kupferrubel gleichwerthig kursiren sollten; 2) weil den Branntweinspächern und durch diese der Krone bei einer zu hohen Fixirung Nachtheile erwachsen konnten, und 3) endlich, weil er der Ansicht war, dass die vom Volke zu erleidenden Verluste bei kleinen Zahlungen sehr gering und daher nicht fühlbar sein würden, bei grossen Zahlungen aber verschwinden müssten.

Wie sehr sich aber Cancrin hierin irrte, zeigt die im Jahre 1842 gepflogene Verhandlung über das Kupfergeld, die wir bereits zu Anfang dieses Abschnittes kennen gelernt haben (cf. p. 3).

VI. Ueber die Gründung der Depositenkasse ¹.

Die Umsätze der Commerzbank waren in Folge der schwerfälligen Form der Deposita sehr gering gewesen. Es konnten nämlich nur Einlagen gegen ¹/₄ pCt. Provision auf sechs Monate gemacht werden; die ausgestellten Quittungen lauteten auf Namen, daher ihre Uebertragbarkeit sehr weitläufig war, zumal sie jedes Mal an der Bank selbst geschehen musste. Dazu kam, dass seit der Erlaubniss, Abgaben auch in klingender Münze zu zahlen (1831, cf. p. 6 und Gesetz Nr. 4,241), dieselbe sich in den Kronskassen massenhaft ansammelte, wovon ihre schwierige Verschiebung, Aufbewahrung u. s. w. der Finanzverwaltung sehr viele Unbequemlichkeiten verursachte. Aus diesen beiden Gründen schlug der Finanzminister eine Reform des Depositen-Statuts der Commerzbank vor, die darin bestehen sollte, den Quittungen über Einlagen eine circulationsfähigere Form zu geben, sie in Depositenbillete au porteur und auf

¹ M. d. R. v. 9. November 1837 und J. d. Dep. d. Reichsökon. Nr. 77. 1839.

bestimmte gleiche Appoints lautend umzuwandeln, und die Aufbewahrungsspesen abzuschaffen. Da die Depositenbillete volle Baardeckung durch die Einlagen hatten, so konnte auf ihren Umlauf al pari mit der Silbermünze sicher gerechnet werden, zumal ihnen auch noch Zwangsannahme für die Kronskassen beigelegt wurde. — Ein für Cancrin gewiss nicht minder wichtiger Beweggrund zur Creirung dieser auf Silber lautenden Depositenbillete war seine Absicht, bei Wiedereinführung der Silberwährung auch Papiergeld auf Silber lautend einzuführen. Durch eben diese Depositenbillete wollte er das Volk für eine neue Art Papiergeld vorbereiten, denn es war ja anzunehmen, dass das Publikum an diesen Depositenbilleten grosses Gefallen finden würde, wie es auch geschah. Wenn man nun später, wie dieses in Cancrin's Absicht lag, die Assignaten gegen ebensolche Depositenbillete eintauschen wollte, so konnte man wohl nicht mit Unrecht darauf rechnen, dass das Vertrauen des Publikums zu den Depositenbilleten gegen Einlagen sich auch auf die zum Assignateneintausch bestimmten fortpflanzen würde, wenn diese sich durch Nichts von den ersteren unterschieden.

Der Reichsrath stimmte vollkommen mit der Vorlage des Finanzministers überein; sie wurde auch Allerhöchst bestätigt und so erschien am 1. Juli 1839 gleichzeitig mit dem Manifeste über die Organisation des Geldsystems auch ein Manifest über die Gründung einer Depositenkasse für Einlagen in Silbermünze bei der Commerzbank (cf. Gesetz Nr. 12,498).

Der Erfolg dieser Depositenkasse war ein eclatanter. In dreizehn Monaten waren für 26,666,808 Rbl. Silber Einlagen gemacht und nur für 1,596,475 Rbl. Silber Depositenbillete zur Einlösung gegen klingende Münze präsentirt worden. Die Billete kursirten im ganzen Reiche al pari mit der Silbermünze und genossen beim Publikum das grösste Vertrauen. Um nun die Umsätze der Kasse noch zu vergrössern und dem Publikum die Einlagen zu erleichtern, schlug der Finanzminister im Jahre 1841 vor, auch die Annahme von Gold- und Silberbarren an der Depositenkasse zu gestatten. Russische Goldmünze und ausländische Gold- und Silbermünze sollten aber nach wie vor nicht angenommen werden. Letztere seien von zu verschiedenem Feingehalte und ihre Annahme könnte daher Verluste für die Kasse zur Folge haben. Die russische Goldmünze dem Verkehre zu entziehen, wäre ein Nachtheil für denselben, auch könnte sie nur nach Gewicht angenommen werden,

da sehr viel abgenutzte Goldmünze in Umlauf sei. Den Beweis für diese Behauptung blieb aber Cancrin schuldig. Das Departement der Reichsökonomie erkannte daher sein letztes Argument nicht an, sondern betrachtete die Annahme russischer Goldmünze in der Depositenkasse als einen direkten Vortheil für den Verkehr, da durch dieselbe die Silbermünze mehr im Umlaufe erhalten würde, was für den täglichen Verkehr von viel grösserer Bedeutung sei, weil die Zahlungen im Alltagsleben stets mittelst Silbermünze gemacht würden. Da der Finanzminister sich hierauf erbot, eine besondere schriftliche Eingabe über diesen Punkt zu machen, so wurde fürs Erste nur die Annahme von Gold- und Silberbarren entschieden ¹ (cf. Gesetz v. 10. Februar 1841. Nr. 14,266).

Die Ein- und Ausfuhr der Depositenbilletts war, weil diese Billets, nach der Meinung des Reichsraths, ihren Eigenschaften gemäss ausschliesslich für den internen Verkehr bestimmt waren und deshalb über ihre Nachahmung ganz besonders gewacht werden musste, verboten ².

Leser, welche mit den im Vorstehenden geschilderten Zuständen bekannt sind, werden manche Lücken in der Erörterung bemerkt haben, die einmal dadurch entstanden sind, dass ich über die betreffenden Fragen kein genügendes Material habe finden können, oder dass das Material nicht wesentlich Bedeutendes enthielt, oder endlich, dass dasselbe bereits bis zu einem gewissen Grade unverändert in das darauf bezügliche Gesetz selbst übergegangen war. Aus diesem Grunde habe ich nun im letzten Abschnitte der Studie möglichst sorgfältig die auf das Geldwesen bezüglichen Gesetze nach der vollständigen Gesetzesammlung (Полное Собрание Законовъ) zusammengestellt, mit besonderer Berücksichtigung ihrer Motive, wo solche im Gesetze enthalten waren. Ich verweise daher auf diese Zusammenstellung, welche die vorliegende Darstellung des Geldwesens unter dem Grafen Cancrin wesentlich ergänzt und die Lücken meiner Abhandlung ausfüllt.

Zweiter Abschnitt.

Ueber das Volks-Agio (простонародный лажь).

Es gilt hier einen Versuch, die eigenthümliche Erscheinung des «Volks-Agio» zu erklären. Ich betone, dass es nur ein Versuch ist, denn weder habe ich in der Literatur über die damalige Zeit irgendwelche genügende Erklärung dieser wohl einzig in der Volkswirtschaft dastehenden Erscheinung gefunden, noch selbst in unedirten Quellen, die mir zu Gebote gestanden und aus denen ich einzelne Ansichten über diesen Gegenstand weiter unten ausführlich darlegen werde; noch ist es mir selbst gelungen, durch mündliche Besprechung der Frage mit Männern aus jener Zeit eine wissenschaftlich genügende Auskunft zu erhalten. Ein Jeder erinnerte sich wohl, dass vor dem Jahre 1839 von einem sogenannten Volks-Agio gesprochen worden und auch wohl dessen, dass, wenn man z. B. eine Waare für hundert Rbl. erhandelt hatte, es vorgekommen sei, dass der Kaufmann, bei der Bezahlung derselben mit einem Hundert-Rubel-Assignatenscheine, einige Rubel Banco wieder herausgegeben. Fragte ich aber warum? wie viel? und dergleichen mehr, so blieb man mir stets die Antwort schuldig. Da mir also stricte Erklärungen aus jener Zeit fehlten, ich in der Literatur nichts und in den Quellen nur einzelne, zum Theil entschieden falsche Andeutungen über die Entstehung dieses Agio fand, so galt es eine einigermaßen genügende Erklärung dieser Erscheinung selbst zu finden. Das habe ich nun in Nachfolgendem versucht. Dem mit den Verhältnissen jener Zeit bekannten Leser mögen einzelne Erörterungen vielleicht zu weitläufig erscheinen, aber man wolle bedenken, dass diese Erscheinung des Volks-Agio den Meisten jedenfalls in ihrem Wesen vollkommen unbekannt ist, und es demnach meine erste Pflicht war, eine derartige Erklärung derselben zu geben, dass sie auch dem Laien möglichst verständlich sei. Ein weiteres Motiv habe ich dazu auch noch darin gefunden, dass, soweit mir die Literatur zu Gebote gestanden hat, das Vorkommen dieses Volks-Agio einzig in Russland bemerkt worden ist.

Aus dem vorhergehenden Abschnitte konnte man ersehen, dass kaum irgend eine das Geldwesen betreffende Verhandlung im Reichsrathe stattgefunden hat, ohne dass in derselben von «der Rechnung auf Münze» (счетъ на монету) und von dem «Volkskurse» (про-

¹ M. d. R. v. 10. Februar 1841. ² M. d. R. v. 18. März 1840.

стонародный курсъ) oder dem «Volks-Agio» (простонародный лажъ) die Rede gewesen. Gleich im Jahre 1826 findet die Verhandlung über das Projekt des Kaufmanns Subzaninow statt und so geht es fort bis zu der grossen Reform des Geldwesens im Jahre 1839. Ein Hauptmotiv zu dieser letzteren war unbedingt die fürchterliche Verwirrung, welche die Existenz «der Rechnung auf Münze» und «des Volks-Agio» in dem ganzen Gemeinleben verursacht hatte. Ein Krebschaden war dadurch entstanden, an dem alle Stände und Klassen der Gesellschaft, bei weitem aber am meisten das niedere Volk, zumal die Bauern und Tagelöhner litten.

Aus praktischen Gründen schicke ich meine eigene ausführliche Untersuchung über die Entstehung und das Wesen des Volks-Agio voraus, bevor ich auf die zeitgenössischen Erklärungen dieser Erscheinung und die sich aus der «Rechnung auf Münze» und dem Volks-Agio ergebenden Missstände eingehe.

Das Manifest vom 16. April 1817 (Nr. 26,791) enthielt folgende wichtige Bestimmung: «Die im Jahre 1812 in Folge des Krieges suspendirte Tilgung der Schulden und Auslösung der Assignaten [wie sie nach den Manifesten des Jahres 1810 vom 13. April (Nr. 24,197), 27. Mai (Nr. 24,244), 20. Juni (Nr. 24,264), 29. August (Nr. 24,433) und vom 19. December (Nr. 24,465) stattzufinden hat] wird wieder aufgenommen, und zwar ist die *Verminderung der in Umlauf befindlichen Menge Assignaten so lange fortzusetzen, bis die Assignaten in ihrem Werthe al pari mit der klingenden Münze stehen*». Veranlasste die Einziehung der Assignaten auch nicht direkt das Entstehen des Volks-Agio, so that sie es doch auf indirekte Weise, indem diese Massregel eine Steigerung des Werthes der Assignaten bewirkte, welche letztere der Ausgangspunkt für das Volks-Agio wurde. Im Jahre 1815 hatten die Assignaten ihren tiefsten Stand erreicht. Derselbe wird für den Assignatenrubel allgemein mit 24 $\frac{1}{5}$ Kop. Silb. angegeben, welcher Kurs für den Silberrubel etwas mehr denn 413 Kop. Banco ergibt¹. Ganz im Allgemeinen rechnete man aber den Silberrubel gleich vier Rubel Assignaten zur Zeit des tiefsten Standes der letzteren. Diesen Kurs müssen wir uns im Laufe der Erörterung stets vergegenwärtigen.

¹ v. Jakob: Ueber Russlands Papiergeld. 1817. Tabelle p. 147, 148; Ламанскій: Историческій очеркъ денежнаго обращенія въ Россіи съ 1650—1817, p. 155. (Lamanski: Historische Skizze des Geldumlaufs in Russland von 1650—1817). cf. auch Tabelle p. 26, Anmerkung 2.

Nach dem Manifeste vom 16. April 1817 sollte nun der Werth der Assignaten, wenn auch im Laufe vieler Jahre, allmählich um das Vierfache gehoben werden. Welch' glänzende Aussicht für den augenblicklichen Besitzer von Assignaten! Er konnte auf ein stetes Wachsen seines in Assignaten bestehenden Vermögens rechnen; legte er es nun gar in den Creditanstalten als Einlage an, so erhielt er obendrein noch Zinsen und sein Vermögen wuchs ohne das geringste Zuthun seinerseits, denn die Creditanstalten waren verpflichtet, ihm seine Einlage auf Verlangen stets wieder in Assignaten, d. h. in der Geldart, in welcher die Einlage gemacht worden war, zurückzuzahlen. Da nun wirklich eine fortdauernde Hebung des Werthes der Assignaten eintrat, so wurde die Hoffnung des Assignatenbesitzers auf Gewinn zur Gewissheit. Dieser Gewinn steigerte sich von Jahr zu Jahr, denn der Stand der Assignaten beserte sich erst langsam, dann schneller. Durch welche Ursachen das bewirkt wurde, berührt uns an dieser Stelle nicht, denn es kommt uns nur auf die Thatsache an, dass jeder Besitzer von Assignaten eine Vermögensvermehrung genoss, ohne auch nur das Geringste dafür gethan zu haben. Wer aber keine Assignaten besass, participirte auch nicht an diesem unverdienten Gewinne. Man darf sich daher nicht wundern, dass Diejenigen, welche keine Assignaten in ihrem Besitze hatten, sich bemühten, doch auch auf irgend eine Weise Theil an jenem unverdienten Vermögenszuwachse zu erlangen. Natürlich konnten aber andererseits derartige Gedanken nur Leuten kommen, die wenigstens einigermaßen mit dem Geldwesen vertraut waren. Die Hauptklasse der Gesellschaft, deren Vermögen nicht in flüssigem Gelde oder Anlage-Papieren bestand, war der Handelsstand. Dieser wollte nun den Besitzern von Assignaten jenen aus der Hebung der letzteren erwachsenden Vortheil keinen Falls allein überlassen, sondern selbst auch daran Theil nehmen; er suchte ihnen gegenüber dieselbe Stellung zu behaupten, wie er sie vor der Kursbesserung der Assignaten eingenommen. Als der Kurs der Assignaten am niedrigsten stand, 400 Kop. Banco gleich 100 Kop. Silber, war es nämlich wesentlich gleich, ob Jemand 400 Rubel in Assignatenscheinen oder 100 Rubel in Silber, oder Waare für 400 Rbl. Assignaten oder 100 Rbl. Silber besass. Mit der Hebung der Assignaten (von 1817 an) aber änderte sich die Sachlage. Waren der Kaufmann und der Assignatenbesitzer vorher gleichgestellt gewesen, so war es von jetzt ab nicht mehr der Fall. Angenommen, dass der Eine seine Waaren, der Andere seine

Assignatenscheine, die er 1815 im Werthe von 400 Rbl. Banco besaßen, bis 1837 nicht verkauft und nicht verausgabt hatte, so war Letzterer nun im Vortheil. 1837 hatte sich der Kurs der Assignaten allmählich gebessert, wodurch dem Besitzer der Assignaten ohne jegliches eigene Verdienst ein Gewinn erwachsen war, denn seine 400 Rubel Assignatenscheine waren jetzt nicht nur 100 Rubel Silber, sondern noch bedeutend mehr werth. Anders erging es dem Kaufmann. Seine Waare, damals 400 Rbl., war jetzt dem Kurse nach nur noch 352 Rbl. in Assignaten werth, weil der Kurs der letzteren sich von 400 auf 352 gehoben hatte. Zwar erlitt er keinen direkten Verlust, denn seine Waare blieb nach wie vor 100 Rbl. Silber werth, aber er hatte in diesem Falle auch keinen Antheil an dem Gewinne aus der Hebung des Assignatenkurses. Der Kaufmann suchte nun nach Mitteln und Wegen, um an jenem unverdienten Vortheile auch zu participiren. Er konnte dieses erreichen, wenn er seine Waare den Schwankungen des Assignatenkurses anpasste, d. h. mit jedem Hinaufgehen desselben auch seine sämtliche Waare im Preise steigerte. Diese steten Umrechnungen waren ihm viel zu umständlich und hätten auch eine beständige Schwankung der Preise herbeigeführt, was die Käufer stutzig machen musste, u. dgl. m. Kurz, dieser Weg, jenen Vortheil zu erjagen, kam dem Kaufmann unanwendbar vor und er ersann sich einen anderen. Er stellte z. B. 1837 folgendes Raisonement an: «Vor der Hebung der Assignaten, d. h. zur Zeit ihres tiefsten Standes, erhielt ich für meine Waare, die 100 Rbl. werth war, 100 Rbl. in Assignaten oder 25 Rbl. in Silber und stand mich dabei ökonomisch ganz gleich mit meinem Käufer, der einen 100-Rubel-Assignatenschein besaß; jetzt 1837 ist eben dieselbe meine Waare beim Kurse von 352 Kop. Banco (statt damals 400) für den Silberrubel nur noch 88 Rbl. in Assignaten werth, während der damalige Besitzer des 100-Rubel-Assignatenscheines denselben noch in seinem vollen Werthe besitzt. Demnach befinde ich mich beim Verkaufe meiner Waare gegen Assignaten zu deren Kurswerthe im Nachtheil dem Besitzer der Assignaten gegenüber, wenn ich unsere beiderseitige gleiche ökonomische Stellung zur Zeit des tiefsten Standes der Assignaten berücksichtige». Der Kaufmann beschloss demnach, seine Waare dem Käufer nicht direkt gegen Assignaten zu verhandeln, sondern einfach auf Rubel, ohne irgendwelche nähere Bestimmung. Dieses nannte man «Rechnung auf Münze» (счётъ на монету)¹. — Wurde z. B. eine Waare für 100 Rbl.

¹ Hierbei sei aber daran erinnert, dass laut Gesetz alle Preise in Assignaten angegeben werden mussten.

erhandelt, so fragte der Verkäufer erst nach Abschluss des Handels den Käufer, worin er zahlen wolle, in Assignaten oder Silber? Je nachdem die Antwort ausfiel, stellte er nun seine besondere Berechnung an. Wollte der Käufer in Assignaten zahlen, so überlegte der Verkäufer folgendermassen: «Durch die Hebung des Assignatenkurses von 400 auf 352 ist dem Assignatenbesitzer ein Vortheil von 12 pCt. zu Theil geworden, es ist nun nicht billig, dass ihm allein dieser unverdiente Gewinn ganz zuflüsse, andererseits kann ich ihn aber auch nicht für mich allein beanspruchen, indem ich meine Waare um 12 pCt. steigere, worauf der Käufer nicht eingehen würde, daher theile ich jenen Vortheil und verrechne dem Käufer die Assignate mit 6 pCt. (statt 12) Kurshebung». Der Verkäufer lässt sich demnach für die für 100 Rbl. erhandelte Waare vom Käufer nicht 88 Rbl. in Assignaten auszahlen, was die Waare dem Kurse der Assignaten nach eigentlich werth ist, auch nicht 100 Rbl. in Assignaten, was sie beim tiefsten Stande der Assignaten werth war, sondern 94 Rbl. — Eine ähnliche Berechnung stellte der Verkäufer an, wenn der Käufer in Silber zahlen wollte. Da er laut Gesetz verpflichtet war, den Preis der Waare in Rubeln Assignaten anzugeben, so musste er erst seinen in Rubeln angegebenen Preis auf Assignaten umrechnen und dann, von diesem letzteren Preise ausgehend, folgender Art seine Berechnung für den Kurs, nach welchem er das Silber vom Käufer annehmen konnte, anstellen: «Verrechne ich dem Käufer die Assignaten nach dem Börsenkurse, d. h. zu 352 Kop. für den Silberrubel, so erhalte ich in Silber für die 100 Rubel, für welche der Handel abgeschlossen wurde, eine Summe, die nur 88 Rbl. in Assignaten werth ist, hierbei wäre ich im Nachtheil, denn gegen Assignaten verkauft, erhielt ich 94 Rbl.» Er muss also die Assignaten zu einem niedrigeren Kurse verrechnen, und zwar nach folgender Proportion:

$$88 : 94 = 352 : x; x = \frac{352 \cdot 94}{88} = \frac{33088}{88} = 376,$$

also zu einem Kurse von 376, d. h. er wird für jene 100 Rbl. $26\frac{3}{5}$ Rbl. Silber zu lösen suchen, denn

$$376 : 400 = 25 : x; x = \frac{400 \cdot 25}{376} = \frac{10000}{376} = 26,6.$$

Dieser Preis von $26\frac{3}{5}$ Rbl. Silber ist aber auch um 6 pCt. höher (etwas mehr) als der Werth der Waare nach dem Börsenkurse betragen würde, nämlich 25 Rbl. Silber. Wollte er die Assignaten bei der Bezahlung in Silber zum Börsenkurse verrechnen, so müsste er für seine Waare einen höheren Preis fordern, nämlich $106\frac{4}{5}$ Rbl., denn

$$352 : 376 = 100 : x; x = \frac{376 \cdot 100}{352} = \frac{37600}{352} = 106,8.$$

Der Bequemlichkeit wegen würde er die Waare für 106 Rbl. ablassen, wobei er aber auch in diesem Falle $26\frac{3}{5}$ Rbl. Silber lösen würde. Der Verkäufer schlug jedoch diesen letzten Weg nicht ein, weil derselbe eine direkte Preissteigerung der Waare verlangte, die er aber unter allen Umständen vermeiden wollte.

Diese Mehrforderung der Kaufleute, d. h. die Procente, um welche sie ihre Waare indirekt theurer verkauften, als sie nach dem jedesmaligen Börsenkurse der Assignaten werth war, bildete nun das sogenannte «Volks-Agio». Dieses bestand demnach in einer Kursdifferenz-Berechnung, durch welche der Verkäufer von Waare an dem, aus der Hebung des Assignatenwerthes sich ergebenden Gewinne Theil zu nehmen sich bestrebte. Dem Käufer erschien im ersten Augenblicke die Sachlage ganz anders, wenigstens wenn er in Assignaten bezahlen wollte. Er erhandelte eine Sache für 100 Rbl., bezahlte dieselbe mit einem 100-Rbl.-Assignatenschein und erhielt 6 Rbl. in Assignaten wieder zurück. Diese zurück-erhaltenen 6 Rbl. betrachtete er nun irrthümlich als einen direkten Gewinn, denn die von ihm gekaufte Waare war in dem Augenblicke nur 88 Rbl. in Assignaten werth. Er hatte sie mit mehr denn 6 pCt. zu theuer bezahlt, um ebenso viel, als wenn er in Silber nach dem Börsenkurse von 352 gezahlt hätte und der Verkäufer ihm für dieselbe Waare 106 Rbl. abforderte, oder auch nur 100 Rbl., ihm dann aber die Assignate zum Kurse von 376 für den Silber-rubel verrechnete. In allen drei Fällen kam ihm die Waare statt der 88 Rbl. Assignaten, die sie eigentlich werth war, 94 Rbl. Assignaten zu stehen.

Die Kaufleute liessen also alle ihre Waarenpreise nominell unverändert, d. h. von den Kursveränderungen der Assignaten unberührt, wie sie beim tiefsten Stande der Assignaten gewesen waren. Sie vermieden namentlich auch deshalb alle Preisveränderungen, weil sich ihnen damit die Möglichkeit entzogen hätte, die Waare für einen billigeren Preis, als den ursprünglich ausgemachten, wegzugeben, durch welchen scheinbaren Rabatt die Käufer leichter bewogen wurden, auf ihre Berechnungen einzugehen. Die Münzeinheit, nach der die Preisbestimmung beim Abschlusse eines Handels erfolgte, war demnach der Assignatenrubel zur Zeit seines tiefsten Standes; die sogenannte «Rechnung auf Münze» (счетъ на монету): eine Preisbestimmung zu einem Kurse der Assignaten, welcher sich auf halber Höhe zwischem dem jeweiligen Börsenkurse der Assignaten und dessen tiefsten Stande 1815 befand, und welchen man

den «Volkskurs» (простонародный курсъ) nannte; und das «Volks-Agio» selbst (простонародный лажъ) bestand stets in gewissen Procenten, die dem jeweiligen Börsenkurse zugeschlagen wurden.

Genau dieselben Berechnungen und Verrechnungen fanden bei Käufen auf Credit, Schuldverschreibungen u. s. w., kurz bei Schliessung aller Geldverbindlichkeiten statt. Es hiess dann immer «nach Rechnung auf Münze (по счету на монету) so und so viele Rubel zu zahlen», worunter man die Bezahlung nach dem Volks-kurse verstand.

Ich hoffe im Vorhergehenden für den Ursprung und das Wesen der «Rechnung auf Münze» (счетъ на монету), des «Volks-Kurses» (простонародный курсъ) und des «Volks-Agio» (простонародный лажъ) eine genügende Erklärung gegeben zu haben. Wie weit dieses Auskunftsmittel der Kaufleute, am Vortheile der Hebung der Assignaten Theil zu nehmen, gerechtfertigt werden kann, welche Missstände es mit sich führte und ähnliche Fragen, können nicht an dieser Stelle beantwortet werden, weil wir bei der Darlegung und Kritik der nachfolgenden Ansichten des Grafen Cancrin, des Fürsten Drutzi-Ljubetzki und des Grafen Speranski auf dieselben zurück kommen werden und zum Schlusse ein kurzes Ergebniss der ganzen Untersuchung zu geben gedenken.

I. Ansicht des Grafen Cancrin über das «Volks-Agio». Ich habe dieselbe nach den mannigfachen Aeusserungen, welche er wiederholt in den Reichsrathssitzungen über diesen Gegenstand gethan, so wie nach dem Gutachten, welches er über die Frage der Reorganisation des Geldwesens bei dem Departement der Reichsökonomie eingereicht hat, zusammengestellt¹. Ausserdem erwähnt Cancrin ganz kurz der Erscheinung des Volks-Agio in seiner «Oekonomie der menschlichen Gesellschaften», p. 119, mit folgenden Worten: «So stiegen die russischen Assignationen . . . wozu noch der höchst sonderbare Umstand kam, dass die Kleinhändler auf Metallgeld und Papier zugleich die Kurse vergrösserten, so dass zwar das Verhältniss gegen den Börsenkurs blieb, aber durch beständiges Erhöhen beider Geldsorten bei den Zahlungen für Waare, die auf langen Credit genommen worden, ein Gewinn herauskam; sogar wurden diese imaginären Kurse im gemeinen Leben herrschend. Eine höchst sonderbare Erscheinung, die Manchem kaum begreiflich erscheinen wird, aber

¹ J. d. Dep. d. Reichsök. Nr. 180, 1837 und Nr. 77, 1839. M. d. R. v. 29. November 1837.

viel Uebel stiftete». Und in seinem Rechenschaftsberichte an den Kaiser über seine zwanzigjährige Finanzverwaltung, welche Graf Keyserling als Beilage der Tagebücher abgedruckt (Beilage II, p. 60), lässt sich Cancrin folgendermassen über dieselbe Erscheinung aus: «Doch war die Besserung (der Assignaten) auch gewissermassen mit Ungelegenheiten im entgegengesetzten Sinne verbunden, und gleichzeitig schlich sich ein eigenthümliches Uebel ein: es bildete sich im Verkehre unter dem niederen Volke ein Agio, nach welchem sich für Silbermünze und für Banknoten Kurse von besonderer Höhe in gewissem Verhältnisse zu einander nicht nur in beiden Residenzen, sondern auch in vielen Gouvernements feststellten. Die augenfällige Tendenz dieses Missbrauchs bestand darin, durch beständiges Steigen eines solchen willkürlichen Agio für eine kurz vorher contrahierte Schuld weniger zu zahlen und überhaupt auf mannigfache Weise zu agiotiren. — In Veranlassung eines von Commissionären der Krone gegen Schiffsarbeiter ausgeübten Betruges kam 1826 über diesen Gegenstand eine Vorstellung des Militärressorts an den Reichsrath, der ungeachtet der dringendsten Gegenvorstellung des Finanzministers dieses Agio legalisirte¹. Ursprünglich unbedeutend, wuchs dieses Agio zu einer unglaublichen Höhe, so dass endlich sogar bis zu 27 pCt. sowohl zur Silbermünze als auch zu Banknoten zugeschlagen wurde, wobei noch jedes Gouvernement, wie gesagt, sein besonderes Agio hatte; eine Sachlage, die geradezu eine Volkscalamität war. — Die Ursache dieses jetzt kaum verständlichen Uebels suchte man da, wo sie nicht zu finden war, und bei der Neigung Vieler, jede Schuld dem Finanzministerium beizumessen, schrieb man sie seiner Nachlässigkeit zu, wiewohl es energische Massregeln zur Ausrottung dieses Betruges wiederholt in Vorschlag gebracht hatte».

Die Ergänzungen und Ausführungen dieser in wenigen Zeilen ausgedrückten Ansichten über das Volks-Agio erhalten wir aus den schon erwähnten Reden und Gutachten im Reichsrathe und dem Departement der Reichsökonomie. Das wichtigste Dokument für uns ist sein Gutachten: «Ueber die Nothwendigkeit, der Rechnung auf Münze und Assignaten nach dem Volkskurse ein Ende zu machen», am 29. Juli 1837 von ihm eingereicht². Der wesentliche Inhalt desselben ist folgender. Der Hauptgrund der Einführung und Steigerung der Volkskurse war die eigennützige Absicht einiger Kaufleute, sich die Einfalt

¹ cf. Gesetz vom 27. October 1826, Nr. 636.

² J. d. Dep. d. Reichsökon., 1839, Nr. 77.

und Unwissenheit des niederen Volkes zu Nutzen zu machen, indem sie eine Waare aus erster Hand für den früheren Preis kauften, sie aber nach höherem Kurse bezahlten; eingegangene Geldverbindlichkeiten mittelst erhöhter Kurse vortheilhaft lösten, oder indem sie für verkaufte Waare Geld zu einem Kurse annahmen, es aber zu einem anderen vortheilhafteren Kurse wieder verausgabten. Den Erfolg dieses Unternehmens begünstigten: 1) die in den letzten zwanzig Jahren stattgefundene mächtige Umwandlung in unserem Geldwesen, nach welchem, im Gegensatz zu der früheren Zeit, das Silber für alle kleinen Zahlungen im Gemeinleben in Gebrauch gekommen war, während die Assignaten mehr in die grosse Circulation übergingen; und 2) die unbedeutenden Veränderungen im Börsen-Agio, als 1818 die Ausgabe von Assignaten ganz sistirt und ein nicht unbedeutender Theil derselben durch Anleihen getilgt wurde. Die beim Detail-Verkauf üblichen runden Kurse, wie z. B. in St. Petersburg von 375 Kop., waren theilweise Folgen der Rechnung auf Münze, theilweise hatten sie sich aber selbstständig ausgebildet. Durch diese spekulativen Rechnungen hatte sich allmählich in vielen Klassen der Geist des Agiotirens eingeschlichen, welcher durch die Wechselbuden genährt wurde. Die Verwirrung der Geldverhältnisse wurde durch das höhere Agio auf kleine Silbermünze noch vermehrt. Dieses gründete sich nicht auf den Mangel an solcher Münze im Verkehr, sondern auf die Bequemlichkeit einer leichteren Berechnung und hatte keinen besonderen Nachtheil mit sich geführt, wenn nicht gleichzeitig eine besondere Rechnung auf Münze existirte.

Cancrin ist der Meinung, dass wenn der Volkskurs stets auf derselben Höhe stehen geblieben wäre, er keinen Grund zu einer Gewinnsucht erwähnter Art gegeben hätte, die Unbeständigkeit des Werthes der verschiedenen Geldarten lieferte ihr aber nur all zu reiche Nahrung. Er betont, dass kein Schwanken in dem Volks-Agio statt fände, sondern bloss ein stetes Wachsen, und in diesem letzteren liege auch der einzige Gewinn, der für Speculanten aus dem Volks-Agio entstehe, es sei dasselbe überhaupt nur Folge der Spekulation einzelner Personen. Als Zeugniß für die Absonderlichkeit des Agio und die schwache Grundlage, auf welcher es beruhe, führt Cancrin an, dass die polnischen 75-Kopekenstücke (5 Zloten) in St. Petersburg und Moskau zu demselben Kurse, wie das kleine Silbergeld angenommen wurden. Die Folge davon war, dass man dieselben in Massen aus Warschau herschickte; als er aber eine Publi-

kation über den zu hohen Kurs jener Münze erlassen, sei dieselbe sofort bis auf ihren wahren Werth im Kurse herabgesunken.

Folgende von Cancrin zusammengestellte kleine Tabelle diene zur Charakteristik der Mannigfaltigkeit des Volkskurses; sie bezieht sich auf das Jahr 1837:

In dem Gouvernement von	Börsenkurs für Silber Kop.	Volkskurs Kop.	Volks-Agio in Procenten d. Börsenkurses
Nishnij-Nowgorod und Jaroslaw Moskau und einigen anderen Gou- vernements	355,93	420	18 pCt.
Wjatka	358,97	420	17 »
Astrachan	363,63	400	10 »
St. Petersburg.	354,54	390	10 »
Pleskau (Pskow).	353,77	375	6 »
Mohilew	361,90	380	5 »
	361,44	375	3 ³ / ₄ »

In den westlichen Gouvernements, den Ostseeprovinzen und Sibirien kam der Volkskurs gar nicht vor. Aus dieser Tabelle ergäbe sich nun seiner Ansicht nach, dass der Volkskurs nichts Wesentliches in sich berge und dass, wenn man das Aufgeld auf die Assignaten abrechne, der Preis des Silbers dem Börsen- oder dem Abgabekurse gleichkomme, d. h. der Silberrubel 353—363 Kop. Banco werth sei. Wer übrigens seine Abgaben in Silber zahle, verlöre nichts, sondern gewinne, da der Abgabekurs höher als der Börsenkurs, also (?) auch höher als der Volkskurs wäre. Es sei klar, dass in der Rechnung nach dem Volkskurse weder eine Bequemlichkeit noch eine Wahrheit, sondern bloss Verirrung, Unwissenheit und Betrug enthalten wäre, denn man könnte eben so gut den Silberrubel, welcher dem Abgabekurse nach 360 Kop. werth sei, zu 720 Kop., oder einen Fünf-Rubel-Assignatenschein für einen Zehn-Rubelschein verrechnen! Alle diese Ausführungen seien ein Beweis, dass der Volkskurs nicht aus irgendwelchen wesentlichen Mängeln unseres Geldsystems entstanden sei, sondern dass die Regierung hier bloss mit Unverstand und Gewinnsucht zu kämpfen habe; dagegen müssten systematische Massregeln unwirksam bleiben und nur die strengsten Verbote könnten helfen.

Einzelne von den inneren Gouvernements schrieben die Erhöhung des Volks-Agio Moskau zu, dagegen erklärte der Moskauer Kaufmannsstand, dass die Assignaten durch Spekulanten aus Moskau in das Innere gebracht würden, wegen des dort herrschenden höheren Agio, und dass daselbst die Krämer und Wechselbuden an ihm

die Hauptschuld trügen. Seit einiger Zeit erstrecke sich das Volks-Agio in einzelnen Gouvernements auch auf das Kupfergeld. Gegen die Behauptung, dass Mangel an Assignaten zum Zweck der Abgabenzahlungen das Volks-Agio steigere, wendet Cancrin ein, dass das Agio sich auf Silber und Assignaten stets gleichzeitig erstrecke, ja gewöhnlich sogar beim Silber zu steigen beginne. Er betont wiederholt, dass der Volkskurs nichts Anderes als der Börsenkurs, nur mit Hinzufügung fingirter Procente sei, um durch deren Vermehrung Vortheile zu erlangen, die Wurzel desselben sei also Gewinnsucht und Betrug. Trotz alledem meint er aber an einer anderen Stelle: «Uebrigens ist das Uebel dieser Art «Rechnung auf Münze», wenn auch gross, so doch nicht so bedeutend, dass es schlimme Folgen für die allgemeine Wohlfahrt haben könnte?!»¹.

II. Ansicht des Fürsten Drutzki-Ljubetzki über das Volks-Agio²:

Das Aufkommen des Börsen-, Abgaben- und des Volkskurses bei uns ist nichts Anderes, als ein deutlicher Beweis für das allgemeine Bewusstsein der Nothwendigkeit, sich vor Verlusten zu schützen und das Nöthige zu sichern.

Der «Börsenkurs» ist entstanden: 1) weil durch das Manifest vom 9. April 1812 (Nr. 25,089) alle Rechnungen u. s. w. einzig und allein auf Assignaten zu führen befohlen wurde; 2) weil die Regierung durch das Manifest vom 16. April 1817 (Nr. 26,791) verkündigt hatte, dass sie auf die Hebung des Assignatenkurses hinwirken wolle, und 3) weil der auswärtige Handel grösstentheils auf Credit effectuirt wird. Der Werth der Waaren wird in Assignaten bestimmt, wenn aber der Zahltermin kommt, so ist der Börsenkurs wiederum für die Zahlung bestimmend. So lange die Assignaten Geld bleiben und nicht blosses Surrogate desselben, so lange es vier Arten Münze, die noch ihrem inneren Werthe nach sich von einander unterscheiden, geben wird, so lange nicht ebenso viel klingende Münze und deren Surrogate in Umlauf gesetzt werden, als die zunehmende Bevölkerung u. s. w. derselben bedarf, — so lange wird auch der Börsenkurs nothwendigerweise bestehen. Denn ohne diesen müsste der ganze auswärtige Handel auf Baargeld geführt werden — ein Ding der Unmöglichkeit. Der Börsenkurs dient dem Handel als Hülfsmittel, um sich vor Verlusten zu schützen, welche ihm aus der Unbeständigkeit der Kurse erwachsen könnten.

¹ M. d. R. vom 29. November 1837.

² Journ. d. Dep. d. Reichsökon., 1839, Nr. 77.

Der «Abgabekurs». Wollte die Regierung darauf bestehen, dass alle Abgaben, welche auf Assignaten festgesetzt sind, auch in Assignaten gezahlt würden, so könnte sie, weil es im Verkehre an Assignaten mangelte, bedeutende und unvermeidliche Rückstände heraufbeschwören. Um Letzteres nun zu vermeiden, gestattete sie das Zahlen in klingender Münze. Hätte sich aber nun der Kurs der Assignaten gehoben, so wäre das eine Veranlassung gewesen, Zahlungen zu fordern, um die Verluste, die durch jene Hebung der Assignaten bei Zahlungen in klingender Münze für die Regierung entstanden, auszugleichen. Um diesen Uebelstand zu vermeiden, wurde der Abgabekurs niedriger als der Börsenkurs festgesetzt.

Der «Volkskurs». Das Volk, unbekümmert um Börsen- oder Abgabekurs, weiss wie viel es für seine Arbeit zu fordern hat, damit der erzielte Gewinn ihm die Mittel darbiete, seine Bedürfnisse zu bestreiten. Dagegen suchten die Käufer der Arbeit, aus Mangel an Geld im Verkehre, den Preis des Geldes zu steigern. Der Volkskurs und die «Rechnung auf Münze» seien daher nicht Beweise für die Gewinnsucht von Spekulantem oder für die Unwissenheit des Volkes, sondern unvermeidliche Folgen der Noth.

Zur Erläuterung dieser seiner Anschauung giebt Drutzki-Ljubetzki folgende kleine Tabelle:

Summe der in Umlauf befindlichen Assignaten und ihr Werth in Silber nach dem Börsenkurse.

	1807				1838			
	Bevölkerung: 36 Millionen				Bevölkerung: 48 Millionen			
	Millionen	pro Kopf der Bevölkerung	Millionen	pro Kopf der Bevölkerung	Millionen	pro Kopf der Bevölkerung	Millionen	pro Kopf der Bevölkerung
	Rbl. Assign.	Rbl. Silb.	Rbl. Kop. Ass.	Rbl. Kop. Sil.	Rbl. Assign.	Rbl. Silb.	Rbl. Kop. Ass.	Rbl. Kop. Sil.
In Umlauf	382	258	10 61	7 16	595	165	12 39	3 43
Staatseinnahme nach dem Voranschlag	120	81	3 33	2 25	505	140	10 52	2 91
Verbleiben zur Bestreitung des internen Geldbedürfnisses	262	177	7 28	4 91	90	25	1 87	— 52

Der Volkskurs und der Umlauf ausländischer Münze zu einem ihren inneren Werth übersteigenden Kurse beweisen, dass ein Mangel an eigener Münze zur Bestreitung der Bedürfnisse des Gemeinlebens vorhanden ist. Hieraus ergibt sich, dass nicht durch Verbote, sondern nur durch hinlängliche Versorgung des Verkehrs mit klingender Münze und deren Surrogaten der Volkskurs und damit zugleich das Agio beseitigt werden kann.

III. Ansicht des Grafen Speranski über das Volks-Agio ¹.

Ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen dem Wechsel-Agio (ажio) und dem sogenannten Volks-Agio (лажь). Von letzterem spricht man nur beim Waarenkauf, sei es, dass dieser auf Baargeld oder auf Credit geschlossen wird. Beim Kauf auf Baargeld bezeichnet man mit dem Volks-Agio die Procente, um welche, bei der Bezahlung der Waare in Silber, dieses gegen seinen eigentlichen Tauschwerth erhöht wird; bei der Bezahlung in Assignaten dagegen die Procente, welche vom Preise der Waare in Assignaten abgelaufen werden.

Bei jedem Kaufe auf Baargeld hatte sich die Gewohnheit eingeschlichen, mit der Festsetzung des letzten Preises zwischen Verkäufer und Käufer folgende zwei Fragen zu verhandeln: soll die Zahlung in Silber oder in Assignaten geschehen, und zu welchem Preise wird das Silber oder die Assignate vom Verkäufer angenommen werden. Gesetzt den Fall, dass eine Waare für 100 Rbl. erhandelt worden ist und der Käufer entschliesst sich, diesen Preis in Silber zu zahlen, so setzt der Verkäufer für den Silberrubel einen höheren, als den auf der Börse notirten fest; so z. B. in St. Petersburg statt 352 Kop. — 375 Kop., also um 23 Kop. zu hoch, und dieses Aufgeld, welches fast 6 pCt. ausmacht, bildet das Volks-Agio. Nach derselben Rechnung nimmt er auch die Zahlung in Assignaten entgegen, indem er jeden Assignatenrubel zu 106 Kop. rechnet und demnach die für 100 Rbl. erhandelte Waare für 94 Rbl. Assignaten weggiebt, d. h. er giebt dem Käufer 6 pCt. vom Preise der Waare ab, und dieser Rabatt bildet wieder das Volks-Agio.

Vergleicht man diese Berechnung mit dem Börsenkurse, so sieht man, dass beim Kaufe einer Waare eine 100-Rubel-Assignate für 106 Rbl. angenommen wird, gleichzeitig werden aber 100 Rbl. Silber, nicht wie auf der Börse für 352 Rbl., sondern für 375 angenommen. Hieraus ergibt sich folgende Proportion:

$106 : 100 = 375 : x$, $x = 353,77$; so beträgt denn der Unterschied zwischen dem Preise des Silbers in Assignaten nach dem St. Petersburger Börsenkurse und nach seiner Annahme im freien Handel auf 100 Rbl. nur 1 Rbl und 77 Kop. Weshalb folgt aber der Verkäufer nicht einfach dem Börsenkurse? Der Grund ist augenscheinlich. Wenn er dem Börsenkurse folgen wollte, so müsste er je nach dessen Veränderungen auch alle seine Waaren im Preise

¹ J. d. Dep. d. Reichsökon., 1839, Nr. 77.

umschätzen, und was er gestern für 100 Rbl. verkaufte, müsste er heute nach dem gehobenen Kurse der Assignaten für 98 Rbl. verkaufen u. s. w. Diese grosse Unbequemlichkeit vermeidend, zieht er vor, dieselben Procente, welche er bei der Preisbestimmung der Waare abziehen müsste, bei der Bezahlung abzurechnen. Wenn er z. B. den Silberrubel zu 352 Kop. rechnete, so könnte er nicht bei Abschluss des Handels auf Assignaten 6 pCt. ablassen, indem er aber den Preis des Silbers auf 375 erhöht, erhält er sich den Preis seiner Waare und kann gleichzeitig dem Käufer einen fingirten Rabatt geben, in welcher Münze der Käufer auch zahlt. Entschliesst sich der Käufer in Silber zu zahlen, so meint er im Preise des Silbers 23 Kop. (375—352), d. h. fast 6 pCt. zu gewinnen, zahlt er in Assignaten, so gewinnt er scheinbar auch 6 pCt., denn er zahlt für die für 100 Rbl. erhandelte Waare nur 94 Rbl.

Dieses ist die Bedeutung des Volks-Agio beim Kauf auf Baargeld. Dieselbe Berechnung wird aber auch bei Zahlungen von Schulden angewandt. Wer Waare auf Credit gekauft hat, ist, wenn er sie nach Jahresfrist nach dem beim Kauf stipulirten Preise bezahlt, der Meinung, dass er zu viel zahlt, denn die Assignaten, in welchen die Zahlung erfolgt, sind in ihrem Werthe im Laufe des verflossenen Jahres gestiegen. — Was soll der Gläubiger thun? Entweder den Schuldner verklagen oder sich auf einen nothgedrungenen Rabatt verstehen, indem er die Zahlung nach der Rechnung auf Münze annimmt. Gewöhnlich wird er sich für Letzteres entscheiden. — Im Allgemeinen ist der Volkskurs nichts Anderes, als eine besondere Art Berechnung des Börsenkurses. Erdacht und eingeführt ist er von den Krämern (wahrscheinlich den Juden), dann aber auch in den Grosshandel übergegangen. Der Zweck seiner Einführung war der, die Waaren nicht nach den Schwankungen des Börsenkurses stets umschätzen zu müssen, und um den Schein eines Rabatts vom wirklichen Preise der Waare zu ermöglichen und den Käufer damit zu überlisten; denn der vermeintliche Unterschied von 23 Kop. zwischen den Kursen von 375 und 352 war ja schon in den 100 Rubeln enthalten, die anfänglich für die Waare ausgemacht wurden. Ohne diesen Unterschied hätte der Käufer für seine Waare nur 94 Rbl. verlangt. Für den mit dieser Art Rechnung bekannten Käufer ist dieser Versuch der Ueberlistung nichts als Spielerei; er weiss, dass, wenn von ihm 100 Rbl. für eine Waare verlangt werden, er darunter 94 Rbl. Assignaten zu verstehen hat, und handelt auf dieser Grundlage mit dem Verkäufer. Ganz etwas Anderes ist es aber, wenn

der Handel zwischen einem Kaufmanne und dem niederen Volke (etwa den Bauern) stattfindet. Hier wird die Ueberlistung zu einem thatsächlichen Betrüge. Der Bauer verkauft auf dem Markte nach einem in Assignaten angesetzten Preise; der Kaufmann aber, selbst der wohlmeinendste, handelt auf Silber und schätzt dabei den Silberrubel zu 375 Kop. Durch alle um ihn her geschehenden Käufe glaubt sich der Bauer von der Richtigkeit dieses Preises für Silber überzeugt und schliesst in der Meinung, in jedem Silberrubel 375 Kop. Banco zu erhalten, den Handel. An den Kronskassen wird ihm aber derselbe Silberrubel bei seiner Abgabenzahlung nur zu 360 Kop. in Assignaten angenommen und von dem Wechsler nur zu 352 Kop. Auf dieses Weise erleidet der Bauer einen Verlust von 15 oder 23 Kop. auf jeden Silberrubel.

Woher rührte dieser Volkskurs? Vor dem Fallen der Assignaten und während desselben hatte er nicht existirt. Während des Sinkens der Assignaten kam ein Einwechseln derselben gegen Silber selten vor; das Silber wurde immer theurer und versteckte sich. Der ganze interne Handel wurde mit Assignaten betrieben und es gab überall nur eine Rechnung auf Assignaten. Sobald aber die Assignaten zu sinken aufhörten und zu steigen anfangen, begann das Silber billiger zu werden und daher auch im Verkehre wieder zu erscheinen. Dazu wurden grosse Summen Goldes und Silbers von der Regierung in Umlauf gesetzt. Von dieser Zeit an gab es auch im internen Verkehre wieder zwei Geldarten: Assignaten und Silber. Wer Silber besass, bedurfte aber häufig Assignaten: 1) weil sie zur Versendung geeigneter waren; 2) weil sie im Werthe stiegen und 3) weil sie zu der Bezahlung von Schulden in den Creditanstalten unbedingt nothwendig waren; für die Branntweinspächter noch besonders, weil, während der Branntweinsverkauf fast ausschliesslich gegen Silbergeld stattfand, sie nur 30 pCt. der Pachtsumme in Silber entrichten durften, das Uebrige aber in Assignaten zahlen mussten. Aus diesen Gründen wurde das Wechseln, welches früher nur ganz vereinzelt vorkam, zu einem alltäglichen, nothwendigen und allgemeinen Geschäft. Dieses veranlasste die Entstehung der Wechselbuden, eines neuen, bisher unbekannten Erwerbszweiges. Obwohl in der Nothwendigkeit begründet, erregte dieses neue Unternehmen doch allgemeinen Unwillen, weil hier der Gewinnsucht keine Schranken gesetzt, und es nicht wie die übrigen Handelsarten nach festen Grundsätzen betrieben wurde. Es gab hier weder eine Concurrenz noch eine Uebermacht grosser Kapita-

listen, welche die willkürlichen Berechnungen kleiner Spekulanten dämpfte.

Als Resultat der angestellten Betrachtung zog Graf Speranski folgende Schlüsse:

1. Der Volkskurs ist nichts Anderes, als die Anwendung des Börsenkurses (Einwechselungskurses) bei dem Waarenverkaufe und bei der Bezahlung von Schulden.

2. Im Wesentlichen sind Volkskurs und Börsenkurs gleichartig.

3. Der Volkskurs ist aus Nothwendigkeit eingeführt worden, die täglichen Umschätzungen der Waaren zu vermeiden.

4. Diese Art Rechnung hat bei alledem zwei sehr wesentliche Schattenseiten: a) die Zusammensetzung derselben ist nicht Allen verständlich, und b) giebt sie beim Kaufe von Waaren Veranlassung zu Ueberlistung, ja häufig sogar zu Betrug.

Nachdem wir so im Vorhergehenden die Ansichten dreier bedeutender Finanzmänner aus der Zeit der Herrschaft des Volks-Agio über letzteres ausführlich kennen gelernt haben, will ich noch einige kurze Bemerkungen über dasselbe folgen lassen, welche ich an verschiedenen Stellen des Materials, das mir vorgelegen hat, angetroffen habe.

Der Reichsrath fand, dass die Verminderung der Assignatenmenge (seit 1818) und die Vermehrung der klingenden Münze die Zahlung aller Abgaben in Assignaten (wie es das Gesetz vom 9. April 1812 verlangte) erschwere, und dadurch eben in vielen Gouvernements bei Geldzahlungen zwischen Privaten, nicht nur auf Gold und Silber, sondern auch auf Assignaten, zu einem besonders willkürlichen Agio geführt habe¹. Und bei Gelegenheit der Verhandlungen über die Geldreform im Jahre 1839 wurde das Uebel des Volks-Agio daselbst folgendermassen charakterisirt: «Das Uebel des Volks-Agio, oder der Rechnung auf Münze hat schon so tiefe Wurzeln geschlagen, dass die Reichs-Zahlzeichen, ihrer ursprünglichen Bestimmung zuwider, nach der sie nur Verkehrsmittel des Kaufs und Verkaufs und anderer Bedürfnisse des Gemeinlebens sein sollten, — selbst Objecte des Handels geworden sind. Sie verändern sich beständig in ihrem Werthe und im ganzen Reiche sind diese Veränderungen so mannigfaltig, dass fast jede Stadt, jeder Flecken seinen eignen Geldkurs für Assignaten, Silber-, Gold-, ja selbst für Kupfermünze besitzt. Daraus erwächst aber: Unbestimmbarkeit des Werthes von Geldkapitalien und liegender

¹ M. d. R. v. 10. Nov. 1831.

Gründe, Schwankungen aller Handels- und Industrie-Unternehmungen und Erschütterung allen Credits. Abgesehen von dem Handels- und Handwerkerstande, welche sich mehr oder minder durch Preissteigerung ihrer Waare vor den Verlusten, die durch das Agio entstehen, schadlos halten können, leiden am meisten von der gegenwärtigen Lage der Geldverhältnisse alle diejenigen Personen, welche von einem festen Einkommen leben, namentlich also der ganze dienende Stand, dann die Bauern, die Tagelöhner und überhaupt das niedere Volk, welchem die Feinheiten der Kursberechnungen unverständlich sind. Die Bedrückungen und Verluste, die alle diese Stände erleiden, sind so augenscheinlich, dass sie auch von Niemanden bezweifelt werden»¹.

Auch das Departement der Reichsökonomie sah in dem Vorziehen der Assignaten vor der klingenden Münze die Wurzel des Volkskurses und einer lästigen Agiotage, welche alle Geldumsätze bedeutend erschwerte. Ihm zugestellte officielle Berichte meldeten, dass in vielen Gouvernements und seit einer Reihe von Jahren das Agio auf Assignaten stets kurz vor dem Zahlungstermin der Abgaben bedeutend stiege². Ein anderes Mal äusserte sich das Departement also über denselben Gegenstand: Die Wechselbuden, deren Zahl beständig wächst, haben eine Agiotage hervorgerufen, welche ganz besonders schädliche Folgen für die Wohlfahrt des Volkes in sich birgt, wie vollkommene Einschränkung der inländischen Industrie, Schwankung aller Handels-Verbindlichkeiten und -Unternehmungen, Erschwerung des Geldumlaufs und Schwächung des privaten Unternehmungsgeistes. Die Gewinnsucht hat es bereits so weit gebracht, dass auf dem «Agio» selbst ein neues System rascher Bereicherung gegründet worden ist, zum nicht geringen Schaden des ganzen Volkes, besonders aber der zahlreichen Klasse der Landleute. Diese erhalten ihre Arbeit und ihre Produkte fast ausschliesslich in Silber- und Goldmünze, die ihnen zum Volkskurse verrechnet wird, bezahlt, wodurch sie bei der Bezahlung ihrer Abgaben in Assignaten oder nach dem Abgabekurse in einzelnen Gouvernements bis zu 18 pCt. verlieren, wenn sie aber das Silber gegen Assignaten eintauschen wollen, noch bedeutend mehr. Die Quelle des Volks-Agio kann das Departement nicht «in der blossen Gewinnsucht der Spekulanten und in der Unwissenheit des niederen Volkes» erblicken, wie dies der Finanzminister thut (p. 57), sondern glaubt, dass die Wurzel

¹ M. d. R. v. 10. Nov. 1831.

² M. d. R. v. 10. Nov. 1831.

dieses Uebels viel tiefer zu suchen ist, und der gegenwärtige Zustand unseres Geldwesens als eine natürliche Folge mehr oder weniger falscher Grundursachen angesehen werden muss. Als solche mögliche Ursachen führt es an: 1) Mangel an kleiner Silbermünze, mit welcher doch die meisten internen Zahlungen bestritten werden; 2) allgemeines Missverhältniss zwischen den vorhandenen Geldzeichen und dem zeitweiligen Bedürfnisse an denselben; 3) der immense Zufluss ausländischer Münze und der freie Umlauf derselben unter dem Volke zu einem ihren inneren Werth bedeutend übersteigenden Kurse (die häufigsten Klagen über das Agiowesen liefen seit dem Erscheinen der fremden Münze im Verkehre ein), und 4) Mangel an Gelegenheit zum freien Einwechseln von Silber gegen Assignaten und auch umgekehrt von Assignaten gegen Silber¹.

Zum Schlusse erwähne ich auch noch einiger Ansichten von Privatleuten, um ein möglichst vollständiges Bild der über das Volks-Agio herrschenden Meinungen damaliger Zeit zu geben.

Eine ganz eigenthümliche Anschauung entwickelte der Admiral Greigh über dasselbe. Er sah den Ursprung des Agio in dem Streben des Volkes nach einer Münzeinheit, die dem Assignatenrubel möglichst gleich käme, es fand dieselbe im silbernen 25-Kopekenstücke. Dieses Letztere rechnete nun das Volk gleich 100 Kop. Banco und demnach den Silberrubel gleich vier Rubel Assignaten. Gestiegen sei das Agio, weil es im Verkehre an 25-Kopekenstücken und an dessen Mehrfachen mangelte²!

Der Kaufmann Subzaninow fand den Grund für den Volkskurs in der Leichtigkeit und Bequemlichkeit seiner Handhabung für den Alltagsverkehr. Man nahm den Silberrubel rund zu vier Rubeln an, und verrechnete dann zur Ausgleichung des Agio den Assignatenrubel mit 107 und 108 Kop. An den Haupthandelsplätzen und in vielen Gouvernements galt der Silberrubel dagegen nur 370 Kop.³.

Die Moskau'schen Kaufleute klagten, dass fremde Goldmünze den Markt dermassen beherrsche, dass das Agio auf Assignaten 12 pCt. erreicht habe, was den Credit ungemein beeinträchtigte. Verkäufer wollten nicht Zahlungen in Gold verschrieben haben, Käufer diese nicht in Assignaten verschreiben, die in sieben Monaten um 2½ pCt. gestiegen seien. Ferner sei Anfangs die ausländische Münze zu einem, ihren Metallwerth bedeutend übersteigenden Kurse im Ver-

kehre angenommen worden, als man aber allmählich diesen Fehler eingesehen, habe man den Kurs derselben nicht herabgesetzt, sondern dem Agio der fremden Münze entsprechend auch den Kurs der eigenen gesteigert, so dass das Agio in Folge hiervon für Assignaten auf 14 pCt. gestiegen sei. Es scheint ihnen, als habe sich gleichsam ein Fehler in alle Rechnungen und eine Unbestimmtheit in alle Handelssachen eingeschlichen, denn das Volk führe alle seine Rechnungen auf eine nur in der Einbildung existirende Münzeinheit von vier Rubeln, die Regierung dagegen nach einem von ihr selbst bestimmten festen Kurse von 360 Kop.¹.

In der russischen Commerzzeitung vom Jahre 1839, Nr. 1, heisst es: Das Volks-Agio besteht darin, dass man dem Silberrubel einen höheren Werth giebt, als derselbe sich auf der Börse gestaltet, und in demselben Verhältnisse schlägt man dann auch Procente zum Kurse der Assignaten zu. Allen mit den Eigenthümlichkeiten des Geldwesens Vertrauten ist es ferner bekannt, dass diese Rechnung nicht auf irgend welchen Mängeln unseres Geldsystems beruht, sondern einzig und allein in Folge der Unwissenheit auf der einen und der Gewinnsucht auf der anderen Seite entstanden ist. Die Macht dieser Rechnung besteht in der beständigen Steigerung des Agio, die Hauptveranlassung zu den Klagen über dasselbe darin, dass die Schuldner und Käufer die Zahlungen verweigern, wenigstens verzögern oder auf den Handel nicht eingehen, wenn die Gläubiger und Verkäufer das Geld nicht zu höherem Kurse, d. h. mit Agio, annehmen wollen. Letztere finden es aber schliesslich vortheilhafter, etwas weniger zu erhalten, als noch länger auf die Bezahlung zu warten oder die Waare unverkauft zu lassen. — Diese Darlegung des Volks-Agio ist so übereinstimmend mit der Ansicht des Grafen Cancrin, dass sie entweder von ihm selbst her stammt, oder doch wenigstens in seinem Auftrage von einem seiner Beamten abgefasst worden ist; diese Voraussetzung wird dadurch noch wesentlich unterstützt, dass der Artikel, dem dieser Passus entnommen ist, keine Unterschrift zeigt.

In Nr. 34 desselben Jahrgangs schreibt ein Herr Morosow aus dem Gouvernement Pensa: Das Volks-Agio ist eine finanzielle Anomalie. Dasselbe bringt keinem Stande so grossen Schaden als den Landleuten durch Verwirrung der Wirthschaftsrechnungen. Ist es wohl möglich, richtige Berechnungen anzustellen, wenn die Münzeinheit beständig schwankt? Wenn alle Leute ihre Rechnungen auf Silberrubel führen würden, so könnte das gegenwärtige Volks-

¹ M. d. R. vom 10., 12. und 19. Juni 1839.

² J. d. Dep. d. Reichsökon. 1839, Nr. 77.

³ M. d. R. vom 27. October 1826.

¹ M. d. R. vom 3. Mai 1834.

Agio nie bestehen. Aber anstatt einer gesetzlich festgestellten Münzeinheit ist im Handel eine Münzeinheit üblich geworden, die gar kein bestimmtes Gewicht, gar keinen beständigen Werth hat! In der That, was ist der Rubel — Münze? Eine fingirte, willkürliche Grösse In Moskau macht sich bei den unteren Klassen das Streben bemerkbar, von der fictiven Rechnung zur wahren zurückzukehren. Die Fuhrleute und Handwerker verlangen jetzt häufig nicht mehr so und so viele Rubel, sondern Silberrubel, oder sie sagen, die Arbeit kostet einen Assignatenschein von der und der Farbe.

Endlich gab es auch Personen, welche das Volks-Agio vom Jahre 1813 datirten. Nach Beendigung des Feldzuges von 1813 strömten Arbeiter in Massen nach Moskau, wo sie vollauf bei dem Wiederaufbau der durch den grossen Brand zerstörten Stadt Beschäftigung fanden. Diese Arbeiter verlangten nun der Bequemlichkeit halber, zur Vermeidung aller Bruchrechnungen, dass der Silberrubel ihnen stets mit vier Rbl. Assignaten verrechnet werden sollte. Um das Jahr 1818 war die Annahme des Silberrubels zu diesem Kurse in ganz Mittel-Russland üblich geworden.

Bei allen über die Entstehung und das Wesen des Volks-Agio angeführten Ansichten vermissen wir vor allen Dingen die nothwendige Klarheit. Wir finden fast bei Allen die Folgen des gewöhnlichen Agio und des Volks-Agio mit einander vermischt, und häufig Erscheinungen des ersteren auf letzteres bezogen, so dass man oft thatsächlich nicht weiss, welches Agio der Begutachter eigentlich im Auge gehabt hat. Die vollständigste Erörterung giebt Graf Speranski, bei welchem doch Andeutungen auf den wahren Ursprung des Volks-Agio vorhanden sind; die misslungenste ist die des Grafen Cancrin, der auf den Ursprung und das Wesen der Erscheinung gar nicht eingeht, sondern den allmählich ausgebildeten Missbrauch und die Folgen desselben für den Ausgangspunkt ansieht. Seine Bemerkungen, welche er den factischen Missständen entnommen hat, sind alle richtig, doch hat er sich nie die Zeit genommen, der Sache auf den Grund zu gehen, sondern sich nur damit begnügt, die zunächst liegende Ursache des Uebels für den Keim der ganzen Krankheit zu halten.

Ich will es nun versuchen, den Entstehungsgrund des Volks-Agio und, die sich später daraus entwickelnden Folgen und Missstände auseinander haltend, die Erscheinung des Volks-Agio einer Kritik zu unterwerfen.

Vergegenwärtigen wir uns noch einmal den Kernpunkt der Sache. Den Grund zur Entstehung des Volks-Agio sahen wir in der Hebung des Werthes der Assignaten; herbeigeführt wurde es durch diejenigen Personen, welche keine Assignaten besaßen und doch an dem unverdienten Gewinne, welcher den Besitzern von Assignaten aus deren Kurshebung zufluss, theilhaben wollten. Das Volks-Agio selbst bestand in einer Annahme der Assignaten zu einem schlechteren als ihrem Börsenkurse, d. h. zum Volkskurse, und die Differenz beider Kurse bildete die Höhe des Volks-Agio. Der Ausgangspunkt zur Bestimmung des Annahmekurses der Assignaten war der gewesene tiefste Stand derselben. Die letzte Ursache der ganzen Calamität war nun freilich die Papiergeld-Misswirtschaft. — Dieses Streben Derjenigen, die keine Assignaten besaßen und doch theilnehmen wollten an dem sich aus der Hebung des Assignatenwerthes ergebenden unverdienten Gewinne, kann nicht ganz unbedingt verurtheilt werden, denn dasselbe war im Grunde genommen an sich kein Betrug, sondern nur eine, wenn auch nicht zu rechtfertigende Art von Selbsthülfe gegen den aus der Hebung der Assignaten sich ganz einseitig für die Besitzer der letzteren ergebenden Vortheil. Wäre dieser eben denselben Personen zugeflossen, welche bei dem Sinken des Papiergeldes unverschuldeter Weise Verluste erlitten hatten, so müsste jenes Streben unbedingt verurtheilt werden. Es mag wohl vorgekommen sein, dass die Assignaten sich bei ihrer Hebung noch in denselben Händen, wie zur Zeit ihres Sinkens, befanden, im Allgemeinen war dies aber nicht der Fall, und der Gewinn aus der Besserung der Assignaten kann mit Recht als ein unverdienter für den jeweiligen Assignatenbesitzer bezeichnet werden. — Unter allen Umständen konnte aber das Streben, theilzunehmen an diesem Vortheile, auch nur so lange auf bedingungsweise Entschuldigung Anspruch erheben, so lange der Gewinn thatsächlich zwischen Waarenbesitzern und Assignatenbesitzern getheilt wurde, etwa derart, wie es in dem Beispiele zu Anfang dieses Exkurses gezeigt wurde. Aber die daselbst angestellte Berechnung kann auch zugleich dazu dienen, die naheliegende Versuchung nachzuweisen, durch Steigerung der Procente (welche die Hälfte des Gewinnes betragen sollten) den Besitzern der Assignaten ihren Vortheil immer mehr zu schmälern. Dieses geschah denn auch, und nun begann allerdings eine Spekulation mit Folgen, wie sie Graf Cancrin schildert. Durch stetes Steigern der Procente suchte man mehr und mehr zu gewinnen, und es bil-

dete sich hierauf gegründet zuletzt factisch ein neues System rascher Bereicherung aus. Der Börsenkurs blieb nun nicht mehr massgebend, sondern wurde ganz willkürlich gesteigert, in Folge dessen wir so mannigfache Volkskurse finden, die bedeutend stärker von einander abweichen, als die Börsenkurse an denselben Orten. Doch dieser Missbrauch hat, im Grunde genommen, mit dem Wesen des Volks-Agio nichts gemein, eine Thatsache, welche die meisten Personen stets verkannt haben. Sie haben nur nach dieser Spekulationserscheinung die ganze Frage über das Volks-Agio abgetheilt. Solange nun ein Börsenspiel dieser Art zwischen Kaufleuten oder doch wenigstens nur zwischen Leuten, die von Geldsachen und diesem Agio einen Begriff hatten, betrieben wurde, brachte es wohl sehr bedeutende Nachtheile, vor allen Dingen Unbestimmtheit im ganzen Geldwesen, mit sich, konnte aber zu einem factischen Betrüge ausarten, sowie der eine Theil der beim Handel Betheiligten mit dem Volks-Agio unbekannt war. Diesen Betrug hat sich nun der Handelsstand damaliger Zeit in hohem Grade zu Schulden kommen lassen; besonders sind es die Krämer, aber auch die Grosshändler und alle Diejenigen gewesen, welche aus erster Hand vom Bauer kauften oder Tagelöhner in Arbeit nahmen. Selbst Beamte der Krone haben sich, wie Graf Cancrin dessen selbst erwähnt (Reisetagebücher, Beilage II, p. 60) dieses Unrechts schuldig gemacht. Die Art und Weise der Verrechnung war in diesem Falle eine etwas andere, als in dem oben angeführten Beispiele, denn sie ging hier vom Käufer, nicht wie dort vom Verkäufer aus. Der Bauer setzte den Preis des Kornes u. s. w., das er zum Markte brachte, wie er nach dem Gesetze verpflichtet war, in Assignaten an, der Kaufmann aber, welcher das Korn kaufte, bezahlte es mit Silber und verrechnete dem Bauer für seine Forderung in Assignaten das Silber zum Volkskurse, aber nicht einmal zu dem von uns anerkannten zulässigen, sondern zu einem willkürlichen, wie ihn die Spekulation ausgebildet hatte. Es findet hier ein Handel statt, wie ihn Graf Speranski geschildert (cf. p. 62). Diese Art der Uebervorthellung des mit Kursberechnungen unbekannten einfachen Mannes hatte in den dreissiger Jahren ganz unglaubliche Dimensionen erreicht, und Cancrin nennt sie mit Recht eine wahre Volksalamität (p. 56). Trotzdem verbleibe ich bei meiner Behauptung, dass alle diese Ausartungen und Betrugereien nicht charakteristische Kennzeichen des Volks-Agio seien, sondern bloss Folgen des Missbrauchs desselben. Das Volks-Agio war aber selbst

nur eine Folge der Hebung eines tiefentwertheten Papiergeldes, ein neuer Beweis dafür, wie schwierig und mit welchen Missständen es verbunden ist, von einer entarteten Papiergeldwirthschaft zu einer geordneten zurückzukehren, wenigstens auf dem Wege der Hebung des entwertheten Papiergeldes.

Ich möchte einerseits von der Einführung des Volks-Agio fast dasselbe sagen, was Admiral Greigh über den Umlauf ausländischen Billons in Russland sagte: «Ueberall bemerkt man, dass die Fehlgriffe der Regierungen durch das Volk ausgeglichen und Mittel und Wege ausgedacht werden, jene Fehlgriffe in ihren Folgen weniger fühlbar oder unbedeutend zu machen»¹; — andererseits mich jedoch gegen den Vorwurf verwahren, als wenn ich den Volkskurs oder das Volks-Agio in irgendeiner Beziehung habe rechtfertigen oder gutheissen wollen, — ich habe mich nur bestrebt, das Wesen und die Entstehung des Volks-Agio sowie seine Folgen klar und sachlich nachzuweisen.

Zum Schlusse dieses Exkurses muss ich noch mit ein paar Worten des Agio auf Assignaten erwähnen. In den Gutachten, welche wir durchgenommen, ist wiederholt bemerkt worden, dass es nicht nur ein Agio auf Gold und Silber, sondern selbst auf Kupfer und sogar auch auf Assignaten gegeben habe. Letzteres ist allerdings wieder eine ganz eigenthümliche Erscheinung und, so viel mir bekannt, eine bei entwerthetem Papiergelde sonst nie vorgekommene Thatsache. Es sei wohl verstanden, dass hier nicht von einem Volks-Agio, sondern genau von derselben Art Agio, wie es bei Wechseln, Gold und Silber auch in anderen Ländern vorkommt, die Rede ist. Das Agio auf Assignaten entstand nach dem Jahre 1812, als durch das Manifest vom 9. April desselben Jahres (Nr. 25,080) bestimmt wurde, dass alle Abgabenzahlungen mit sehr wenigen und ganz unbedeutenden Ausnahmen fortan in Assignaten erfolgen mussten. Dadurch wurde natürlich der Bedarfskreis an Assignaten bedeutend erweitert. Als nun von 1818 an die Tilgung der Assignaten begann, die Menge derselben bedeutend geringer wurde und sich die Assignaten mehr im Grossverkehre concentrirten, während im Kleinverkehre das Silber wieder Zahlmünze wurde, so geschah es nicht selten, dass zur Zeit der Abgabentermine eine solche Nachfrage nach Assignaten entstand, dass derselben mit der am Platze vorhandenen Menge nicht genügt werden konnte. Diesen Umstand benutzten

¹ M. d. R. vom 28. October 1837.

dann die Wechsler und verlangten beim Verwechseln des Silbers gegen Assignaten ein Agio zum Börsenkurse der letzteren. Dieses Agio bildete sich in den inneren Gouvernements aus, wo sich besonders leicht Mangel an Assignaten fühlbar machte, denn diese pflegten stets nach den Hauptstädten zu strömen, wo sich ja der Sitz der Regierung und des Grosshandels befand. — Wie sich das Agio auf die Kupfermünze hat ausbilden können, darüber fehlen mir alle Andeutungen aus jener Zeit, vielleicht kann man es sich so erklären, dass das Agio auf Assignaten eine derartige Höhe in manchen Gouvernements erreichte, dass die Steuerzahler es vorzogen, ihre Abgaben in Kupfermünze zu zahlen, ein Recht, welches ihnen zu jeder Zeit freistand und dass gleichzeitig auch selbst Mangel an Kupfergeld vorhanden war. Oder die Wechsler können auch das Agio einfach von den Assignaten auf das Kupfergeld übertragen haben, da dieses ja nach der Meinung vieler Leute Zahlmünze für die Assignaten war. Jedenfalls ist dieses Agio sehr unbedeutend gewesen, da keine allgemeinen Klagen über dasselbe eingelaufen sind und es gewiss nicht leicht an Kupfermünze gemangelt haben kann, da der Finanzminister wiederholt darüber klagte, dass Millionen desselben in den Kronskassen brach lägen und im Verkehre nicht gehalten werden konnten.

Ich habe des Agio auf Assignaten besonders deshalb erwähnt, weil man nur gar zu leicht es mit dem Volks-Agio zu vermengen pflegt und beide Erscheinungen zusammen aburtheilt. Am befremdendsten bleibt es aber immer, dass selbst der Finanzminister Cancrin keine klare Einsicht in diese Verhältnisse besessen. Das dokumentirt sich auch in seinen mehr als einmal vorgeschlagenen Massregeln, durch ein Verbot die Existenz des Volks-Agio und damit zugleich auch alle anderen Schattenseiten des damaligen Geldsystems zu vernichten. Doch ist ihm dieses trotz mehrfacher Versuche auf diesem Wege nie gelungen.

Dritter Abschnitt.

Gesetze und Verordnungen das Geldwesen betreffend, welche von 1823-1844 publicirt worden sind.

Die Zusammenstellung ist auf Grundlage der «Vollständigen Sammlung aller Gesetze» (Полное собрание законовъ) geschehen.

A. Die klingende Münze.

1 8 2 4.

Nr. 30,042¹. — Den 31. August. Senatsbefehl: Ueber die Massregeln gegen den Umlauf *ausländischer* Scheidemünze.

Seit 1813 existirte das Verbot des Umlaufs, doch war es bisher fast ohne Wirkung geblieben. Es sollte daher jetzt im Verlaufe von vier Monaten die Einwechselung des Billons nach einer, dem inneren Werthe desselben entsprechenden, festen Taxe an allen Kreisrenten der Ostseeprovinzen gestattet werden. Nach Ablauf dieser Frist sollte aber der Umlauf nochmals gänzlich untersagt und polizeilich darüber gewacht werden, dass kein Billon mehr zu Zahlungen benutzt werde.

Nr. 30,144. — Den 9. December. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Umwechselung des *Kupfergeldes* alten Gepräges gegen neues oder Assignaten.

Um die geheime Ausfuhr des Kupfergeldes alten Gepräges zu unterdrücken, wurde die Einwechselung desselben während dreier Monate an allen Staatskassen angeordnet. Nach Ablauf dieser Frist sollte alles alte Kupfergeld, welches man im Betrage von über 25 Rbl. bei einer Person anträfe, confiscirt werden.

1 8 2 5.

Nr. 30,339. — Den 11. Mai. Senatsbefehl: Ueber das Verbot der Ausfuhr russischer Münze.

¹ Die Nummern des Gesetzes in der «Vollständigen Sammlung aller Gesetze».

Dieses Verbot bestand wohl schon im Allgemeinen seit 1811; es erhielt jetzt nur noch die nähere Bestimmung, dass kein die Grenze Ueberschreitender mehr als 50 Rbl. an Silber und 10 Rbl. an Kupfer bei sich führen dürfe.

Nr. 30,428. — Den 21. August. Senatsbefehl: Ueber die Verlängerung des Einwechselungstermins (cf. Nr. 30,144) des *Kupfergeldes* alten Gepräges bis zum Ende des Jahres, und über die Annahme desselben bei allen Abgaben- und Steuerzahlungen.

Für die entlegenen Provinzen war jener Termin von drei Monaten zu kurz, auch befürchtete der Finanzminister, dass die Bewohner derselben, die oft 500 Werst von einer Kreisrentei entfernt lebten und manchmal nur wenige Rubel Kupfergeld alten Gepräges besaßen, leicht unnütze Verluste erleiden könnten.

1 8 2 6.

Nr. 44. — Den 12. Januar. Senatsbefehl: Ueber die Erlaubniss, das *Kupfergeld* alten Gepräges auch noch im Jahre 1826 anzunehmen.

Zur Erleichterung der Landbewohner wurde die Annahme noch bei Zahlung der Abgaben, beim Kaufe des Stempelpapiers, des Salzes und des Branntweins gestattet. In allen anderen Fällen sollte aber nach den Bestimmungen der Verordnung vom 21. August 1825, Nr. 30,428, gehandelt werden.

Nr. 636. — Den 27. October. Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths: Ueber die Verrechnung des Aufgeldes auf Silber zum Vortheile der Staatskasse bei allen Lieferungen und Akkorden.

Der Reichsrath nahm das Projekt des Kaufmanns Subzaninow durch, welches die Vortheile betraf, die sich die Staatskasse im Kommissariat- und Verproviantirungsamte verschaffen könnte, wenn sie Korn, Materialien und Arbeit in Silber bezahlte, den Silberrubel zu vier Rubeln, den Bancorubel zu einem Rubel acht Kopeken berechnend.

Hierauf bezüglich entschied der Reichsrath: 1) Allen Chefs in den Gouvernements, wo das Agio ¹ anzutreffen war, vorzuschreiben: alle Preise von Materialien, Arbeiten u. s. w. in den einzelnen Kreisen, Städten u. s. w. in Erfahrung zu bringen, aus diesen die Durchschnittspreise zu berechnen und in Assignaten anzugeben, mit Abrechnung des Agio, d. h. ohne Agio. Diese Preise sollten monatlich dem Kriegsministerium und dem Ministerium des Innern zugestellt werden. 2) Um die Preise herabzudrücken, sollten alle Kommissio-

¹ Hierunter das Volks-Agio verstanden.

näre verpflichtet werden, bei der Annahme von Arbeitern diesen zu erklären: dass die Bezahlung ohne Abzug des Agio in Assignaten von 5 und 10 Rubeln und in Kupfergeld erfolgen würde; 3) bei Schliessung von Kontrakten über Lieferungen u. dgl. aber sollten in denselben die Preise in Assignaten nach Abzug des Agio, d. h. ohne Agio, angegeben werden. Dieselbe Regel sei 4) bei Führung der Bücher, 5) bei den Quittungen, welche man von den Lieferanten etc. erhalte, und 6) in den Abrechnungen, die zu leisten seien, zu beobachten. 7) Diese Bestimmungen sollten nicht nur für das Verproviantirungsamt und das Kommissariat gelten, sondern auch für alle Kronsämter, an denen Käufe und Lieferungen stattfänden. 8) Alle Departements sollten darüber wachen, dass man dieser Verordnung nachkomme. Wenn auf diesem Gebiete eine Veruntreuung zum Nachtheil der Kasse aufgedeckt werden sollte, so würden sie mit der ganzen Strenge des Gesetzes dafür verantwortlich gemacht werden. 9) Diese Verordnung hätte auch schon für alle Lieferungen u. s. w., welche für das Jahr 1827 geschlossen würden, in Kraft zu treten.

1 8 2 7.

Nr. 1528. — Den 11. Mai. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Erlaubniss, Zahlungen für Pässe und Stempelpapiere bei den Staatskassen in *Silber* nach Kurswerth zu machen.

Um die Geldzahlungen zu erleichtern und das Kupfergeld im Umlauf zu erhalten, wird befohlen: die Zahlungen für Pässe, Seitens der Bürger und Bauern, in Silber nach dem Kurse von 370 Kop. für den Silberrubel zu gestatten; desgleichen für Stempelpapier bis zu 5 Rbl. Assignaten. — Der Kurs konnte jährlich nach dem Börsenkurse geregelt werden.

Nr. 1630. — Den 20. December. Senatsbefehl: Ueber die Verschärfung der Aufsicht darüber, dass *Silbermünzen* in ihrem Metallwerthe nicht vermindert würden.

Diese Verschlechterung wurde namentlich in den polnischen Grenzprovinzen betrieben, wo Münzen kursirten, welche man durch Abschleifung um 20 pCt. ihres wahren Werthes verringert hatte.

1 8 2 8.

Nr. 1987. — Den 24. April. Senatsbefehl: Ueber die Prägung einer neuen Münze aus Ural'schem *Platina* im Werthe von 3 Rbl. Silber.

Durch Einführung dieser neuen Münze sollte dem *Platina* als edlem Metalle ein besserer Absatz verschafft werden. Es sollten

Anfangs Münzen nur aus dem Platina der Kronsbergwerke geprägt werden; später wurde es aber auch Privatpersonen gestattet, Platina zur Umprägung in Münze gegen Schlagschatz in den Münzhof zu liefern. Das Werthverhältniss der Platina- zur Silbermünze sollte das von 5 : 1 sein; entsprechend dem durchschnittlichen Werthverhältnisse jener beiden Metalle auf dem europäischen Markte.

Die neue Platinamünze sollte an Grösse einem silbernen 25-Kopekenstück gleichkommen, und im Verkehr nur nach vorhergehendem Uebereinkommen angenommen werden. Die Ausfuhr dieser, so zu sagen Handelsmünze und ihre Verwendung in der Industrie wurde nicht verboten.

Nr. 2069. — Den 30. Mai. Senatsbefehl: Ueber die den Branntweinspächtern gewährte Erlaubniss, Getränke gegen grobe *Silbermünze*, nach dem im *täglichen Verkehre existirenden Kurse*¹ zu verkaufen.

Für das kleine Silbergeld existirte bereits diese Bestimmung, doch glaubte man sie auch auf die grobe Münze ausdehnen zu können, da die Annahme des Silbergeldes auf freiem Uebereinkommen beruhte.

1829.

Nr. 2803. — Den 5. April. Allerhöchst bestätigtes Journal des Finanz-Comite: Ueber die Feststellung des Kurses für Silber bei der Annahme desselben an Kronskassen, (cf. Nr. 1528).

Da der Börsenkurs für den Silberrubel von 370 Kop., wie er 1827 stand, auf 367 gesunken war, und der Staat dadurch Verluste erlitt, so wurde der Annahmekurs nunmehr auf 365 normirt.

Nr. 2995 und 3038. — Den 16. Juni und 26. Juli. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Annahme der neuen Platinamünze bei allen Zahlungen im Privatverkehr, wie an den Kronskassen, wo die Annahme des Goldes und Silbers gestattet ist, (cf. Nr. 1989).

Nr. 3310. — Den 30. November. Senatsbefehl: Ueber die Prägung einer *Platinamünze* im Werthe von 6 Rbl. Silber.

1830.

Nr. 3624. — Den 25. April. Senatsbefehl: Ueber die Festsetzung eines verschiedenen Kurses für die grobe und kleine *Silbermünze* beim Getränkeverkauf durch die Branntweinspächter.

¹ d. h. nach dem Volkskurse.

Das Gesetz Nr. 2069 hatte zu dem Missverständniss Anlass gegeben, als sollte das grobe Silbergeld zu gleichem Kurse mit dem kleinen Silbergelde angenommen werden, während es im Volksverkehr zu verschiedenem Kurse Umlauf hatte; ersteres nämlich zu 3 Rbl. 70 Kop., letzteres zu 4 Rbl. Assignaten der Silberrubel. Es wird daher in diesem Erlasse bestimmt: dass das Kleinsilbergeld nur zum Volkskurse, die grobe Silbermünze dagegen nach freiem Uebereinkommen anzunehmen sei.

Nr. 3669 und 3747. — Den 19. April und 24. Juni. Senatsbefehl: Ueber die Annahme von *Silber-* und *Kupfergeld* bei den Zahlungen der Branntweinspächter während der Pachtperiode von 1831—1833 und über die Annahme von *Gold-* und *Silbermünze* Seitens der Pächter von den Getränkeäufern.

1) Von den Pächtern sollte $\frac{1}{4}$ ihrer Jahrespacht in Silber entgegengenommen werden können, 2) $\frac{1}{10}$ derselben in Kupfer; 3) wollten die Pächter den Betrag sub 1 statt in Silber auch in Kupfer zahlen, so wurde ihnen dieses Verlangen unter der Bedingung, dass sie es im Voraus für das ganze Jahr anmeldeten, gestattet. 4) Die Zahlungen in Silber und Kupfer waren nicht obligatorisch, es konnte auch daher die ganze Summe nach wie vor in Assignaten entrichtet werden. 5) Der Kurs für die Annahme des Silbers wurde, ohne Unterschied für grobe und kleine Münze, auf 360 Kop. Assig. für den Silberrubel festgesetzt. 6) Zu demselben Kurse mussten auch die Pächter das Silbergeld von den Getränkeäufern annehmen, 7) das Gold dagegen nach dem St. Petersburger Börsenkurse und die Assignaten *ohne irgend welches Agio* Rubel gegen Rubel.

Diese Bestimmungen galten für die Pächter in den grossrussischen Provinzen und in Sibirien. Für die Pächter in den privilegierten Provinzen, in Odessa und im Lande der Kosaken blieb aber die frühere Kursbestimmung von 365 Kop. Assignaten, so wie auch die Erlaubniss, die grobe und kleine Silbermünze je nach dem Volkskurse derselben anzunehmen.

Nr. 3909. — Den 12. September. Senatsbefehl: Ueber die Prägung einer *Platinamünze* im Werthe von 12 Rbl. Silber.

Nr. 3974. — Den 4. October. Senatsbefehl: Ueber die Gestattung der freien Ausfuhr von *Gold-, Silber-* und *Platinamünzen* russischen Gepräges.

Uebereinstimmend mit der Vorstellung des Finanzministers wurde zu Gunsten des vaterländischen Handels das Ausfuhr-Verbot aufgehoben.

Die grösste Summe, die man ohne Anzeige ausführen konnte, war 100 Rbl. Für Summen von 100—2000 Rbl. mussten mündliche, für Summen über 2000 Rbl. schriftliche Anzeigen an das Zollamt erfolgen. Geheime Aus- und Einfuhr blieb strengstens untersagt, desgleichen alle Ausfuhr von Kupfergeld.

1 8 3 1.

Nr. 4241. — Den 5. Januar. Senatsbefehl: Ueber die Annahme von *Silber* und *Platina* an den Kronskassen in jedem Betrage.

Durch das Gesetz vom 11. November 1827, Nr. 1528, war es gestattet worden, Zahlungen anstatt in Assignaten in Silbermünze zu festgesetztem Kurse zu machen, doch nur in beschränktem Umfange; von nun an konnten sie aber in den angeführten Fällen zu jeder beliebigen Höhe erfolgen. — Der Kurs für grobe und kleine Silbermünze wurde auf 360 Kop. Assig. für den Silberrubel normirt.

Anmerkung. Von 1831 an wurde am Schlusse eines jeden Jahres dieser Abgabekurs für das folgende festgesetzt, er blieb bis zum Jahre 1839 unverändert. Seit 1819 existirte ein ähnlicher Kurs für Zollabgaben, der, schon damals auf 360 Kop. für den Silberrubel festgesetzt, bis 1839 derselbe blieb.

Nr. 4614. — Den 2. Juni. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Herabsetzung des Preises für *Kupfergeld* alten Gepräges.

Der Preis wird auf 30 Rbl. fürs Pud normirt, um den Verkauf der alten Kupfermünze zu beschleunigen.

1 8 3 2.

Nr. 5246. — Den 25. März. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Erhebung der Abgaben für das Recht der Branntweinsbrennerei, den Obrock und die Kopfsteuer in den kleinrussischen Provinzen in *Silbergeld*, statt in Assignaten.

Für die Jahre 1832 und 1833 wurde versuchsweise gestattet, neben den früheren Zahlungen in Assignaten und Kupfer, auch Zahlungen in Silber zu machen. Diese Massregel hielt der Finanzminister für nothwendig, um dem Volke die Abgabenzahlungen zu erleichtern und auch ein pünktlicheres Einlaufen derselben zu erreichen, wodurch eine Verminderung der Rückstände erfolgen musste.

Nr. 5406. — Den 7. Juni. Senatsbefehl: Ueber die Abänderung des alten Münzfusses für das *Kupfergeld*.

Die Unbequemlichkeit der bis dahin in Cirkulation befindlichen Kupfermünze, (bloss Zwei-Kopekenstücke, гроши) und die Nothwendigkeit, den inneren Werth der Münze mit dem Marktpreise ihres Metalles in Einklang zu bringen, erheischten folgende Bestimmungen: 1) das neue Kupfergeld sollte zu 36 Rbl. aus einem Pud geprägt werden, 2) in folgenden 4 Gattungen: 10-Kopekenstücke (гривеники); 5-Kopekenstücke (пятаки); 2-Kopekenstücke (гроши); und 1-Kopekenstücke (копѣйки). 3) Alle Münze alten wie neuen Gepräges musste überall zum Nennwerthe angenommen werden. 4) Die Ausfuhr des neuen Kupfergeldes wurde unter denselben Bedingungen, wie diejenige der Gold- und Silbermünze gestattet (cf. Nr. 3974). 5) Die Ausfuhr und die Umschmelzung des alten Kupfergeldes, zu 24 Rbl. aus dem Pud, über dessen Einziehung ein besonderer Erlass erscheinen sollte, blieb wie früher strengstens untersagt.

Nr. 5462. — Den 25. Juni. Senatsbefehl: Ueber die Wechselordnung. In § 71 wurde bestimmt: Jede Zahlung muss in derselben Münze gemacht werden, welche im Wechsel verzeichnet ist. Hierbei versteht es sich aber von selbst: 1) dass bei internen Wechseln die Zahlung, anstatt in Gold und Silber, in Assignaten nach Kurs laut dem allgemeinen Gesetze nicht refusirt werden kann; 2) dass bei ausländischen Wechseln, wenn dieselben auf ausländische Münze lauten, die Zahlung in russischem Gelde nach Wechselkurs erfolgt; 3) dass unter «*Kurs*» derjenige Kurs verstanden wird, welcher am Fälligkeitstermine des Wechsels am Orte der Zahlung an der Börse notirt ist.

1 8 3 3.

Nr. 5939. — Den 27. Januar. Senatsbefehl: Ueber die Prägung einer neuen *Silbermünze* zu $\frac{3}{4}$ und $1\frac{1}{2}$ Rbl.

Diese Prägung geschah zur Erleichterung der Handelsumsätze im Königreich Polen. Zu demselben Zwecke wurden bereits seit dem 15. October 1832 (Nr. 5678) 15-Kopekenstücke geprägt.

Nr. 6194. — Den 10. Mai. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Annahme von *Goldmünze* an den Staatskassen bei Zahlungen von Abgaben und Steuern, und Nr. 6562, vom 8. November, über diese Annahme überhaupt bei allen Zahlungen.

In Erwägung dessen, dass sich russische Goldmünzen in bedeutender Menge in Umlauf befanden, und dass ihre Annahme an den Kronskassen dem Volke eine grosse Erleichterung gewähren würde, wurde bestimmt: 1) In allen den Fällen, wo nach dem Gesetz Nr.

4241 die Zahlungen in Silber erlaubt seien, dieselben fortan auch in russischer Goldmünze zu gestatten, und 2) den Annahmekurs der Goldmünze für 1834 auf 375 Kop. Assig. für den Goldrubel festzusetzen, nach dem Verhältnisse des Goldwerthes zum Silberwerthe. — Fortan wurde der Goldkurs zusammen mit dem Silberkurse am Schlusse eines jeden Jahres für das folgende bestimmt.

Nr. 6273. — Den 19. Juni. Senatsbefehl: Ueber den Preis und Werth der *ausländischen* Gold- und Silbermünzen.

Es war zur Kenntniss des Finanzministers gelangt, dass sich der Umlauf ausländischer Gold- und Silbermünze in mehreren Gouvernements seit einiger Zeit bedeutend verstärkt habe, und dass diese Münzen an vielen Orten zu einem ihren inneren Werth bedeutend überschreitenden Kurse angenommen würden. Um nun das Publikum und vor allen Dingen das einfache Volk vor den daraus entstehenden Verlusten zu schützen, wurde von Seiten der Regierung eine Tabelle publicirt, die den genauen Werth der kursirenden ausländischen Gold- und Silbermünzen angab: 1) nach ihrem Metallwerthe und 2) nach dem Kurswerthe russischer Gold- und Silbermünze; und zwar: a) nach dem St. Petersburger Börsenkurse, b) nach dem Abgabekurse des Silbergeldes und c) nach dem Volkskurse (простонародный курсъ).

1834.

Nr. 7015. — Den 21. April. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Bestimmung, dass bei Zahlungen die Brüche, für welche keine Münze existirt, auch nicht in Rechnung kommen sollten.

Da seit dem 1. Juni 1832 (Nr. 5406) keine $\frac{1}{2}$ - und $\frac{1}{4}$ -Kop.-Stücke in Kupfer mehr geprägt wurden und Silbermünzen kleiner als in 5-Kopekenstücken nicht existirten, so sollten 1) alle Brüche, die in Silber auszuzahlen waren, in Kupfer berechnet, und 2) alle Brüche bis zu einem Kopeken Kupfer überhaupt nicht gerechnet werden. Wenn also z. B. $\frac{1}{2}$ Kopeken in Silber zu zahlen nachblieb, so hatte man, da er $\frac{3}{4}$ Kop. in Kupfer gleich war, nur 1 Kop. Kupfer zu zahlen.

Nr. 7032. — Den 1. Mai. Senatsbefehl: Ueber die Prägung einer neuen *Goldmünze* im Werthe von 3 Goldrubeln. Diese Münze sollte 3 Rbl. Imperial oder russischer Ducaten heissen.

Dieser Befehl erfolgte, um das Reichs-Münzsystem mit demjenigen des Königreichs Polen in bessere Uebereinstimmung zu bringen. Zu dem gleichen Zwecke sollte auch noch eine Silbermünze zu 30 Kop. geprägt werden (cf. auch. Nr. 5939).

Nr. 7215. — Den 23. Juni. Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths: Ueber die Herabsetzung des Annahmekurses für *Goldmünzen* an den Kronskassen von 375 auf 365 Kop. Assig. für den Goldrubel (cf. Nr. 6194).

Nr. 7218. — Den 23. Juni. Senatsbefehl: dass Zahlungen in *ausländischer Münze* nur nach beiderseitigem, freiwilligem Uebereinkommen der Kontrahenten gemacht werden könnten.

Es waren nämlich, hauptsächlich in Moskau, viele unvollwichtige Ducaten betrügerischer Weise in Umlauf gesetzt worden, welche dem gemeinen Volke, namentlich den Arbeitern, bei Zahlung als vollwichtig gegeben wurden. Die Arbeiter nahmen sie auch theils aus Unwissenheit, theils aus Noth im Werthe der vollwichtigen an. Um diesem Verluste der Arbeiter vorzubeugen, wurde daher bestimmt: 1) dass die Strafen für Münzverschlechterung von Neuem einzuschärfen seien; 2) dass Niemand gezwungen sei, ausländische Münze anzunehmen, und 3) dass alle Fabrikherren u. s. w. verpflichtet werden sollten, die Löhne u. s. w. nur in russischer klingender Münze oder Assignaten auszuzahlen, es sei denn, dass die Arbeiter u. s. w. sich speciell vollwichtige ausländische Münzen ausbedungen hätten; 4) im Falle von Klagen wegen Uebertretung dieser Bestimmungen sollte sofort gerichtlich gegen die Uebertreter eingeschritten und gegen dieselben wie gegen Zahlungsunfähige verfahren werden, denn: «die Weigerung, in der durch das Gesetz legalisirten Münze oder Assignaten zu zahlen, ist im Wesentlichen nichts Anderes, als eine Weigerung, eine eingegangene Verpflichtung zu erfüllen».

Nr. 7221. — Den 25. Juni. Senatsbefehl: Ueber die zeitweilige Annahme *ausländischer Münze* an den Kreisrenten.

Dieses sollte geschehen, um die ausländische Münze schneller aus dem Verkehre zu ziehen. Sie wurde im Betrage von $\frac{1}{3}$ der Zahlung, nach einem festgesetzten, dem inneren Werthe der Münze entsprechenden Kurse bei folgenden Zahlungen angenommen: für die Kopfsteuer, für die Berechtigung des Branntweinbrennens, für den Obrok und für die Erhaltung der Wege- und Wassercommunicationen. Die Annahme wurde versuchsweise auf ein Jahr, vom 1. October 1834 bis zum 1. October 1835, anbefohlen (cf. Nr. 30,042, 1824).

Nr. 7248 u. 7260. — Den 3. und 6. Juli. Senatsbefehl: Ueber die Annahme von *Gold-, Silber-, Platina- und Kupfermünzen* an den Kronskassen in den Zahlungen der Branntweinspächter während der Pachtzeit von 1835 bis 1839.

Es sollten: 1) nicht mehr als 10 pCt. der Jahreszahlung in Kupfer gezahlt werden können, 2) in Silber oder Platina 20 pCt., aber auf Wunsch der Pächter auch noch jene 10 pCt., anstatt in Kupfer, 3) in russischer Goldmünze durften die Pächter in jedem Betrage zahlen, doch wurde diese Münzgattung nur nach Gewicht angenommen, ebenso wie in den privilegierten Provinzen das Silber. 4) Der Annahmekurs war der Abgabekurs, nach welchem auch die Pächter verpflichtet waren, die Münze von den Getränkeäußern entgegen zu nehmen. 5) Diese Massregeln sollten die Pächter nicht zu Zahlungen in klingender Münze zwingen; es stand ihnen nach wie vor frei, die ganze Zahlung nur in Assignaten oder in Reichsschatzbillets (билеты Госуд. казначейства) zu entrichten.

Nr. 7442. — Den 8. October. Senatsbefehl: Ueber die Abschliessung von Geldverbindlichkeiten, sowohl zwischen Privaten allein, als auch zwischen Privaten und der Krone, auf Assignaten, Kupfer, Gold oder Silber nach dem Nennwerthe dieser Münzen.

«In Folge der zu Uns gelangten Klagen über die Mannigfaltigkeit und die übermässige Steigerung des Agio bei Zahlung der Geldverbindlichkeiten, welche auf «Münzkurs» (по курсу на монету) lauten, hielten Wir es für nothwendig, diese Angelegenheit mit allen ihren Einzelheiten dem St. Petersburger Commerzrath zur Durchsicht zu übergeben, und sie darauf in einem besonderen Comite, welches aus Mitgliedern des Reichsraths gebildet war, mit der allgemeinen Grundlage Unseres Münzsystems vergleichen zu lassen. Aus den Uns in Folge dessen zugegangenen Berichten geht hervor: 1) Dass im Manifest vom 20. Juni 1810 bestimmt ist: «alle gesetzlichen Papiere, Kaufbriefe, Wechsel, Kontrakte und Abmachungen auf russische Münze auszustellen»; 2) dass alle internen Verbindlichkeiten auf Assignaten, Kupfer-, Silber- und Goldmünze russischen Gepräges nach ihrem Nennwerthe lauten müssen; 3) dass sich dagegen beim Eingehen von Verbindlichkeiten auf Assignaten der Usus eingeschlichen hat, besondere Bedingungen über Zahlung nach «Münzkurs» zu stipuliren, worunter man das Agio¹ versteht, wie es sich am Zahlungstermin gestaltet. Auf solche Weise werden die Preise aller Dinge, ausser den ihnen eigenthümlichen und im Handel nothwendigen Veränderungen, noch anderen zufälligen, mannigfaltigen Veränderungen unterworfen, deren Grund das Agio ist. Die Folge davon ist Unbestimmtheit und Verwirrung im Betrage der Zahlungen, verwickelte Rechnungen, Erschwerung in der Ab-

¹ Volks-Agio.

rechnung, und, was das Wichtigste ist, gewinnsüchtige und ungerichte Wechselgeschäfte, zumal an Orten, wo das Agio nicht durch den Börsenkurs regulirt wird, sondern durch die willkürliche Handlungsweise einiger weniger sich mit dem Wechselgewerbe befassender Personen.

Um nun diesen Missständen abzuhelpen, bestimmen Wir:

1) Dass alle inländischen Geldverbindlichkeiten, sowohl zwischen Privatleuten, wie zwischen diesen und der Krone nicht anders als, gemäss dem Wortlaut des Gesetzes, auf russische Münze lauten dürfen: auf Assignaten, Kupfer-, Gold- oder Silbermünze, je nach ihrem Nennwerthe. Es dürfen dabei absolut keine Abmachungen vorkommen über Zahlung nach «Münzkurs». Verbindlichkeiten mit einer derartigen Abmachung werden für nichtig erklärt und sind nirgendsklagbar. 2) Diese Bestimmung bezieht sich nur auf schriftliche Verbindlichkeiten; Kauf und Verkauf bei contanter Zahlung bleiben vollkommen frei, und sind nur abhängig von dem freiwilligen Uebereinkommen und der mündlichen Abmachung zwischen Käufer und Verkäufer. Für die Ablöhnung von Arbeitern aber, so wie für alle, wenn auch mündlichen Abmachungen mit denselben gelten die Bestimmungen des § 1 in ihrer ganzen Tragweite. Der Lohn muss den Arbeitern genau in der Münze ausgezahlt werden, die bei ihrer Annahme ausgemacht worden, nicht aber nach dem Münzkurse, wie er sich am Tage der Ablöhnung gestaltet, d. h. ohne irgendwelche Agioverrechnung. Im Falle von Klagen gegen Uebertretung dieser Bestimmungen soll die Ortsobrigkeit sofort den Benachtheiligten den schleunigsten gesetzlichen Schutz gewähren. 3) Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Publikation in Kraft. Alle Verbindlichkeiten, die bis zu diesem Termin geschlossen worden sind, und welche jene erwähnten Bedingungen enthalten, bleiben jedoch in Kraft, da sie nach beiderseitigem freiwilligem Uebereinkommen zu Stande gekommen sind».

1836.

Nr. 9106. — Den 27. April. Senatsbefehl: Ueber den Preis der sich in Russland im Umlaufe befindenden *ausländischen Gold- und Silbermünzen*, cf. Nr. 6273.

Der Werth war nach dem Abgabekurse derselbe geblieben, nur fielen alle Brüche ab. Nach dem Börsenkurse war der Werth für die Goldmünze jetzt etwas niedriger (etwa um 4 Kop.), da derselbe für den Silberrubel von 360 auf 358 Kop. Assign. herabgegangen war.

Nr. 9368. — Den 7. Juli. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die freie Aus- und Einfuhr des *Kupfergeldes* letzten Gepräges (36 Rbl. aus dem Pud).

Die Ausfuhr des Kupfergeldes alten Gepräges blieb verboten.

1 8 3 8.

Nr. 11,343. — Den 17. Juni. Senatsbefehl: Ueber die Annahme von *Gold-, Silber-, Platina- und Kupfermünze* von den Branntweinspächtern für die Pachtzeit von 1839—1843.

Es waren dieselben Bestimmungen wie für die vorhergehende Periode (cf. Nr. 7248), sie wichen nur darin von jenen ab, dass jetzt in Silber 30 pCt. und in den grossrussischen Provinzen die Hälfte dieser Summe auch in ausländischer Gold- und Silbermünze nach Gewicht gezahlt werden konnte.

1 8 3 9.

Nr. 12,603. — Den 28. Februar. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Annahme von *klingender Münze* in jedem Betrage bei der Abgabenzahlung für die Verpflegung der Truppen.

Nr. 12,497. — Den 1. Juli: Manifest: «*Ueber die Organisation des Geldsystems*».

«Verschiedene Veränderungen in Unserem Geldsysteme, hervorgerufen durch die Zeit und die Macht der Verhältnisse, haben nicht nur zur Folge gehabt, dass den Reichs-Assignaten, ihrer ursprünglichen Bestimmung zuwider, der Vorzug vor dem Silber, der fundamentalen Münze Unseres Reiches, eingeräumt worden ist, sondern auch, dass durch eben diesen Umstand mannigfaltige, fast an jedem Orte von einander abweichende, Agio entstanden sind.

Ueberzeugt von der Nothwendigkeit, diesen Schwankungen, welche die Einheit und die Ordnung Unseres Geldsystems stören und verschiedene Verluste und Erschwerungen für alle Stände des Reiches nach sich ziehen, ohne allen Verzug ein Ende zu machen, haben Wir es, in steter Fürsorge um das Wohlergehen Unserer getreuen Unterthanen, für gut befunden, entschiedene Massregeln zu ergreifen, um jene Schäden zu unterdrücken und einer Wiederkehr derselben in Zukunft vorzubeugen.

In Folge dessen verordnen Wir:

1) Die Restitution der im Manifest vom 20. Juni 1810 (П. С. законъ Nr. 24,264) enthaltenen Vorschrift: die Silber-Münze russi-

schen Gepräges wird von nun an und in Zukunft zur Reichs-Hauptzahlmünze, und der Silber-Rubel jetziger Prägung, mit seinen bestehenden Theilungen, zum unveränderlichen Haupt-Preismass (zur Münzeinheit) alles im Reiche in Umlauf befindlichen Geldes bestimmt; dem entsprechend sollen auch alle Abgaben und Steuern, sowie alle Zahlungen und etatsmässigen Ausgaben seiner Zeit auf Silber umgerechnet werden.

2. Bei einer solchen Festsetzung des Silbers als Hauptzahlmünze verbleiben die Reichs-Assignaten, entsprechend ihrer ursprünglichen Bedeutung, als Hilfswerthzeichen, mit einem ein für alle Mal beständigen und unveränderlichen Kurse derselben auf Silber, indem der Rubel Silber in grober wie in kleiner Münze zu 3 Rbl. 50 Kop. Assignaten gerechnet wird.

3. Es wird dem Willen der Zahlenden anheimgestellt, nach diesem beständigen und unveränderlichen Kurse folgende Zahlungen in Silbermünze oder Assignaten zu leisten: a) alle Kronsabgaben und Steuern, alle Landes-, Gemeinde- und andere Abgaben, kurz alle von der Krone festgesetzten und ihr zukommenden Zahlungen; b) alle Zahlungen nach besonderen Taxen, wie z. B. die Getränkepacht, Postgelder, Chausseegelder, Zahlungen für Salz, Stempelpapier, Pässe u. dgl. mehr; c) alle Zahlungen, die in den Reichs-Creditanstalten, im Collegium der allgemeinen Fürsorge und in privaten, von der Regierung bestätigten, Banken zu erfolgen haben.

4. In gleicher Weise werden alle Zahlungen von Seiten der Krone, die auf Assignaten berechnet sind, nach demselben beständigen Kurse in Silber oder Assignaten ausgeführt werden.

5. Alle angeführten Zahlungen müssen, vom Tage der Publikation dieses Manifestes an, nach dem festgesetzten Kurse erfolgen. Der Abgaben- und Zolllkurs bleibt jedoch bis zum 1. Januar 1840 unverändert zu 360 Kop. bestehen.

6. Alle Rechnungen, Kontrakte, kurz alle Abmachungen müssen auf Silbermünze lauten.

Bei der grossen Ausdehnung des Reiches kann jedoch diese Vorschrift nicht plötzlich im ganzen Reiche in Wirkung treten, daher wird sie erst vom 1. Januar 1840 an in ihrer ganzen Kraft verbindlich, und von diesem Termine an dürfen weder Gerichte noch Makler und Notare irgendwelche Abmachungen, auf Assignaten lautend, zur Einklage oder Bescheinigung entgegen nehmen. Die Zahlungen der Verbindlichkeiten, Kontrakte u. s. w. können jedoch ohne Unterschied in Silber oder Assignaten nach dem im

Punkt 2 festgesetzten Kurse berichtet werden, und Niemandem steht das Recht zu, die Annahme der einen oder anderen Art Geldes nach diesem Kurse zu verweigern.

7. Die Höhe der Darlehen aus den Creditanstalten wird in Silber bestimmt. . . .

8. Um dem freien Eintausch alle Wege zu eröffnen, wird den Kreisrenten anbefohlen, nach Massgabe ihres Kassenbestandes Assignaten gegen Silber und umgekehrt Silber gegen Assignaten nach demselben festgesetzten Kurse einzuwechseln; einem Jeden, der die Einwechselung begehrt, bis zum Betrage von 100 Rbl. Silber.

9. Ferner wird es strengstens verboten, den Assignaten irgend einen anderen Kurs als den festgesetzten beizulegen, ein Agio auf Silber und Assignaten zu erheben und bei neuen Abmachungen von der sogenannten Rechnung «auf Münze» (счетъ на монету) Gebrauch zu machen. Der Wechselkurs an den Börsen, so wie überhaupt alle Notirungen in den Preiscouranten u. s. w. sind von nun an stets in Silber zu verzeichnen, und für Assignaten darf an den Börsen überhaupt kein Kurs mehr notirt werden.

10. Goldmünze wird an allen Kronskassen und Creditanstalten mit einem Zuschlag von 3 pCt. zu ihrem Nominalwerthe entgegengenommen und ausgegeben, d. h. der Imperial wird zu 10 Rbl. 30 Kop. und der Halbmperial zu 5 Rbl. 15 Kop. gerechnet.

11. An allen Kassen wird jegliche russische Münze alten wie neuen Gepräges angenommen; mit Ausnahme beschnittener, durchstochener und angefeilter Münzen.

12. Für die augenblicklich in Umlauf befindliche Kupfermünze gelten bis zu ihrer Umprägung auf Silber folgende Bestimmungen: a) Es sollen $3\frac{1}{2}$ Kop. Kupfer gleich 1 Kop. Silber gerechnet werden. b) Die Kronskassen sind verpflichtet, das Kupfergeld nach wie vor bei allen Zahlungen in jedem Betrage entgegen zu nehmen, wenn darüber keine speciellen Bestimmungen vorhanden sind; die Creditanstalten dürfen Kupfergeld aber nur in Beträgen bis zu 10 Kop. Silber annehmen. Privaten ist die Annahme freiwilligem Uebereinkommen überlassen.»

Nr. 12,498. — Den 1. Juli. Senatsbefehl: Ueber die Einrichtung einer Depositenkasse für *Silbermünze*.

«In Folge einer Vorlage des Finanzministers verordnen Wir: Zur Vermehrung der cirkulationsfähigeren Geldzeichen bei der Reichs-Commerzbank vom 1. Januar 1840 an eine besondere Depositenkasse für Silbermünze auf folgender Grundlage einzurichten:

1. In dieser Kasse sollen Einlagen in Silber-Münze russischen Gepräges zur Aufbewahrung angenommen werden.

2. Diese Einlagen sollen unangetastet und getrennt von dem Capitale der Commerzbank, unter Verantwortung derselben, aufbewahrt werden, unter Aufsicht zweier besonderer Direktoren stehen, die aus den Mitgliedern des Aufsichtsrathes der Reichs-Creditanstalten gewählt werden, und dürfen zu Nichts Anderem verwandt werden als bloss zum Eintausch der Depositenbilletts.

3. Gegen die Einlagen werden Depositenbilletts im Werthe von 3, 5, 10 und 25, später aber auch von 1, 50 und 100 Rbl. Silber ausgegeben.

4. (Ueber ihre Verfertigung).

5. Den Depositenbilletts wird ein Umlauf al pari mit der Silbermünze ohne alles Agio im ganzen Reiche beigelegt. Sie müssen bei allen inländischen Zahlungen, sowohl bei denen, die zwischen Privaten und der Krone und den Creditanstalten, als auch bei denen, die zwischen Privaten allein stattfinden, angenommen werden.

6. Bei der Präsentirung der Depositenbilletts an der Commerzbank werden dieselben sofort, ohne den geringsten Aufenthalt oder die geringste Provision, gegen eine dem Nennwerthe der Billetts entsprechende Summe Silbergeldes eingelöst.

7. (Ueber den Eintausch alter Billetts gegen neue).

8—11. (Organisation der Depositenkasse).

12. Um die Thätigkeit der Depositenkasse zu beaufsichtigen, wird ausser der internen Kontrolle der Commerzbank noch eine höhere von Seiten des Aufsichtsrathes der Creditanstalten angeordnet. Dieser Aufsichtsrath hat, um die Unversehrtheit der aufbewahrten Einlagen zu überwachen, alljährlich aus seiner Mitte je einen Deputirten des Adels und der Kaufmannschaft zu wählen, die bei den monatlichen Revisionen der vorhandenen Summen und der Umsätze zugegen sein sollen und auch ausserordentliche Revisionen veranstalten können.

Nr. 12,536. — Den 14. Juli. Senatsbefehl: Ueber die Tabelle der *ausländischen Münzen*.

Diese Tabelle wurde jetzt, auf Silber umgerechnet, publicirt.

Nr. 12,560. — Den 27. Juli. Allerhöchst bestätigter Beschluss des Minister-Comite: Ueber die Massregeln zur Erzielung einer einheitlichen Ausführung des Manifestes vom 1. Juli über das Geldsystem.

a) Alle gewöhnlichen Taxen für Lebensmittel-, Markt-, Durchschnitts- und ähnliche andere Preise sind überall gleich in Silber zu

notiren. b) In Buden, auf Märkten und überall wo ein öffentlicher Verkauf stattfindet, müssen alle Preise nach dem fixirten Kurse von 350 Kop. berechnet werden; ausgenommen sind nur die Fälle, wo laut dem Manifest der Abgabekurs von 360 Kop. bis zum 1. Januar 1840 in Kraft zu bleiben hat; sonst darf bei strengster Verantwortlichkeit nirgends ein anderer Kurs oder irgendwelches Agio zugelassen werden. c) Ausländische Gold- und Silbermünze, die sich in einzelnen Gegenden in Umlauf befindet, darf keinen anderen Kurs haben, als den in den Tabellen vom 10. October 1838 (Nr. 11,839) und 14. Juli 1839 (Nr. 12,536) verzeichneten.

Nr. 12,867. — Den 9. November. Senatsbefehl: Ueber die Umrechnung verschiedener Abgaben und Steuern auf *Silber*.

In Uebereinstimmung mit dem Manifeste vom 1. Juli ist die Umrechnung aller Staats-Ausgaben und -Einnahmen, und überhaupt aller von der Regierung festgesetzten Zahlungen auf Silber für gut befunden worden.

Anmerkung. Diese Umrechnungen wurden allmählich ausgeführt; sie erstreckten sich bis in das Jahr 1843 hinein. Die wichtigsten und bei weitem die meisten wurden jedoch im Jahre 1839 erledigt.

1 8 4 0.

Nr. 13,114. — Den 26. Januar. Senatsbefehl: Ueber die gleichwerthige Annahme der Münze alten und neuen Gepräges.

Wiederholung des Punktes 11 aus dem Manifest vom 1. Juli 1839, weil man im täglichen Verkehr das kleine Silbergeld alten Gepräges nicht gleichwerthig mit dem neuen annehmen wollte.

Nr. 13,757. — Den 6. September. Senatsbefehl: Ueber die neue *Kupfermünze* mit Berechnung auf Silber.

Aus einem Pud Kupfer sollte Kupfermünze für 16 Rbl. Silber geprägt werden, in 3-, 2-, 1-, $\frac{1}{2}$ - und $\frac{1}{4}$ -Kopekenstücken Silber.

1. Solange aber der Verkehr noch nicht hinlänglich für seinen ganzen Bedarf an Kupfermünze, mit Kupfer neuen Gepräges versorgt wäre, sollte das Kupfergeld alten Gepräges zu 36 und 24 Rbl. Ass. aus dem Pud in Umlauf bleiben, und zwar zu dem im Manifeste vom 1. Juli 1839 (Nr. 12,497, Punkt 12) festgesetzten Kurse. 2. Der Finanzminister sollte dafür Sorge tragen, dass im Verhältniss der Ausgabe des neuen Kupfergeldes das alte aus dem Verkehr gezogen werde. Ueber die endgültige Sistirung der Umlaufsfähigkeit des Kupfergeldes alten Gepräges sollten seiner Zeit besondere Vorschriften erlassen werden. 3. Die Ausfuhr des neuen Kupfergeldes wurde gestattet.

1 8 4 1.

Nr. 14,266. — Den 10. Februar. Allerhöchst bestätigtes Gutachten des Reichsraths: Ueber die Annahme von Gold- und Silberbarren in die Depositenkasse.

Diese Verordnung erfolgte, um den Goldumlauf zu beschleunigen. Silberbarren niedriger als von der 84. Probe und unter 40 Pfund, und Goldbarren niedriger als von der 72. Probe und unter 5 Pfund wurden nicht angenommen.

Nr. 14,521. — Den 5. Mai. Allerhöchst bestätigte Vorlage des Finanzministers: Ueber die Einstellung des Prägens der 3- und $1\frac{1}{2}$ -Rbl., 75- und 15-Kop. Münzen mit polnischer Aufschrift.

1 8 4 2.

Nr. 15,734. — Den 10. Juni. Senatsbefehl: Ueber die Zueignung eines stehenden Nennwerthes der *Kupfermünze* alten Gepräges im Verhältniss zum Silber.

Indem wir es für das Volk nützlich erachten, dass sich im Verkehre nur eine auf Silber berechnete Kupfermünze befindet, und um zugleich das auf Grundlage des Manifestes vom 1. Juli 1839 (Nr. 12,497) eingeführte Geldsystem erfolgreich zu vervollständigen, befehlen Wir: 1) dem auf Assignaten berechneten Kupfergelde alten Gepräges, bis zu seiner vollständigen Einziehung aus dem Verkehre und seiner Umprägung in neue Münze auf Silber, einen auf Silber lautenden Nennwerth beizulegen; auf Grundlage dessen soll das 10-Kopekenstück gleich 3 Kop. Silber gerechnet werden, das 5-Kopekenstück gleich $1\frac{1}{2}$, das 2-Kopekenstück gleich $\frac{1}{2}$ und das 1-Kopekenstück gleich $\frac{1}{4}$ Kopeken Silber; 2) einzig und allein nach diesem Werthverhältnisse soll vom 1. Januar 1843 an das Kupfergeld alten Gepräges überall angenommen werden. . . .

B. Die Assignaten.

1 8 3 9.

Nr. 12,497. — Den 1. Juli. Manifest: Ueber die Organisation des Geldsystems. cf. dies Gesetz p. 84. ff. im Punkte 2, 3 und 9, die sich auf die Assignaten beziehen.

1 8 4 3.

Nr. 16,903. — Den 1. Juni. Manifest: Ueber die Einwechslung der Assignaten und der übrigen Vertreter des Geldes gegen Creditbillette.

«Die Nothwendigkeit den Schwankungen, welche die Einheit und Ordnung unseres Geldsystems stören, ein Ende zu machen, hat Uns zu der Publikation des Manifestes vom 1. Juli 1839 (Nr. 12,497) veranlasst. Kraft desselben ist die Silber-Münze russischen Gepräges, wie es auch früher der Fall war, als Hauptzahlmünze des Reiches wiederhergestellt, für die Assignaten aber, als blosser Hülfswerthzeichen, ein beständiger Kurs in Silber festgesetzt worden.

Um jedoch eine vollkommene Uebereinstimmung des Papiergeldsystems mit der Münze und eine Gleichförmigkeit zwischen den Vertretern des Geldes zu erreichen, haben Wir schon damals die Nothwendigkeit erkannt, die Assignaten gegen andere Werthzeichen einzutauschen, die jene Münze vertreten sollen, welche als Grundmünze des Reiches anerkannt worden ist.

Mit dieser Absicht und um die Volksgewohnheiten nicht plötzlich zu erschüttern, wurden Anfangs verschiedene zeitweilige Massregeln getroffen. In Uebereinstimmung mit dem Manifest sind nach seiner Publikation alle Krons- und Privatzahlungen und Rechnungen auf Silber umgeändert, erst Depositen- und dann Creditbillette emittirt und auch auf Silber lautende Kupfermünze geprägt worden.

Jetzt halten Wir den Zeitpunkt für geeignet, die Assignaten und andere Vertreter des Geldes durch *ein* Werthzeichen zu ersetzen. Der Eintausch wird allmählich, ohne Anstrengung und Verwirrung im Verkehre zu veranstalten, vor sich gehen. Für den Eintausch bestimmen Wir die *Creditbillette*, welche, dem Volke schon bekannt, in ihrem Werthe gedeckt sind und überall einen freien Umlauf *al pari* mit dem Silber haben.

Zu diesem Zwecke verordnen Wir auf Grundlage der auch im Reichsrath bestätigten Vorlage des Finanzministers Folgendes:

1. Die in Umlauf befindlichen Reichs-Assignaten im Betrage von 595,776,310 Rbl., welche nach dem festgesetzten Kurse 170,221,808 Rbl. 85⁵/₇ Kop. Slb. ausmachen, sollen nach und nach durch Creditbillette ersetzt werden, denen noch der Name «Reichs-Creditbillette» gegeben wird, damit ihre Benennung ihrer jetzigen Bedeutung mehr entspreche.

2. Die Summe der zur Einwechslung der Assignaten zu emittirenden Reichs-Creditbillette wird dem Betrage der ersteren entsprechend in runder Zahl auf 170,221,800 Rbl. festgesetzt.

3. Von den 30 Mill. Creditbilletten, die durch das Manifest vom 1. Juli 1841 (Nr. 14,700) für die Depositenkassen und die Leihbanken bestimmt wurden, verbleiben 10 Mill. dem Umlaufkapital dieser Anstalten; 20 Mill. dagegen werden für das Reservekapital ausgeschieden. Die Ausgabe dieser 20 Mill. im ganzen oder theilweisen Betrage nach Beendigung des Eintauses der Assignaten behalten Wir Unserem eigenen besonderen Ermessen vor.

4. Die Reichs-Creditbillette, die zur Einwechslung der Assignaten emittirt werden, sind in ihrem Werthe durch das ganze Vermögen des Staates und die jeder Zeit auf Grundlage der Punkte 7, 11 und 13 dieses Manifestes zu erfolgende Einwechslung gegen klingende Münze sichergestellt.

5. (Gründung einer besonderen Expedition der Reichs-Creditbillette).

6. Die Reichs-Creditbillette werden ausser in Appoints von 50 Rbl., wie sie bereits in Umlauf sind, auch noch in Appoints von 25, 10, 5, 3 und 1 Rbl. emittirt, zur grösseren Bequemlichkeit für die im Alltagsleben vorkommenden Zahlungen. Sollte sich ein Bedarf an Creditbilletten in Appoints von 100 Rbl. herausstellen, so können auch solche in Zukunft emittirt werden.

7. Zur Sicherstellung des ununterbrochenen Eintauses der Creditbillette gegen klingende Münze wird bei der Expedition der Billette ein beständiger Fond, in Gold- und Silbermünze bestehend, gegründet. Dieser Fond muss wenigstens den sechsten Theil der zur Einwechslung von Assignaten emittirten Creditbillette ausmachen.

8. Der ursprüngliche Fond zur Sicherstellung des Eintauses der gegen Assignaten zu emittirenden Creditbillette in runder Summe von nicht weniger als 28¹/₂ Mill. Rbl., wird aus 14¹/₂ Mill. Rbl. in Gold- und Silbermünze gebildet, die bei der Eröffnung der Expedition daselbst aus den Reichs-Reservekapitalen und aus dem Betrage an klingender Münze deponirt werden, welcher dem Fond für die im Reichsschatzamt befindlichen und fernerhin dort für mannigfaltige Zahlungen einlaufenden Depositenbillette zu überweisen ist.

9. Um eine vollkommene Einheit unter den Vertretern des Geldes zu erreichen, werden auch die Depositenbillette allmählich aus dem

Verkehr gezogen werden. Zu diesem Zwecke wird: a) die Annahme von Silbergeld und Barren in die Depositenkasse mit Eröffnung der Expedition der Creditbilleten sistirt; aber die ununterbrochene Einwechselung von präsentirten Depositenbilleten bleibt an dieser Kasse wie zuvor fortbestehen. b) Für die in das Reichsschatzamt und in die Creditanstalten einlaufenden Depositenbillete, so wie für die klingende Münze, welche zur Herstellung des Einwechselfonds nach Punkt 8 der Expedition übergeben wird, werden Creditbilleten in demselben Betrage zurückgegeben. c) Alle in die Depositenkasse durch Einlösung zurückkehrenden Depositenbillete werden nach vorangegangener Revision vernichtet. d) In der Folge wird die Depositenkasse durch einen besonderen Erlass aufgehoben und gleichzeitig sollen Massregeln ergriffen werden, um die Einlösung der noch vorhandenen Depositenbillete zu beenden und dem Umlauf derselben als Geldzeichen ein Ziel zu setzen.

10. Nach Massgabe der, möglicher Weise nothwendig werdenden, verstärkten Einlösung der Creditbilleten muss das Reichsschatzamt den Fond nach Punkt 7 ergänzen.

11. Die Einlösung der Creditbilleten gegen klingende Münze findet statt: in St. Petersburg an der Einwechselfondskasse der Expedition der Creditbilleten für jeden Betrag; und in Moskau an der dortigen Abtheilung derselben Kasse, doch nur bis zu einem Betrage von 3000 Rbl. an eine und dieselbe Person.

12. Nach der Gründung von Einwechselfondskassen in St. Petersburg und Moskau und der gleichzeitigen Aufhebung solcher Kassen an der Leihbank und der Depositenkasse werden die Bank und diese Kassen verpflichtet, sich an der Bildung des Einwechselfonds bei der Expedition der Creditbilleten zu betheiligen, indem sie demselben die Summe der ihnen zugewiesenen Creditbilleten übersenden.

13. Zur Erleichterung der Einlösung der Creditbilleten sind die Kreisrenten verpflichtet, dieselben bis zum Betrage von 100 Rbl. jeder Person gegen klingende Münze einzutauschen.

14. Die Ausgabe der Reichscreditbilleten beginnt am 1. November. Sie geschieht allmählich und den Umständen entsprechend durch Ausgabe von Creditbilleten an Stelle von Assignaten bei den, aus dem Reichsschatzamt oder den Creditanstalten zu erfolgenden Zahlungen.

15. Gleichzeitig beginnt auch die Thätigkeit der Einlösungskassen durch Einlösung von Creditbilleten gegen klingende Münze

und umgekehrt von klingender Münze gegen Creditbilleten in den durch dieses Manifest bestimmten Grenzen.

Dagegen wird über die Einwechselung von durch Privatpersonen präsentirten Assignaten gegen Creditbilleten seiner Zeit ein besonderer Erlass publicirt werden.

16. Alle bei Kronskassen gegen Creditbilleten einlaufenden Assignaten sind an die Expedition der Reichscreditbilleten zum Zweck ihrer Revision und Vernichtung einzusenden.

17. Auf dass mit dem Aufhören der Annahme von Einlagen in die Depositenkasse diejenigen Personen, welche der Bequemlichkeit wegen circulationsfähigere Geldzeichen gegen klingende Münze oder Barren verlangen, dieses Vortheils nicht verlustig gehen, wird den Einwechselfondskassen mit Beginn ihrer Thätigkeit, d. h. vom 1. November, die Annahme derartiger Einlagen anbefohlen, und gegen dieselben Creditbilleten nach den für die Depositenkasse bestehenden Regeln verabfolgt. Um den Depositären noch grössere Bequemlichkeit zu gewähren, wird, ausser der Annahme von Silbermünzen und von Gold- und Silberbarren, auch noch die Annahme russischer Goldmünzen gestattet. Die Einlagen, welche von der Krone und Privaten gemacht werden, sollen, nachdem gegen dieselben Creditbilleten verabfolgt sind, in ihrem ganzen Betrage dem Fond dieser Billete zugezählt und zu keinem anderen Zwecke, als bloss zur Einwechselung der Billete benutzt werden.

18. Die Expedition der Creditbilleten steht sammt ihrer Filiale in Moskau auf Grund des Punktes 7 des Manifestes vom 1. Juli 1841 unter Kontrolle des Conseils der Creditanstalten. Dieses Conseil wählt ausserdem jährlich aus seiner Mitte je einen Deputirten des Adels und der Kaufmannschaft, damit dieselben bei den monatlichen Revisionen der in der Expedition vorhandenen Summen zugegen seien.

19. Bei den Revisionen der jährlichen Rechenschaftsberichte der Expedition, welche nach den für alle Creditanstalten geltenden Regeln zu geschehen haben, soll das Conseil jener Anstalten besonders aufmerksam darüber wachen, dass die für den Umlauf der Creditbilleten festgesetzten Grundregeln auch auf das Genaueste erfüllt werden, namentlich: dass die Summe der zur Einwechselung von Assignaten ausgegebenen Creditbilleten auch genau der Summe der eingetauschten Assignaten entspricht; dass der Einwechselfond den sechsten Theil der Creditbilleten ausmacht, die auf Grund der Punkte 7 und 8 dieses Manifestes zur Einwechselung der Assignaten

und Depositenbillette ausgegeben sind, und endlich, dass die Creditbillette, welche gegen die in der Expedition gemachten Einlagen und die dorthin übergebenen Depositenbillette ausgegeben worden sind, durch einen ihrem vollem Betrage entsprechenden Fond gedeckt sind.

C. Die Bankbillette.

1 8 3 1.

Nr. 4704. — Den 15. Juli. Manifest: Ueber die zeitweilige Ausgabe von Reichsschatzbillets im Betrage von 30 Mill. Rbl. Banco.

«Die ausserordentlichen, durch die gegenwärtigen Umstände nöthig werdenden Ausgaben verlangen die Herbeischaffung von Mitteln, um die Finanzumsätze zu erleichtern.

In Berücksichtigung dieses und in Uebereinstimmung mit der auch vom Reichsrathe begutachteten Vorlage des Finanzministers, halten Wir es für geboten eine zeitweilige Ausgabe von Reichsschatzbillets im Betrage von 30 Mill. Rbl. Assignaten mit 4 pCt. jährlicher Zinsen zu gestatten.

Die Ausgabe soll nach Bedarf in drei Serien erfolgen. Die erste Ausgabe von 10 Mill. soll gegenwärtig geschehen, für die Ausgabe der beiden anderen Serien muss aber jedes Mal eine besondere kaiserliche Entscheidung eingeholt werden.

1. Jedes Billet lautet auf 250 Rbl. Assignaten, trägt jährlich 4 pCt. Zinsen, welche zur grösseren Bequemlichkeit bei Berechnungen zu 90 Kop. monatlich fürs Billet gezahlt werden, was für das Jahre 10 Rbl. 80 Kop. oder 4,32 pCt. ausmacht.

2. (Anfertigung und Ausgabe der Billete).

3. (Eintheilung derselben in 3 Serien zu je 10 Mill. Rbl.).

4. Diese Billete werden von der Krone bei allen Zahlungen angenommen und ausgegeben, ausser bei denen an den Creditanstalten, wo nur klingende Münze und Assignaten angenommen werden.

5. Die Tilgung dieser Billete hat im Verlauf von 4 Jahren zu erfolgen, der Art dass, nach Verlauf des ersten Jahres, die Staatskasse in den drei übrigen Jahren jährlich ein Drittel der ausgegebenen Billete zur Vernichtung präsentirt, ohne Rücksicht auf die Serie, welcher die Billete angehören. Ist bei der Staatskasse eine nicht genügende Anzahl Billete in Zahlung eingelaufen, so muss sie sich den zur Ver-

nichtung noch fehlenden Betrag durch weitere Einlösung von Billeten verschaffen.

6. Die Regierung reservirt sich jedoch das Recht, auch vor Ablauf der angegebenen Frist diese Billete durch Einlösung gegen Baargeld von 250 Rbl. nebst dem Betrage der Zinsen aus dem Verkehre zu ziehen.

7. (Ueber die Vernichtung der Billete).

8. 9. und 10. Ueber die Zinsen. Diese werden nie für das laufende Jahr, sondern bloss für das abgelaufene ausgezahlt. Die Verzinsung beginnt mit dem 1. Juli.

11. Die Billete werden nur in den Fällen bei den Kronsassen angenommen, wenn die zu zahlende Summe nicht weniger als das Billet nebst den aufgelaufenen Zinsen beträgt, damit die Kassen jeglicher verwickelten Berechnung überhoben seien».

Nr. 4747. — Den 7. August. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Ausgabe der 2. Serie.

Die Verzinsung wird, wie bei der 1. Serie, vom 1. Juli an gerechnet.

Nr. 4795. — Den 11. September. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Ausgabe der 3. Serie.

Die Verzinsung auch vom 1. Juli an gerechnet.

1 8 3 4.

Nr. 6706. — Den 9. Januar. Manifest: Ueber die neue Ausgabe von Reichsschatzbillets im Betrage von 40 Mill. Rbl. Assignaten.

«Bei Unserer fortwährenden Fürsorge um Unsere augenblicklich von Missernten heimgesuchten Provinzen hören Wir nicht auf, alle nur möglichen Mittel darauf zu verwenden, um ihre gegenwärtige Lage zu erleichtern und ihre Existenz zu sichern. Aber Steuernachlässe und grosse Geldhilfsleistungen, so wie die Vertheuerung verschiedener Kronsbedürfnisse, fordern eine Verstärkung der Staatsmittel, daher ist für den Moment die Emission von 2 Serien (IV. und V.) für 20 Mill. nothwendig».

Die Bestimmungen sind ganz dieselben wie bei der Emission vom Jahre 1831, cf. Nr. 4704. Die Verzinsung zählt vom 1. Februar.

Nr. 6960 und 7275. — Den 6. April. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Ausgabe der VI. und am 13. Juni der VII. Serie.

Die Verzinsung wird auch bei diesen beiden Serien vom 1. Februar an berechnet.

1 8 3 5.

Nr. 7887. — Den 21. Februar. Senatsbefehl: Ueber den Eintausch der als Kautions deponirten Reichsschatzbillete gegen Billete der Leihbank.

Nr. 8109. — Den 2. Mai. Senatsbefehl: Ueber den Eintausch der Reichsschatzbillete der drei ersten Serien gegen Assignaten, da ihre Umlaufszeit laut Manifest vom 13. Juli 1831 (Nr. 4704) am 1. Juli 1835 ablaufen sollte.

1 8 3 9.

Nr. 12,185. — Den 29. März. Senatsbefehl: Ueber die Emission drei neuer Serien Reichsschatzbillete.

Die Umlaufszeit der 1834 emittirten Serien (IV.—VII.) lief am 1. Februar 1840 ab, die Tilgung der ganzen Summe von 40 Mill. konnte aber in Folge verschiedener nicht von der Regierung abhängenden Umstände nicht stattfinden. Wegen ihrer besonderen Brauchbarkeit zumal für den Verkehr mit entlegeneren Theilen des Reiches, war nämlich die Zahl der in die Kronskassen eingehenden Billete in den letzten Jahren eine ganz unbedeutende gewesen. Daher hatten in den Kronskassen nicht mehr als 10 Mill. Rbl. angesammelt werden können, von denen bereits 8,100,000 Rbl. vernichtet worden waren, der Rest aber noch vernichtet werden sollte.

Diese neuen 3 Serien (VIII. IX. X.) wurden zur Einwechselung der 30 Millionen übriggebliebener Billete der letzten 4 Serien bestimmt. Es stand jedoch jedem Inhaber früherer Billete frei, diese gegen Baargeld statt gegen neue eingelöst zu erhalten. Die Einwechselung erfolgte nur an der Hauptstaatskasse. Im Uebrigen galten dieselben Bestimmungen wie bei der Emission von 1831, Nr. 4704, nur liefen die Zinsen vom 1. Februar 1840 und die Tilgung war dieses Mal in 6 Jahren auszuführen.

1 8 4 0.

Nr. 13,383. — Den 19. April. Senatsbefehl: Ueber die neuen Serien der Reichsschatzbillete.

«Um die cirkulationsfähigen Geldzeichen zu vermehren, und die Umsätze der Reichskasse zu verstärken, haben Wir es für gut befunden, eine Emission von 4 neuen Serien der Reichsschatzbillete anzubefehlen. Die Ausgabe hat nach Massgabe des wirklichen Be-

dürfnisses zu geschehen; jede Serie im Betrage von 3 Mill. Rbl. Silb. Die 3 ersten Serien, die jetzt ausgegeben werden, tragen vom 1. Mai 1840 an Zinsen».

Die Bestimmungen blieben dieselben, wie bei den früheren Emissionen, nur lautete das einzelne Billet jetzt auf 50 Rbl. Silber und trug monatlich 18 Kop. Zinsen.

Nr. 14,045. — Den 13. December. Befehl an den Finanzminister: Ueber die Emission der vierten neuen Serie.

1 8 4 1.

Nr. 14,700. — Den 1. Juli. Manifest: Ueber die Emission von Creditbilleten im Betrage von 30 Mill. Rbl. Silber.

«Zur Erleichterung der Umsätze der Reichs-Creditanstalten und zur gleichzeitigen Vermehrung der cirkulationsfähigeren Geldzeichen halten Wir es für geboten, eine neue Art der letzteren, die in ihrem vollen Werthe gedeckt seien, zu gründen, und erlassen in Uebereinstimmung mit dem Gutachten des Reichsraths Nachstehendes:

1. Sechs Wochen nach der Publikation dieses Manifestes werden die Lombarde in St. Petersburg und Moskau und die Reichsleihbank dazu berechtigt, Darlehn in Creditbilleten, zu 50 Rbl. Silb. das Billet, gegen Verpfändung von unbeweglichem Eigenthum zu gewähren.

2. Es werden 30 Mill. Rbl. Silb. zur Emission bestimmt. Von dieser Summe erhält der Lombard in Moskau 15 Mill., der in St. Petersburg 8 Mill. und die Leihbank 7 Millionen.

3. Die Creditbillete werden durch das ganze Vermögen der Reichs-Creditanstalten und ausserdem durch die jeder Zeit zu erfolgende, ununterbrochene Einlösung derselben gegen klingende Münze nach dem Punkt 5 dieses Manifestes in ihrem Werthe garantirt.

4. Die Creditbillete erhalten al pari mit der Silbermünze Umlauf im ganzen Reiche.

5. Die Einlösung der Creditbillete gegen klingende Münze oder Assignaten geschieht nach Wunsch an den beiden Lombarden und der Leihbank auf jede beliebige Summe und ohne Rücksicht auf die Ausgabestelle des Billets. Die Lombarde und die Leihbank müssen, um eine ununterbrochene Einlösung zu sichern, bei jeder Ausgabe von Billeten, gleichviel in welcher Summe, nicht weniger als den sechsten Theil der ausgegebenen Billete in klingender Münze in einer zu diesem Zwecke besonders errichteten Kasse deponiren.

6. Auch in den Kreisrenteien können die Billete gegen klingende Münze eingelöst werden, aber nicht in höherem Betrage als für 100 Rbl. durch eine Person.

7. (Ueber die Controle.)

8. (Ueber den Eintausch alter Billete.)

9. (Verschickung mit der Post.)

10. Die Aus- und Einfuhr der Creditbillete ist verboten.

11. (Ueber die Bestrafung der Nachahmung dieser Billete.)

Literatur.

1. *Архивъ, Русскій*, 1865, стр. 113—126. Графъ Егоръ Францовичъ Канкринъ.
2. *Безобразовъ, В. П.*: О вліянніи экономической науки на государственную жизнь въ современной Европы. (Торжественное собраніе Импер. Академіи Наукъ 1866 года. Ст.-Петербургъ 1867. стр. 115—129).
3. *Безобразовъ, В. П.*: О нѣкоторыхъ появленіяхъ бумажнаго денежнаго обращенія въ Россіи. Москва 1863.
4. *Биржевыя вѣдомости* 1865, Nr. 44. Обзоръ примѣчательнѣйшихъ дѣйствій по финансовой части въ теченіи 20-и лѣтъ графа Канкринъ.
5. *Богдановичъ*: Исторія царствованія Александра I. Т. VIII. стр. 399—400.
6. *Bodenstedt*: Cancrin. (Deutsches Staatswörterbuch v. Bluntschli).
7. *Brückner, A.*: Die Geschichte des russischen Papiergeldes. (Hildebrand's Jahrb. f. Nat. u. Stat. 1863. I. p. 48 ff.).
8. *Бунге, Н.*: Мысли графа Канкринъ о бумажныхъ деньгахъ. (Русскій вѣстникъ 1864. XI.).
9. *Бунге, Н.*: Переводъ сочиненія Адольфа Вагнера: Русскія бумажныя деньги. Приложение 3-е. О курсѣ прежнихъ ассигнацій и о мѣрахъ предшествовавшихъ возстановленію металлическаго обращенія при графѣ Канкринѣ. Кіевъ 1871. стр. 120—144.
10. *Вернадскій, И.*: Очеркъ исторіи политической экономіи. 1858. стр. 201—205.
11. *Goldmann, W.*: Das russische Papiergeld. Riga 1866 2. Auflage. (Auch in russischer Uebersetzung erschienen.)

12. Горловъ, И.: Начала политической экономіи. Ст.-Петербургъ 1862. II, стр. 200—227.
13. *Dictionnaire de l'Economie politique*. Article Cancrine.
14. Иконниковъ, В. С.: Графъ Мордвиновъ. Ст.-Петербургъ 1873. стр. 446—477, 505—512.
15. *Journal des Economistes*. T. XIV. p. 83. Cancrine.
16. *Journal de St. Pétersbourg*. 1860. Juin. Nr. 137—143. George Cancrine.
17. *Cancrin, G.*: Weltreichthum, Nationalreichthum und Staatswirthschaft. München 1821.
18. *Cancrin, G.*: Die Oekonomie der menschlichen Gesellschaften und das Finanzwesen. Stuttgart 1845.
19. *Kautz*: Nationalökonomie. II. p. 657.
20. *Keyserling, A. Graf*: Aus den Reisetagebüchern des Grafen Georg Cancrin aus den Jahren 1840—1845. 2 Bde. Braunschweig 1865.
21. *Муравьевъ, С. С.*: Графъ Канкринъ и его финансовая система. (Отечественныя Записки. 1865. Т. CLXI. стр. 87—112).
22. *Муравьевъ, С. С.*: Финансовая система графа Канкринъ. (Ст.-Петербургскія Вѣдомости, 1865. Nr. 89 и 96.).
23. Petersburger Gesellschaft, Aus der. Neue Folge p. 240 ff.
24. *Roscher, W.*: Deutsch-russische Nationalökonomien. (Berichte d. Verhandl. d. königl. sächs. Gesellschaft zu Leipzig. Philol.-hist. Klasse. 1870. Bd. XXII. p. 167—180.)
25. Сборникъ свѣдѣній и матеріаловъ по вѣдомству Министерства Финансовъ. 1865. Т. I. Nr. 2. стр. 131—147. Двадцатилѣтіе Министерства Финансовъ подъ управленіемъ графа Канкринъ.
26. *Сисранскій, М.*: Мысли о новыхъ билетахъ Казначейства 1831. (Русская Старина 1873. Т. VIII. стр. 385.)
27. *Шитовъ, А.*: Очеркъ жизни и государственной дѣятельности графа Канкринъ. (Библіотека для чтенія. 1864. Т. 182 и 183).

THESEN.

1. Das Volksagio spricht für die Devaluationstheorie.
2. Der Umlauf ausländischer Münze in Russland während der Finanzverwaltung des Grafen Cancrin, lässt sich nur aus Mangel an einheimischer erklären.
3. Nur mit Zwangscurs und Uneinlösbarkeit ausgestattete Geldpapiere können den Namen Papiergeld beanspruchen.
4. Roschers Capitaleintheilung ist unhaltbar.
5. Es giebt kein Roh-Einkommen.
6. Eine Einengung des Gebiets des Actiengesellschaftswesens ist wünschenswerth
7. Die Salzsteuer, eine umgekehrt progressive Steuer, ist die ungerechteste Steuer.
8. Ein steuerfreies Existenzminimum ist unzulässig.
9. Der idealste Besteuerungsmodus ist die Einkommensteuer.